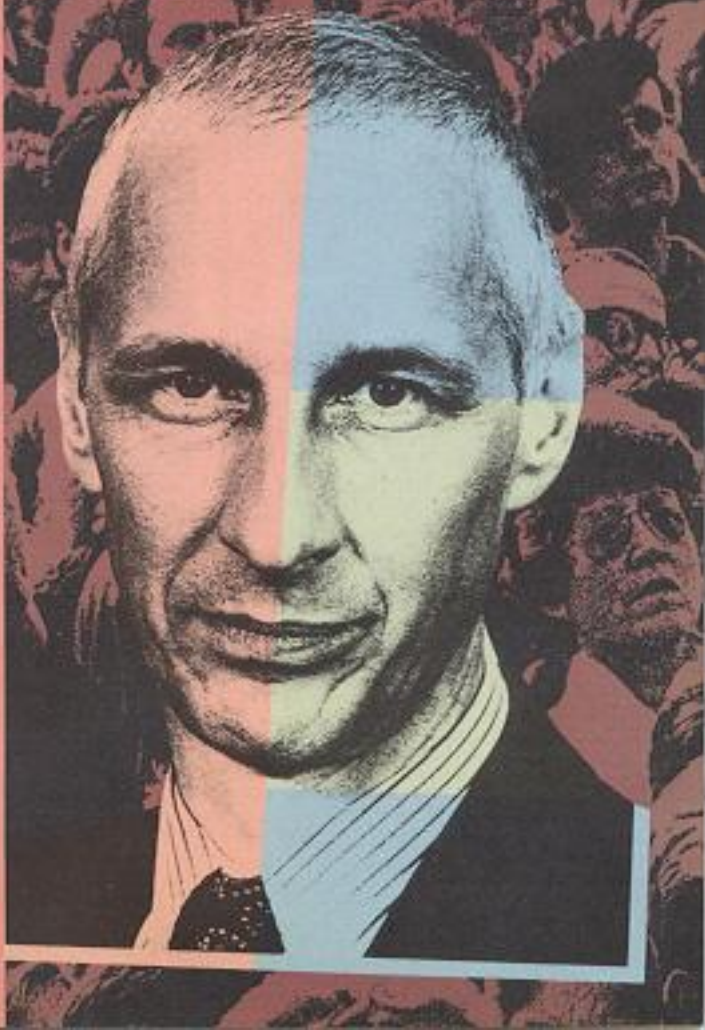
Heft 11 November 1993 8,– DM

C 12027 E

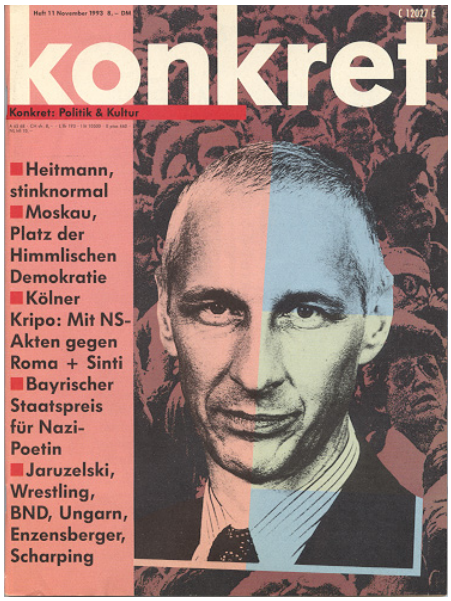
konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Heitmann, stinknormal
- Moskau, Platz der Himmlischen Demokratie
- Kölner Kripo: Mit NS-Akten gegen Roma + Sinti
- Bayrischer Staatspreis für Nazi-Poetin
- Jaruzelski, Wrestling, BND, Ungarn, Enzensberger, Scharping



in konkret November 1993



von Konkret

an Konkret

Wählt Heitmann! von Hermann L. Gremliza

Jelzins MissionWer zuerst schießt, hat verloren von Werner Pirker
Vor allem deutsche Demokraten sehen Rußland nach der militärischen Zerschlagung der Opposition »auf der Zielgeraden zur Demokratie« (»taz«). In Wahrheit befindet sich das Land unter Boris Jelzin auf dem direkten Weg in eine marktwirtschaftliche Notstandsdiktatur. Werner Pirker und Robert Kurz über Jelzins Arbeit an der Asiatisierung der Demokratie

Jelzins MissionDie Zukunft des Westens von Robert Kurz
Vor allem deutsche Demokraten sehen Rußland nach der militärischen Zerschlagung der Opposition »auf der Zielgeraden zur Demokratie« (»taz«). In Wahrheit befindet sich das Land unter Boris Jelzin auf dem direkten Weg in eine marktwirtschaftliche Notstandsdiktatur. Werner Pirker und Robert Kurz über Jelzins Arbeit an der Asiatisierung der Demokratie

»In die Politik hineingestolpert« von Wojciech Jaruzelski, Hermann L. Gremliza, Wolfgang Schneider
KONKRET-Interview mit Wojciech Jaruzelski, dem letzten vorkapitalistischen Präsidenten der Volksrepublik Polen

Geisterstunde in Kenderes von Jürgen Elsässer
Die Überführung der Leiche des ungarischen Diktators Niklos Horthy am 4. September an seinen Geburtsort Kenderes war eine erfolgreiche Public-Relations-Veranstaltung für einen alternativen Nationalsozialismus – und wurde deshalb in Deutschland mit Sympathie registriert

Geschichtsunterricht von Otto Köhler
Weiß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, welcher Institution er vorsteht?

»Jeder ist uns der Nächste« XXI von Archiv für Sozialpolitik
Einundzwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

»Regelung der Zigeunerfrage« von Karola Fings, Frank Sparing
Die Kölner Polizei steht unter dem Verdacht, jahrzehntelang mit NS-Akten zur Sondererfassung von Sinti und Roma weitergearbeitet, darüber hinaus deren Existenz vertuscht und somit wichtige Beweismittel und Urkunden unterdrückt zu haben

Erwartet nicht zuviel von Scharping! von Christian Schmidt
Warnung vor einer Unterschätzung des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten

Szenen einer Ehe von Winfried Wolf
Das Duo Deutschland-Frankreich, von vielen als Machtzentrum der Europäischen Gemeinschaft angesehen, ist keine Koalition gleichberechtigter Partner. Frankreich hat in den letzten Jahren ökonomisch an Boden verloren

40 Jahre Krieg von Jürgen Ostrowsky
Reformen in Südafrika – ein politischer Sieg des ANC?

Für eine Handvoll Dollar von Conrad Schuhler

Zur Legalisierung des Dollar in Kuba gibt es keine Alternative. Anmerkung zu Christian Eggers (KONKRET 9/93)

Eine alte Nazisse von Oliver Marchart, Christian Michelides
Gertrud Fussenegger, 81jährige österreichische Schriftstellerin mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 6.229.747, wird am 6. Oktober 1993 – dem österreichischen Staatsfeiertag – vom Freistaat Bayern mit dem Jean-Paul-Preis ausgezeichnet. Für ihr Gesamtwerk

Die Sauce des Allgemeinen von Thomas Neumann
Hans Magnus Enzensbergers »Aussichten auf den Bürgerkrieg« markieren das vorläufige Ende einer heillosen Flucht

Zeichner und Zeiger von Bernd Rauschenbach
Rede zur Eröffnung der F.W.Bernstein-Ausstellung im Theodor-Zink-Museum, Kaiserslautern, am 3. Oktober 1993

Ein »aufgehörter Schriftsteller« von Rudolf Mandler
Zum Tod von Niklaus Meienberg

Buch des Monats: Ja, so haben sie's gemacht von Franz Josef Degenhardt
Günther Jacob: Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer. Texte zu Rassismus und Nationalismus, HipHop und Raggamuffin. Edition ID-Archiv 1993, 240 Seiten, 26 Mark

Branchenrätsel von Chris Toffel
Die »Spiegel«-Konkurrenz »Focus« hat Bewegung in den Zeitschriftenmarkt gebracht

Die Natur des AnoraksBeruf: Neger von Wulf D. Hund
Beiträge zur Auseinandersetzung mit Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus« (KONKRET 8/93) und den Reaktionen darauf (KONKRET 9+10/93) von Wulf D. Hund und Bettina Hoeltje

Die Natur des AnoraksTürckes Anorak von Bettina Hoeltje
Beiträge zur Auseinandersetzung mit Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus« (KONKRET 8/93) und den Reaktionen darauf (KONKRET 9+10/93) von Wulf D. Hund und Bettina Hoeltje

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Barbaren, Daddies, Clowns von Georg Seeßlen
Der Jahrmarktssport Catchen ist im Fernsehen als »Wrestling« wiedergeboren. Diese Show, ein Spiel mit gesellschaftlichen und psychologischen Stereotypen, endet immer wieder im Sieg der »guten« Wrestling-Helden über das, was den »kleinen Mann« bedroht: hinterlistige japanische Konkurrenten, unberechenbare arabische Offiziere, zurückgebliebene Hispanics

Leiden nach Gutsherren-Art von Sabine Horst
Die Verfilmung von Isabel Allendes »Geisterhaus« bringt alles, was schon an der Vorlage bedenklich war, noch weiter herunter

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/93, S. 4

von Konkret

Aus der »Hamburger Morgenpost« vom 14. Dezember 1981: Peter Scholl-Latour kommentiert die Verhängung des Kriegsrechts über die Volksrepublik Polen: »Was Polen jetzt braucht, ist nicht Demokratie, sondern Autorität. General Jaruzelski wird von seinen Landsleuten daran gemessen werden, ob er wieder Ordnung, ein Minimum an Rechtssicherheit und eine halbwegs funktionierende Versorgung mit erschwinglichen Konsumgütern gewährleisten kann.« Zur Forderung der Solidarnosc nach freien Wahlen meint Scholl-Latour: »Falls Jaruzelski im Dezember über ein ... auf ihn eingestimmtes Abgeordnetenhaus verfügen will, dann wird er ... den Urnengang ebenso manipulieren müssen, wie er das heute bereits mit der staatlichen Fernsehberichterstattung tut.«

Gemerkt? Die »Hamburger Morgenpost«, in der der hochwohlangesehene Journalist Peter Scholl-Latour diese Empfehlung gab, war natürlich die vom 5. Oktober 1993, und nicht der »Bluthund« (»FAZ«) Jaruzelski wurde aufgefordert, Polen unter die Knute zu nehmen, sondern Boris Jelzin, die Diktatur über Rußland einzurichten. Daß der Sieg über die realsozialistischen Länder sich auch als Niederlage der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie erweisen könnte, ist in dieser Zeitschrift verschiedentlich prophezeit worden. Die Rasanz, mit der dieses Herrschaftsprinzip sein Ansehen gerade bei seinen hervorragendsten Bannerträgern verliert, verschlägt aber auch uns zuweilen den Atem.

In diesem Heft finden Sie ein KONKRET-Gespräch mit Wojciech Jaruzelski (ab Seite 14), einen Beitrag des österreichischen Journalisten Werner Pirker, dem am 3. Oktober vor dem Moskauer Fernsehzentrum mulmig geworden ist, und Überlegungen von Robert Kurz zu Jelzins »asiatischer Demokratie« (ab Seite 10).

Ein Brief an die Hamburger Lokalredaktion der »Tageszeitung«:

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der »taz«-Hamburg vom 11.9.93 erschien eine ganzseitige Anzeige der SPD mit den Herren Wagner, Voscherau und Hackmann im Lederdress (Unser Herz ist rot, links und frei...). Das Motiv dieser Anzeige ist eine Neumontage eines KONKRET-Posters, wie der Anzeige, wenn auch mit falscher Verlagsangabe, zu entnehmen war. Das Poster erschien im Juli 1981 und geht auf den Titel von KONKRET 5/81 zurück. Durch den Quellenhinweis in der Anzeige wird der Eindruck erweckt, die Zeitschrift KONKRET unterstütze den Wahlkampf der SPD und rufe gar zu deren Wahl auf. Das ist nicht der Fall. Die SPD hat das Postermotiv ohne unsere Zustimmung verwendet, eine Anfrage dieser Art hätten wir für einen schlechten Scherz gehalten und abgelehnt. Die Rechte des Motivs liegen bei Christoph Krämer und der NKV Verlagsgesellschaft mbH. Die üblichen rechtlichen Schritte sind eingeleitet.

Das ursprüngliche Plakat zeigt Herrn Schmidt, Herrn Strauß und Herrn Genscher mit Pflastersteinen in der Hand und mit Punkfrisuren. Das darunter gestellte Motto »No future« wünschen wir auch der Hamburger SPD.

KONKRET-Redaktion

Mit den in diesem Heft abgedruckten Beiträgen von Wulf D. Hund und Bettina Hoeltje zu Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus« beenden wir die Kontroverse zum Rasse- und Rassismusbegriff, die dieser Text ausgelöst hat. Sie tobt inzwischen auch in zahllosen anderen Blättchen, Zeitschriften und Zirkularen, wo Autorinnen und Autoren unterschiedlichster politischer Herkunft zumeist sehr genau wissen, was an Türckes Thesen alles falsch sei. Auch die Redaktion der Musikzeitschrift »Spex«, die sich bis heute durch Abgrenzung von der 70er Jahre-Linken definiert, verteilt in bester Politkommissar-Manier Zensuren: In »der bislang als politisch korrekt geltenden Zeitschrift« KONKRET werde über das »rassistische Referat des Designer-Linken (!) Christoph Türcke« diskutiert (ob sie die Sandalen meinen?).

Die Redaktion wird in einem der nächsten Hefte noch einmal zu Türckes Referat, den Gründen für seinen Abdruck und zu falschen und richtigen Einwänden gegen Türcke und gegen den Abdruck seines Referates Stellung nehmen.

Nicht der Fraktionsvorsitzende der Mecklenburger PDS, Johann Scheringer, war, wie in Gremlizas Oktober-Kolumne behauptet, Mitglied des Bundesvorstands der DKP, sondern sein Vater, Richard Scheringer. Der, ein ehemaliger Reichswehroffizier, war in der Festungshaft vom Nazi zum Kommunisten gereift und fortan der personifizierte »nationale Kurs« der KPD und später der DKP.

Konkret 11/93, S. 6

an Konkret

So soll es sein?

KONKRET 9/93: »Versteinert« von Dietmar Dath

»Malcolm: ›Also ... Gott erschafft den Saurier. Gott tötet den Saurier. Gott erschafft Adam. Adam tötet Gott. Adam erschafft den Saurier.‹ Ellie: ›Der Saurier frißt Adam. Eva erbt die Welt.‹«

Aus diesem und ähnlichen Dialogen des Films Jurassic Park von Steven Spielberg, deren Machart nebenbei bemerkt Unsinn und Zweck jeder Screwball-comedy von den »Golden Girls« bis zur »schrecklich netten Familie« sind, eine Qualitätskategorie dieses Films zu entwickeln, der (Jubel oh Jubel) außerdem zugunsten der Dialoge auf Pointen im Handlungsgeflecht (oder gar aufs Handlungsgeflecht selbst?) verzichtet, ist so, als bekäme die »Bild-Zeitung« für ihren Umgang mit der deutschen Sprache den Ernst-Jandl-Preis verliehen.

Die »mehrdeutige, spaßige Veranstaltung« in »einer Welt, wie sie sein sollte« kann ich, tut mir leid, nirgendwo entdecken. Sämtliche Figuren einschließlich der Saurier verhalten sich so, wie es gemeinhin von ihnen erwartet wird und schon nach ihrem jeweiligen ersten Auftritt vorhersagbar ist (den glänzend kreierten Dinosauriern allerdings nehme ich dies in keiner Szene übel), vom selbstverständlich zynischen Mathematiker (selbstverständlich Chaosforscher) über den selbstverständlich schmierigen und (über-)lebensuntüchtigen Informatiker bis zum Parkaufseher, der aussieht, als hätte er sein Volontariat beim Daktari absolviert. Die ebenso linear und stereotyp gestrickten Hauptpersonen will ich gar nicht erst näher charakterisieren. Nur gut, daß bis zum Ende des Films die Kreatur, ganz Golem, die Spreu vom Weizen trennt. So sollte die Welt sein? Schade, daß nur die Spreu übriggeblieben ist.

Ein Glück wenigstens, daß Jurassic-Park kapitalismuskritischer ist als die vereinigte kritische Journalistenschaft in der Vorführung neben Herrn Dath. Wieder einmal züchtet der Bock die schönsten Rosen, und John Rambo wird Eintänzer der Friedensbewegung. Oder sollte ich Herrn Dath falsch verstanden haben?

Würde es sich hier um ein durchaus intelligentes Produkt aus irgendeiner japanischen Godzilla-Fabrik handeln, niemand würde so tief in die Etikettenkiste greifen, um diesem Film wahlweise dies und jenes zu attestieren oder abzusprechen. Erst der allesumspannende Werbefeldzug macht Jurassic Park in den Augen der eben durch diese Werbetrommel (und natürlich durch den erwartungsheischenden »Qualitäts«-Begriff Steven Spielberg) wachgerüttelten Kritiker zum Loriotschen Familienbenutzer.

Dem Publikum ist’s einerlei: Bei vor gelungener Spannung schweißnassen Händen und vor genialer Tricktechnik glänzenden Augen sind die Dumm- und Plattheiten dieses durchaus trivialen Streifens längst in Kauf genommen und jedweder bemühte biologische Unsinn längst für die Dauer des Films geglaubt.

Eins noch: Die Pointe bei der Jeep-Verfolgung durch den T. Rex liegt nicht allein an der Kameraeinstellung (Saurier im Rückspiegel), sondern in dem transparenten Aufkleber auf demselben: »Die abgebildeten Objekte erscheinen weiter entfernt als sie sind«.

Stefan C. Würzner

Hildesheim

Thema verfehlt

KONKRET 9/93: »Volkes Stimmgabel« von Gerhard Henschel

Gerhard Henschel hat das Thema verfehlt. Regine Hildebrandt ist mehr als »nur« eine neue Variante der sozialdemokratischen VerschleierungskünstlerInnen, die den Klassenantagonismus nach Modellen der alten BRD autoritär und sozialintegrativ zu kitten suchen. Sie steht insbesondere für eine andere sozialdemokratische Tradition, welche längst, spätestens seit 1990, wieder zur Hegemonialideologie und -praxis der deutschen Sozialdemokratie geworden ist: Regine Hildebrandt ist eine landbekannte, offen bekennende und praktizierende Rassistin mit vollen Amtsvollmachten. Das macht sie so beliebt, wahrlich zur »Stimmgabel« des deutschen Mördervolkes. Hildebrandt meint, die meisten Flüchtlinge würden »vier bis fünfmal abkassieren« und »in Luxus leben«, fragt sich wohlmeinend, wie man deutschen Arbeits- und Obdachlosen denn heute noch erklären wolle, daß »wir« Geld für immer mehr Flüchtlinge ausgeben. Deshalb hat sie die Lagerverhältnisse wieder einmal verschärft, war Advokatin der isolierten Großlager und ersetzte Geld für Flüchtlinge durch

(Kleinst-)Gutscheine. Regine Hildebrandt wird nicht aufhören, als Radikalnationalistin gegen die von ihr staatsterroristisch verwalteten Flüchtlinge zu hetzen. In der Tat, Gerhard Henschel hat das Thema verfehlt.

J. Staffelt

ein Autonomer aus Berlin

Pro Biologie

KONKRET 9/93: »Dies ist ein schwules Ei« von Günter Grau

Ich kann nichts Schlechtes daran finden, daß versucht wird, der immer noch verpönten Minderheit der Homosexuellen biologische Pro-Argumente in die Hand zu geben. Auch Hubert Fichte hat so ein biologisches Argument benutzt. Bei ihm wurde die Hormonanzahl untersucht. Unnachahmlich, wie er in seinem Roman *Versuch über die Pubertät* seine Fassungslosigkeit schildert, als dem damals 14jährigen mitgeteilt wird, daß die Untersuchung ergeben hat, daß er homosexuell ist.

Ingrid Gierke

Bremen

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß der Artikel von Günter Grau in KONKRET 9/93 (S. 43) wahrscheinlich einen sinnentstellenden Druckfehler enthält. Am Ende dieses Artikels wird Fritz Morgenthaler so zitiert: »Das Sexuelle ist nicht weiter teilbar. Es ist eine Entscheidung des Lebenden.« Es muß wohl statt »Entscheidung« »Erscheinung« heißen (Fritz Morgenthaler, Homosexualität, Heterosexualität, Perversion, Frankfurt 1987, S. 99)

Werner Schmidt

Kassel

McLane lebt im Exil

KONKRET 10/93: »Zurück in die Zukunft« von Georg Seeßlen

Was Georg Seeßlen über die Fernsehserie »Raumpatrouille Orion« schreibt, entspricht auch genau meinen Recherchen. Raumschiff Orion ist ein deutscher Mythos, für mindestens eine Generation (meine – 1966 war ich 10 Jahre alt). Dabei sind die 60er-Jahre- Bügeleisen-Design-Faszinationen noch gar nichts gegenüber dem Inhalt des Zukunfts-Märchens.

Kennt ihr die vorletzte Szene in der ersten Folge: »Angriff aus dem All?« – Die Weltraum-Kameraden vergasen die Außerirdischen mit Sauerstoff. Ausgerechnet vergasen! General Lydia (schnelle Raumverbände): »Ohne Männer wie McLane hätten wir die beiden galaktischen Kriege nicht gewonnen!« – Im Märchen wird alles wieder gut. Intro: »Es gibt nur noch die Menschheit und ihre Kolonien im Weltraum.« Damit sollte endlich Schluß sein! Laßt die Orion-Fans nicht mit diesem Geist alleine!

In diesem Sinne haben wir eine Fortsetzung dieser Serie für Radio Z (demokratisches Mitgliederradio in Nürnberg) produziert. In diesem Hörspiel haben wir die Jahre einfach weitergezählt, und jetzt wird dem ehemaligen Militärapparat der Prozeß gemacht. McLane lebt im Exil. Raumschiff Orion, der Alptraum geht weiter! (Kassette zu beziehen über: Vulkan, 90480 Nürnberg, Philipp-Kittlestr. 8, Tel. 0911/40 18 33)

Thomas Hinz

Nürnberg

Männer qua Männer

KONKRET 11/91 ff: Chronik »Jeder ist uns der Nächste« vom Archiv für Sozialpoli-tik

Wenn ich mir so Ihre Folge »Jeder ist uns der Nächste« – höchst notwendig und verdienstvoll! – anschaue, kommt mir ein ketzerischer Gedanke: Sind eigentlich im wiedervereinigten Deutschland Ausländer die einzigen, die regelmäßig angemacht, beschimpft, gejagt, mißhandelt und gelegentlich umgebracht werden, und die Angst haben müssen, nachts durch die Straßen zu gehen oder von besoffenen Schlägern Besuch zu kriegen? Über wieviele Seiten, meinen Sie, würde eine Monatschronik der Gewalttaten gegen Frauen – reden wir mal nur von Vergewaltigungen und von Männern qua Männern begangenen Überfällen und Körperverletzungen, die ins Krankenhaus oder in die Leichenhalle führen – gehen?

Ich weiß es ehrlich gestanden nicht, auch nicht, wie viele Frauen in Frauenhäusern gefangen sitzen müssen und wie viele dort nicht mal Platz finden, aber doch so viel, daß monatlich um die 2.000 Vergewaltigungen angezeigt werden, wozu dann noch eine bekanntlich hohe Dunkelziffer kommt...

Und wie's in jenem Ihrem Lande Kinder haben, fällt – müssen Sie wohl mal entschieden haben – schon gar nicht erst unter »Politik & Kultur«.

Und noch was apropos Ihrem etwas inkonsequenten Progressismus/Humanismus/Antirassismus: Sind Sie sicher, daß es nichts, auch nicht ein kleines bißchen, mit, sag'nwama', Herrenmenschendünkel zu tun hat, wenn man über ein Land der Dritten Welt so oberflächlich freihändig daherschreiben läßt, wie Sie neulich Christian Eggers über Kuba schreiben ließen? (KONKRET 9/93). Würden Sie, wenn's um eins Ihrer Nachbarländer geht und um eine ganz konkrete und wichtige Veränderung dort – oder gar um die RAF! – , ein auf so dummer und so offensichtlicher Sekundär-Information basierendes Geschreibe veröffentlichen?

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Håackas/Schweden

Konkret 11/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wählt Heitmann!

Warum diese ganze Aufregung um Heitmann? Warum diese Kampagne, in der sich politische Killer-Instinkte ungehemmt austoben? Man hat den Eindruck, als ginge es für ihre Protagonisten ums Überleben. Vielleicht täuscht dieser Eindruck ja nicht. Der Streit um Heitmann trägt die Züge eines Kulturkampfes. Es geht um die Herrschaft über die Diskurse, also darum, wer wen zwingen kann, politische Aussagen moralisch zu legitimieren.

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Wozu, verdammt, das Fluchen? Wer immer Bundespräsident wird – was könnte er denn tun, außer Reden zu halten und Urkunden zu beglaubigen? Was hätten Inserenten und Abonnenten und Herausgeber von Heitmann zu erhoffen oder von Heitmanns Konkurrenten zu befürchten? Warum dieser ganze Leitartikel, in dem sich politische Killer-Instinkte ungehemmt austoben?

Die Heftigkeit des Auftritts zeigt an, daß es um so etwas Triviales wie eine politische Entscheidung für oder gegen diese oder jene Person oder Richtung nicht geht – so tief klaffen die Abgründe zwischen Heitmann und Rau oder Hamm-Brücher keineswegs, und daß Heitmann seinem Konkurrenten Reich nicht schon in die offenen Arme gelaufen ist, liegt nur daran, daß jener das Faschistenblättchen, in dem dieser jüngst für eine Politik des »emotional Ergreifenden« warb, bislang gemieden hat. Worum es geht, ist ein Symbol, ein Zeichen dafür, daß endlich, wie die »Welt am Sonntag« notierte, »der Geist der Bundesrepublik einen stillen Tod gestorben ist«.

Dieser »Geist«, den der Heitmann-Kritiker Pflüger (CDU) den »Grundkonsens der alten Bundesrepublik« nennt, bestand in der Bereitschaft ihrer rechten Politiker, die populistischen Chancen nicht auszureizen, sondern die nazistischen Neigungen ihrer Wähler (wie ihre eigenen) zu zügeln – aus Rücksicht auf die deutsche Exportwirtschaft, die lieber unterm Stern reiste als unterm Hakenkreuz, und auf die Alliierten, die ihr Recht, im Falle rechter Abenteuer nach dem Rechten zu sehen, noch nicht ganz aufgegeben hatten. Dieser »Geist« bedeutete eine äußerste Anstrengung des politischen Überbaus, Konsens der gesellschaftlichen Basis wurde er nie. Die Wähler der CDU, der CSU und sogar der NPD nahmen die relativ »linke« Politik ihrer Parteiführer bloß mäßig maulend hin, aus Schiß vor Sanktionen und weil die Kohle stimmte. Die stimmte lange, und so gedieh im Laufe der Jahrzehnte die Illusion, die Deutschen seien, was ihre Politiker zu sein schienen: bürgerliche Demokraten, ganz normal.

In Wahrheit blieb die große Mehrheit zäh wie Kruppstahl bei ihrer Überzeugung, daß die »Holocaust-Hypothek« endlich abgeworfen und die Nazizeit in die Geschichte »eingeordnet« werden müsse, Schluß sein solle mit der »Überfremdung« Deutschlands durch eine »unkontrollierte Asylantenschwemme«, Homosexuelle und andere abnorme Minderheiten selber schuld seien, wenn sie verfolgt werden, und »die Mutterschaft wieder ins Zentrum der Gesellschaft gerückt« werden muß. Wenn einmal die beiden Säulen stürzten, auf denen der »Grundkonsens« ruhte: die Fettlebe und die Rücksicht aufs Ausland, brauchte nur einer wie der Heitmann zu kommen, der »dem Normalbürger eine Stimme geben« möchte, und alle würden seine hier zitierten Sprüche nachsprechen.

Die Wiedervereinigung brachte den Deutschen beides, den Verzicht der Alliierten auf ihre Rechte und die Krise, weshalb die Basis dem Überbau die Billigung zu entziehen begann, wofür dieser, damit die Landsleute sich nicht so schäbig fühlten, den Durchbruch ihres antidemokratischen Ressentiments als »Politikverdrossenheit« adelte und allerlei »emotional Ergreifendes« versprach. Politiker und Kommentatoren, die eben noch die Vereinigung von BRD und DDR in einem neuen Staat (nach Artikel 146 des Grundgesetzes) kategorisch ausgeschlossen hatten, erklärten nun, die BRD sei durch den Beitritt der DDR-Länder keineswegs bloß eine größere Bundesrepublik geworden, sondern etwas Neues, ganz anderes, mit neuen, ganz anderen, größeren nationalen Aufgaben und mit dem Recht auf ebensolche Gefühle, besonders für die Bürger aus den fünf neuen blühenden Landschaften des Ostens, denen sonst, außer der Ratenzahlung für den kaputten Mazda, nicht viel geblieben ist.

Einer der ihren sollte sogar Bundespräsident werden. Der Einfall versprach nicht nur ein paar Wählerstimmen drüben. Er bot auch die Chance zu allerlei nationaler und reaktionärer Propaganda, weil doch kein Ami und kein Sozi es einem Ossi, der so lange unter Linken und Ausländern gelitten hat, werde übelnehmen können, wenn er einmal gegen Ausländer und Linke ein wenig über die Stränge schlage. Einem Mann wie Heitmann, Jahrzehnte eingesperrt im Gefängnis DDR, dürfe man nicht vorwerfen, daß er nicht »weltläufig« sei, sagte Kanzler Kohl zum Geschwätz seines Kandidaten über die »Asylantenschwemme«. Das war die sichere Deckung, aus der das letzte Gefecht gegen die Reste der alten Bundesrepublik kommandiert werden konnte – beispielsweise von der »Frankfurter Allgemeinen«, die die »Front linker Dinosaurier«, bestehend hauptsächlich aus Heiner Geißler, Rita Süßmuth, Jürgen Möllemann, Ignatz Bubis und der Illustrierten »Stern«,

mit Böllern wie diesen eindeckte: »Progressisten und Emanzipatoren«, »linksliberale Hegemonie« oder »totalitäre ›Öffentlichkeit‹«.

Aber auch die Gegner des Kandidaten Heitmann wollten durchaus nicht das bleiben, was die Rechten vom Mainstrom »linksliberalen Mainstream« nannten. Statt die alte Republik zu verteidigen, suchten sie ebenfalls ein Symbol für etwas Neues, jenseits des verhaßten Parteienstaats: Einen Kandidaten, in dem sich das ganze deutsche Volk wiederfinden könne, der nicht spalte, sondern versöhne, nicht polarisiere, sondern integriere, Brücken über Parteigrenzen schlage und so weiter im volksgemeinschaftlichen Bruhaha, das zuerst die grünbraune Initiative zugunsten des Kandidaten Reich angestimmt hatte.

Die Unübersichtlichkeit wurde von Tag zu Tag unübersehbarer. Während der Kandidat Heitmann Unterstützung bei NPD, REPs und der DVU fand, schlug der von der »FAZ« als »Progressist« eingeordnete Heitmann-Kritiker Pflüger den Juristen Roman Herzog vor, einen Günstling des Marinerichters Filbinger und des früheren bayrischen Kultusministers Maunz, der wiederum, wie in der selben Woche gemeldet wurde, dem DVU-Gründer Frey bei der Formulierung des Parteiprogramms geholfen hatte. Dafür durfte der Arnulf Baring, der die Bundesregierung vor einer Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags warnt, in Heitmanns Kulturkampfblatt »FAZ« den Auftritt seines Kandidaten Reich in der rechtsextremistischen Zeitschrift »Mut« loben. An qualifizierten Nachfolgern für Theodor Heuss, der im Reichstag für Hitler gestimmt, für Heinrich Lübke, der Baracken für KZ-Häftlinge entworfen hatte, für das NSDAP-Mitglied Walter Scheel und den SA-Reiter Karl Carstens ist, wie man sieht, kein Mangel.

Ein Segen also, wenn die Kandidatenkür mit der Verlängerung des Weizsäcker-Kitschs durch dessen evangelischen Betbruder Rau endete und die Illusionen über dies Land und seine Leute fünf weitere Jahre durch ölige Predigten prolongiert würden? Aber dann doch lieber St. Heitmann, der »gerade Mensch« (CDU-Generalsekretär Hintze), der nicht reden kann und darum so oft sagt, was er und seine Landsleute wirklich meinen, dieses Ausplaudertäschchen, dessen ästhetische Anmutung es den neuen vaterländischen Intellektuellen schwermachen wird, Liebe zu einer so repräsentierten Nation zu entfachen, diese reaktionäre Dumpfbacke, die – last aber alles andere als least – dreimal täglich hervorrufen würde, was Deutschland am nötigsten braucht: das wache Mißtrauen des Auslands. Als einer, der viele Urlaube in Nachbarländern darangegeben hat, durch rüpelhaftes Verhalten im Verkehr und herrisches Auftreten in Wirtshäusern den falschen guten Eindruck zu korrigieren, den reisende Achtundsechziger von den Deutschen hinterlassen haben, rufe ich den Mitgliedern der Bundesversammlung zu: Wählt Heitmann!

Konkret 11/93, S. 10

Werner Pirker

Jelzins Mission
Wer zuerst schießt, hat verloren

Vor allem deutsche Demokraten sehen Rußland nach der militärischen Zerschlagung der Opposition »auf der Zielgeraden zur Demokratie« (»taz«). In Wahrheit befindet sich das Land unter Boris Jelzin auf dem direkten Weg in eine marktwirtschaftliche Notstandsdiktatur. Werner Pirker und Robert Kurz über Jelzins Arbeit an der Asiatisierung der Demokratie

Man kann den russischen Volksdeputierten alles mögliche andichten, daß sie Kommunisten und/oder Nationalisten seien, unbelehrbar, ewiggestrig und reformfeindlich, aber eines soll man ihnen bitte nicht unterstellen: daß sie Apparatschiks der alten Schule seien, privilegiensüchtige und korrupte Sesselkleber. Selbst auf diese Stereotype aber wollte die Bürgerpresse bei der publizistischen Umzingelung des »Weißen Hauses« nicht verzichten.

Wo gibt es denn sonst noch auf der Welt ein Parlament, das einer fast zweiwöchigen Belagerung standhält, von Lebensmitteln, Strom und Wasser abgeschnitten, dafür von der regimetreuen Presse noch gedemütigt und verhöhnt – »sollen sie doch in ihren eigenen Exkrementen ersticken«, schrieb die »Iswestija« – , den Sturmangriff und damit die physische Auslöschung vor Augen? Und dies alles nur in Verteidigung von Parlamentssitzen, aus Angst vor Neuwahlen? Man stelle sich doch die Mitglieder des Bundestages oder des amerikanischen Kongresses in einer ähnlichen Situation vor. Clinton hätte ja schließlich auch auf die Idee kommen können, sein »reformfeindliches« Parlament auseinanderzujagen.

Die Internationale der Befürworter der russischen Reform hatte sie einst ganz fest in ihr Herz geschlossen, die standhaften Verteidiger des »Weißen Hauses« und damit der russischen Demokratie. Allein die Bezeichnung für das Parlamentsgebäude signalisierte die Richtung: weg von der finsteren Kreml-Herrschaft, hin zur »Demokratie à l'américaine«. Nun, es waren diesmal die gleichen Frauen und Männer, die im Parlamentsgebäude ausharrten, nur waren sie eben zwei Jahre älter geworden.

Das jetzt aufgelöste Parlament war personell das gleiche, das Jelzins Staatsstreich 1991 sanktioniert hatte, das seinen Angriffen auf die örtlichen Sowjets, denen er, wie einst im Thermidor, allein ihm weisungsgebundene Präfekten vor die Nase setzte, keinen Widerstand entgegensetzte und das zur fröhlichen Privatisierung blies. Wenn heute die ganz Schlauen unter den Kommentatoren Jelzin das Versäumnis vorhalten, damals mit der KPdSU nicht auch noch den Obersten Sowjet in die Wüste Gobi geschickt zu haben, dann haben sie wohl schon vergessen, daß das russische Parlament anno 1991 die einzige solide Machtbasis war, über die der spätere Selbstherrscher verfügte. Wohlweislich hatte er deshalb für 1992 ein Moratorium über Wahlen verhängt, da solche den Demokratisierungsprozeß destabilisieren könnten. Demokratie po russki: Was demokratisch ist, bestimmt zum jeweiligen Zeitpunkt Boris Nikolajewitsch. Wer erinnert sich noch daran, daß es ihm auch schon mal opportun schien, »Alle Macht den Sowjets« zu fordern?

Im Prozeß der »weiteren Vertiefung der Reform«, wie man sich auf »neurussische« und zugleich bewährt-breschnewistische Weise auszudrücken pflegt, habe sich das Parlament jedoch als (neurussisch:) »Hort der kommunistischen Revanche« erwiesen. Im Grunde ist jedoch ein ganz anderer Differenzierungsprozeß vor sich gegangen. Um diesen zu erfassen, muß man sich die Vorfälle um den Moskauer Stadtsowjet 1990/91 in Erinnerung rufen.

Dort waren die »Demokraten« zur Macht gelangt, damals noch als eine Art »Regenbogenkoalition«, die das gesamte radikaldemokratisch-liberale Spektrum abdeckte. Gawrilj Popow, bis vor kurzem noch Leiter des Lehrstuhls für »Politische Ökonomie des Sozialismus« an der Moskauer Universität und über die »Kundgebungsdemokratie« zum demokratischen Politiker gereift, brachte als Vorsitzender ohne große Umschweife den Widerspruch zwischen den demokratischen Bestrebungen in der Gesellschaft und seinem Programm einer Herstellung privatkapitalistischer Verhältnisse offen zur Austragung. Seine heimlichen Verbündeten waren dabei die alten Nomenklaturisten, die ähnliche Absichten wie er verfolgten: die Übertragung des Staatseigentums in bewährte Privathände, nämlich die eigenen. Den Kampf sagte er damit nicht etwa der kommunistischen Parlamentsfraktion »Moskwa« an, sondern jenem Flügel des »demokratischen Rußland«, der unter Verstaatlichung Entstaatlichung, die Entwicklung von Formen der Partizipation, Selbstverwaltung und kommunalem Eigentum verstand. Popows selbstherrliches Gehabe – er ließ sich unter administrativer Ausschaltung von Gegenkandidaten in direkter Wahl zum Bürgermeister wählen, um sich so auch vom Mossowjet abzunabeln – trieb den Konflikt auf die Spitze. Die linken Demokraten traten in den Hungerstreik, und der Herr Bürgermeister mobilisierte die »demokratische« Straße – unter den Demonstranten auch Jakowlew und Schewardnadse – , wobei die Forderung lautete: »Weg mit dem Mossowjet«. Auf theoretischem Gebiet hatte er dafür die Formel von der »demokratischen Diktatur« parat, die besagt, daß allein bei Brechung der Macht der Sowjets die freie Unternehmerinitiative zur Entfaltung gebracht werden könne.

Dieser Konflikt noch zu Lebzeiten der KPdSU, deren Selbstverständnis nur mehr im Anti-Radikalismus bestand, bildete das Grundmuster für den späteren Kampf um die Macht im Staat. Damals entstand auch jene unheilvolle liberal-

bürokratische Allianz der Privatisierer, wobei den liberalen Part die Mafia spielt, was einen gesellschaftlichen Zustand hervorbrachte, den der Linkssozialist Boris Kagarlitzky als »marktwirtschaftlichen Stalinismus« beschreibt.

Nun soll also ein frei gewähltes Parlament den von »Altkommunisten und Nationalisten« beherrschten Kongreß der Volksdeputierten ablösen, weil dieser nämlich nicht auf der Grundlage des Mehrparteiensystems gewählt worden sei und deshalb über keine demokratische Legitimation verfüge, wie es die Meinungsmacher zu wissen glauben. Doch mit seinem Staatsstreich hat Jelzin auch alle Grundlagen eines genuinen Mehrparteiensystems zerstört. Die Partei, die Boris Nikolajewitsch in die Wahlen führen will, muß noch gegründet werden. Denn praktisch alle Parteien, die in den letzten Jahren entstanden, bildeten sich in mehr oder weniger scharfer Gegnerschaft zum Jelzinismus. Sergej Schachrai, einer der engsten Jelzin-Vertrauten, meinte deshalb auch mit der ihm eigenen Unverschämtheit, daß ein über Parteien-Kandidaturen gewähltes Parlament wohl eher einem Irrenhaus gleichen würde. Somit ist die Wahl, die es bei den Wahlen im Dezember geben soll, von den herrschenden Kreisen und ihrem elektronischen Terrorregime längst vorgegeben: »Jelzin oder der Antichrist« für die Mystiker, »Jelzin oder die Anarchie« für die Ordnungsliebenden, »Jelzin oder der totalitäre Kommunismus« für jene halbgebildeten Schichten, die als »Intelligenzija« firmieren. Wie aufregend Pluralismus doch sein kann.

Das Gejammere über die »Doppelherrschaft«, wie die Kreml-Politiker und ihre Unterstützerfront das für bürgerliche Rechtsstaaten konstitutive Nebeneinander von Exekutive und Legislative zu bezeichnen pflegen, sowie über die Sowjets als »kommunistische Altlast« hat ja auch seinen realen Kern, weil sich die Sowjets in der Tat einer Transformation widersetzen, die in ihrem Wesen auf einen ökonomischen Putsch der Bürokratie hinausläuft. Zum anderen handelt es sich bei diesen Räten wirklich um einigermaßen genuine Volksvertretungen. Zu jener Zeit gewählt, als die sozialistische Autokratie in ihren letzten Zügen lag, hatte ein spontaner, wenn auch von der »demokratischen« Elite zu ihren Zwecken genutzter Demokratismus die offiziellen Parteikandidaten aus dem Feld geschlagen. Die neue politische Klasse aber, aus demokratischen Karrieristen kommunistischer Herkunft bestehend, bildete sich weitgehend außerhalb des parlamentarischen Milieus. Besonders drastisch zeigt sich das in Moskau. Hier administriert schon seit längerem eine »Moskauer Regierung«, die sich aus Dollar-Millionären zusammensetzt und den Mossowjet links liegenläßt, in die eigene Tasche.

Nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen – bereits im vergangenen Dezember hatte der Moskauer Bürgermeister Ljuschkow die städtischen LKW-Fahrer zur Belagerung des Kreml, in dem damals der Kongreß der Volksdeputierten tagte, angestiftet – hat sich Jelzin nun ernsthaft an die Verwirklichung seines Credos gemacht, das da lautet: »Keine Macht den Sowjets«. Der Ukas Nr. 1400 sagt nicht bloß der »Sowjetmacht« den Kampf bis zur Vernichtung an, sondern richtet sich generell gegen eine starke Legislative, gegen den Parlamentarismus. Jelzins Projekt einer »Staatsduma« erinnert nicht nur dem Namen nach an ihr zaristisches Vorbild, die Reichsduma: Dieses Parlament soll nach dem Willen des Selbstherrschers aus dem Ural jederzeit von ihm einberufen und aufgelöst werden können. Allein die Ablehnung eines vom Präsidenten vorgeschlagenen Ministers kann die sofortige Parlamentsauflösung zur Folge haben.

Jelzin und seine Reformer haben historisches Neuland betreten. Sie haben eine Gesellschaft zu transformieren, die, sozialistisch oder nicht, jedenfalls »sowjetisch« war. Der Versuch, solidarisches Handeln für eine Sache abzuverlangen, die in sich die Negation der Solidarität trägt, erweist sich als hoffnungslos in einem Land, in dem, trotz jahrzehntelanger staatssozialistischer Entfremdung vom Eigentum und wohl auch gerade deswegen, die Idee einer gerechten Lösung der Eigentumsfrage stets präsent bleiben wird. Die mit Brachialgewalt hereingebrochenen Marktverhältnisse haben die traditionellen Beziehungen weitgehend aufgelöst und die Gesellschaft als Ganzes deklassiert. Der Mafia fehlt es schlicht an Bürgerlichkeit, und die unten sind zu ehrlicher Arbeit auch nicht gerade motiviert, sondern überwiegend mit individuellen Überlebensstrategien beschäftigt.

Die Schimäre, die Gorbatschows Reformökonom Stanislaw Schatalin zum Besten gab, als er den Inhalt der Transformation als »allgemeine« Aneignung des Staatseigentums beschrieb, jene wundervolle Verheißung an alle Bürger, Besitzbürger werden zu können, hat ihre eigene Realität, weil sich die gesellschaftliche Aktivität wirklich überwiegend im Prozeß der Aneignung erschöpft. Auch hier zeigt sich, daß die derzeitigen Zustände die drastischere Variante der staatssozialistischen Verhältnisse sind. Erforderte doch auch das sozialistische Schlangestehen mehr Energie als die eigentliche Arbeitstätigkeit.

Gerade in diesen unmöglichen Zuständen liegen aber auch die Ursachen für den Jelzinismus von unten. Nichts leichter, als in solchen Zeiten antiparlamentaristische Ressentiments zu schüren. Selbst die raffgierigsten Schieber erscheinen als nützlicher, in ihrem Verhalten jedenfalls verständlicher als die »unnützen Esser« im Weißen Haus. So stellt sich der Konflikt im Massenbewußtsein nicht als einer zwischen Oben und Unten dar, sondern als einer zwischen Schwätzern und Pragmatikern des täglichen Lebens. Das erklärt auch die Unverfrorenheit, mit der das Regime den Parlamentariern die Kapitulation schmackhaft machen wollte: über in der »Iswestija« annoncierte Stellenangebote.

Die Opposition, von den weltanschaulichen Positionen, die sich hier zusammenfanden, wohl die seltsamste aller nur denkbaren Allianzen, fühlt sich durch das »gesamtstaatliche, gesamtnationale Interesse« vereint. Lediglich die zahlenmäßig

sehr schwachen neulinken Gruppierungen aus dem demokratischen Milieu gehen deutlich in Distanz zu den monarchistischen und völkischen Rechten, unter denen auch die »Neue Rechte«, so die »Nationalbolschewistische Front« des Schriftstellers und Waffennarrs Eduard Limonow, zunehmend an Einfluß gewinnt. Die wirkliche Gefahr besteht aber in einer ideologischen Korrumpierung der Linken, in der Metamorphose zum »Nationalkommunismus«, die sich in Teilen der kommunistischen Bewegung deutlich abezeichnet und es den Jelzinisten erleichtert, ihre antikommunistische Diktatur »antifaschistisch« zu begründen.

Das Kreml-Regime schwankte, aber es fiel nicht. Es schwankte gewaltig, als Milizkordons durchbrochen und Milizionäre entwaffnet wurden, als bewaffnete Einheiten zu den Demonstranten überliefen. Da gab es Anzeichen einer revolutionären Situation. Als hunderte Moskauer in den Straßen mit der Ausrüstung der Ordnungskräfte herumliefen, war die Macht zumindest blamiert. Wer weiß, ob sie nicht gekippt wäre, hätte man dieses Niveau des Widerstandes nicht überschritten und sich nicht zum bewaffneten Aufstand entschlossen. Wer weiß, wie sich die Dinge entwickelt hätten, hätte die Jelzin-Seite zuerst geschossen. Nicht konzeptionell, aber in der Technologie der Macht der Opposition weit überlegen, verstand sie aber besser die Logik des Augenblicks: Wer mit dem Schießen beginnt, macht sich die Armee zum Feind und hat somit den Kampf verloren.

Werner Pirker ist freier Journalist und lebt in Wien und Moskau

Konkret 11/93, S. 12

Robert Kurz

Jelzins Mission
Die Zukunft des Westens

Vor allem deutsche Demokraten sehen Rußland nach der militärischen Zerschlagung der Opposition »auf der Zielgeraden zur Demokratie« (»taz«). In Wahrheit befindet sich das Land unter Boris Jelzin auf dem direkten Weg in eine marktwirtschaftliche Notstandsdiktatur. Werner Pirker und Robert Kurz über Jelzins Arbeit an der Asiatisierung der Demokratie

Ist das Wichtigste für die Demokraten die Inhaltslosigkeit formaler Prozeduren? Nicht einmal das stimmt. Demokratie als heruntergekommener, verwahrloster Ideologiebegriff und als Bestandteil Orwellscher Sprachregelungen hat natürlich im gegenwärtigen Rußland ebensowenig mehr eine positive und emanzipatorische Bedeutung wie in der übrigen Welt. Immerhin hat sich die Jelzin-Clique diesen Titel zugelegt und könnte also wenigstens an den formalen Mindeststandards gemessen werden. Daß in Rußland innerhalb des nächsten Jahres Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden sollten, war von keiner der beiden Konfliktparteien in Moskau grundsätzlich bestritten worden. Umso tiefer läßt es blicken, wenn eine Figur wie Jelzin allein um taktischer Vorteile in der Frage des Wahltermins willen nicht nur einen klaren Verfassungsbruch begeht, sondern sich dabei wie ein Skythenhäuptling mit auf ihn persönlich vergatterten Kampftruppen und mittels eines Schießkriegs in der Hauptstadt durchsetzt.

Die überwältigende Mehrheit der Moskauer und der russischen Bevölkerung überhaupt steht offenkundig beiden Seiten des »Machtkampfs« mit finsterer Gleichgültigkeit gegenüber. »Jelzin ist grauenhaft, die anderen sind noch grauenhafter« (Lew Kopelew), das scheint die allgemeine und realistische Einschätzung der schon von den ersten Anläufen des marktwirtschaftlichen Reformprozesses sozial enteigneten Menschen zu sein. Die Jelzin-Gegner, eine wilde Mischung von Faschisten mit Hitlergruß, neozaristischen Kosaken und patriotischen Alt-Apparatschiks, haben außer reaktionären Phrasen (Volk, Rasse, Heimatliebe, Familie etc.) nichts zu bieten. Hinter der ideologischen Nebelwand stehen sich zwei Fraktionen der Mafia und des militärisch-industriellen Komplexes in einem ruinierten Großreich gegenüber. Die Jelzinisten scheinen dabei mit ideologischen Modifikationen auf das chinesische Vorbild zu setzen: individualistischer Brutalkapitalismus plus staatsterroristische Rahmenbedingungen, wofür Jelzin ein Präsidialregime mit Prätorianergarde favorisiert. Nicht nur in Rußland entartet die gesellschaftliche Realität allmählich zur Realinszenierung von Fantasy-Kitsch.

Es ist nur folgerichtig, daß sich die westlichen Regierungen, die politische Klasse und die marktwirtschaftsdemokratischen Ideologieproduzenten sofort nahezu einstimmig für den trunksüchtigen, aufgedunsenen und jähzornigen Despoten im Kreml und für seine größenwahnsinnige Mannschaft von neoliberalen Reformterroristen erklärt haben. Denn erstens haben sie keinen anderen, und zweitens entspricht das Programm durchaus dem allgemeinen Stand der demokratischen Wirtschaftsbarbarei. Wie schon in Peru und Argentinien, in Somalia und Jugoslawien, so sieht der Westen auch in Rußland nur die Wahrheit über sich selbst und seine sogenannte neue Weltordnung. Die Marktwirtschaft wird nie mehr in der Lage sein, die Mehrzahl der Menschheit substantiell zu integrieren, aber diese kapitalistisch nicht mehr verwertbare Masse soll trotzdem formell unter die Marktgesetze subsumiert bleiben. Einen Teil der Welt und auch der ehemaligen Sowjetunion wird man wohl ziellosen Bandenkriegen überlassen müssen und anderswo die asozialen Programme von IWF und Weltbank mit punktuellen weltpolizeilichen Eingriffen durchsetzen. Für den atomwaffenbewehrten russischen Kern aber bedarf es dann doch eines relativ selbständigen Bluthunds mit ideologisch passendem Signet, der die spätdemokratische Barbarei an einer außer Kurs gesetzten Bevölkerung exekutieren darf.

Jelzins asiatische Demokratie spricht so von der Zukunft des Westens selbst. Denn die aberwitzige Forderung, daß alle Ressourcen stillgelegt werden sollen, die nicht dem globalisierten Rentabilitätsfetisch entsprechen, während gleichzeitig eine erweiterte Reproduktion von rentablen Vernichtungsproduktionen stattfindet, ist nur mit grenzenloser Gewalt durchzuziehen. Der Afrikanisierung der Marktwirtschaft entspricht die Asiatisierung der Demokratie. Genauer gesagt: Es kommt der quasi-asiatische, despotische Kern der westlichen Marktwirtschaftsdemokratie zum Vorschein. Wie schon ihr historischer Aufstieg von blutigem Zwang begleitet war, so durchquert sie auch als Auslaufmodell eine Art diktatorischen Manchester-Kapitalismus, in dem alle zivilisatorischen Errungenschaften der Moderne wieder eingerissen werden. In den Jubel für Jelzin mischt sich daher ahnungsvolles Grauen bei den Gutwilligen, während die demokratischen Hardliner in fletschende Grimassen verfallen. Es paßt zur Gesamtlage, wenn hierzulande ein Jelzin-Jubelperser wie Schäuble im gleichen Atemzug gegen die Reste des Sozialstaats die Faust ballt. Nicht minder bezeichnend ist die reflexartige Reaktion der Realo-Basteldemokraten in der »taz«; ein deutsches Presseerzeugnis, das Jelzin mit seinem Coup sofort »auf der Zielgeraden zur Demokratie« (Klaus-Helge Donath) sah und das nach der Panzerschlacht in der Moskauer Innenstadt mit einem martialischen Hurra-Titel (»Die Demokraten in Moskau siegen – mit Gewehren«) erschien. Die gute alte Revolutionsromantik im Namen der marktwirtschaftlichen Notstandsdiktatur kann freilich nicht einmal mehr Ekel erregen.

Fast schon besonnen wirkt demgegenüber die »Wirtschaftswoche«, die am Vorabend der ersten Schußwechsel »das Notstandsregime des 62jährigen« skeptisch beurteilte und sogar warnende Stimmen russischer Unternehmer zitierte. In der

Tat muß das Verhältnis von wirtschaftsliberalem Individualkapitalismus und paternalistischer Präsidialdiktatur ein prekäres genannt werden. Die Marktreformen werden auch in hundert Jahren nicht greifen und immer neue Abstoßungsreaktionen hervorrufen; die Verselbständigung der Provinzen wird weiterhin drohen; und auch die eigentliche Militärrevolte kann noch kommen, wenn Jelzin große Teile der Armee ins soziale Nichts entlassen muß. Daß er gleich in den ersten Erlassen des Ausnahmezustands nicht weniger als 28 Parteien verboten hat, dürfte die demokratische Reputation nicht unbedingt erhöhen. Offenbar will man, gewitzt durch die algerische Erfahrung, dem »Verantwortungsbewußtsein« der Wähler präventiv etwas auf die Sprünge helfen. Die Regierung wählt sich das Volk selbst, soweit sie es im Rahmen der allgemeinen Vernunft noch dulden und ertragen kann; womöglich auch dies ein Modell für zukünftige westliche Notstandswahlen.

Die Kontrahenten der »Machtkämpfe« sehen einander überall und erst recht in Rußland zum Verwechseln ähnlich; übrigens kamen Ruzkoj und Chasbulatow direkt aus Jelzins eigenem Stall, und Ruzkoj war der demokratische Darling der vergeßlichen Westmedien, als er an der Seite seines Mentors Jelzin das Weiße Haus gegen die Putschisten des Jahres 1991 verteidigte. Es wird nicht ausbleiben, daß sich (nicht nur in Rußland) die Menschen diesen falschen und verlogenen Alternativen verweigern und daß neue gesellschaftliche Bewegungen entstehen, die weder staatssozialistisch noch marktwirtschaftsdemokratisch orientiert sein werden. Vom strategischen Standpunkt einer solchen virtuellen »dritten Kraft« aus kann der Pyrrhussieg der Jelzinisten in Moskau durchaus begrüßt werden. Denn ein Triumph der perspektivlosen Ruzkoj-Nationalisten hätte nur die Legende von der gewaltsam verhinderten wunderbaren Reform in die Welt gesetzt. Jelzins historische Mission ist es, die Marktwirtschaft in Rußland vollständig und für immer zu diskreditieren. Dazu hat er jetzt reichlich Gelegenheit.

Robert Kurz schrieb in Literatur KONKRET Nr. 18 (1993/94) u.a. über Zbigniew Brzezinski

Konkret 11/93, S. 14

Wojciech Jaruzelski, Hermann L. Gremliza, Wolfgang Schneider

»In die Politik hineingestolpert«

KONKRET-Interview mit Wojciech Jaruzelski, dem letzten vorkapitalistischen Präsidenten der Volksrepublik Polen

Von allen ehemaligen Staatschefs des Warschauer Pakts sind Sie derjenige, der heute sowohl im eigenen Land wie im westlichen Ausland den meisten Respekt genießt. Was umso überraschender ist, als Sie noch 1982 da wie dort als der Schlimmste von allen gegolten haben. Die »Frankfurter Allgemeine« beispielsweise hat Sie von einem ihrer Hofpoeten als »Bluthund« andichten lassen. Heute sind Sie vom Fernsehen umworbener Talkshow-Gast und empfangen in Ihrem Hotel Besucher wie den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt zu freundschaftlichen Gesprächen. Wie kommt das?

Das hat mehrere Gründe. Erstens bin ich doch ein sehr untypischer Politiker. Für die anderen, die Sie genannt haben, waren Politik und Parteiapparat ihr ganzes Leben. Mein ganzes Leben war der Dienst im Militär, das in Polen immer schon eine hohe Achtung genossen hat. In die Politik bin ich in einer sehr dramatischen Stunde unserer polnischen Geschichte hineingestolpert.

Daß ich in Polen und auch außerhalb Polens einigen Respekt genieße, liegt zweitens auch an meiner Reformpolitik und an der Rolle, die ich am Runden Tisch gespielt habe. Ich hatte in den 80er Jahren viele Gelegenheiten, westliche Staatsmänner zu treffen und ihnen meine Absichten zu erläutern. Unmittelbar nach der Ausrufung des Kriegsrechts im Februar 1982 hat mich Herbert Wehner besucht, und nach unserem langen Gespräch hat er den »Bluthund« brüderlich umarmt. Ich hatte ihn von der Notwendigkeit meiner Maßnahmen überzeugt. 1985 hat mich Willy Brandt besucht, zusammen mit Herrn Ehmke und Herrn Koschnik. 1983 kam Genscher, Herr Vogel war da, auch Herr Bangemann. Die Kommunisten will ich da gar nicht erwähnen.

Waren die nicht da?

Herr Mies war da, natürlich. Ich konnte also mit vielen Leuten sprechen und ihnen meine Politik darlegen, und ich glaube, sie haben mich verstanden. Sie haben gesehen, daß Polen eine häretische Insel im kommunistischen Block zu werden begann. Gorbatschow sagte später, Polen sei sozusagen ein Laboratorium der Perestroika gewesen.

Und schließlich hat zu meinem Ruf der Runde Tisch beigetragen, der friedlich und in einer evolutionären Weise das alte System in die neue Zeit überführen konnte. So wurde der Kriegszustand ein Ereignis, das viele Polen als das kleinere Übel betrachten. Es war ein Übel, das gebe ich zu, aber es war das kleinste von allen, die uns hätten treffen können.

Man hat in Polen auch besonders positiv die Art und Weise registriert, wie ich meine Ämter abgegeben habe. Mir als Präsidenten unterstanden die Armee und die Sicherheitskräfte, ich hätte viele Möglichkeiten gehabt, sie einzusetzen. Ich habe es nicht getan, denn ich war der Meinung, daß das Volk der Souverän ist und daß ich ihm zu dienen hätte. Schließlich hat auch mein persönlicher Lebensstil eine Rolle gespielt. Wie man weiß, benutzen viele Politiker, nicht nur in Polen, ihre Ämter, um sich persönlich zu bereichern. Ich kann ohne größere Anstrengungen sagen, ich habe reine Hände.

Ihre ersten westlichen Besucher nach Verhängung des Kriegsrechts: Wehner, Brandt, Ehmke, Koschnik waren so etwas wie die schnelle ideologische Eingreiftruppe, die zum Einsatz kam, wenn irgendwo in Europa eine revolutionäre Situation zu entstehen drohte, wie beispielsweise Mitte der siebziger Jahre in Portugal. Haben diese Herren verstanden, daß Sie Polen auf einen sozialdemokratischen Weg bringen wollten? Wollten Sie das wirklich und, wenn ja, ab wann wollten Sie das?

Ich will heute nicht so tun, als sei ich damals schlauer gewesen, als ich wirklich war. Viele Leute, auch Politiker, verschönern nachträglich, was sie getan und was sie gedacht haben. Jeder ist Kind seiner Zeit, und in den damaligen Verhältnissen hatte ich eben die Konzeption, die ich damals hatte. Und viele Jahre hindurch war das die Vision eines reformierten Sozialismus. Und auch wenn es paradox klingt, im Namen eines solchen reformierten Sozialismus ist der Kriegszustand eingeführt worden. Man konnte die Wirtschaft nicht in einer anarchischen Lage reformieren. Im Januar 1982 haben wir uns eine Wirtschaftsreform vorgenommen, die Honecker damals als konterrevolutionär bezeichnet hat, obwohl sie aus meiner heutigen Sicht sehr begrenzt und gar nicht sehr mutig war.

Damals war es ein erheblicher Schritt. Es ging darum, den Sozialismus demokratischer und wirtschaftlich effektiv zu machen. Wir waren das einzige Land, das im Jahre 1986 keine politischen Gefangenen mehr hatte. Ich habe damals als Staatsoberhaupt einen Konsultationsrat eingesetzt, der zu 75 Prozent aus Menschen bestand, die keiner Partei angehörten, ja man könnte fast sagen, die Oppositionelle waren. Wir haben dort sehr ehrliche Diskussionen geführt, die in Gänze publiziert worden sind. Und viele Anregungen, die aus diesem Rat kamen, sind auch wirklich in die Praxis umgesetzt worden. Das war so ein Quasi-Parlament in jener Zeit. Das war für mich und für die Opposition eine wichtige Probe für den Runden Tisch.

Man nannte uns damals einen totalitären Staat, aber, bitte, was ist das für ein totalitärer Staat, in dem die Regierung Volksabstimmungen über systemverändernde politische und wirtschaftliche Fragen veranstaltet und sich an die

Entscheidung auch dann hält, wenn sie verliert? Wir haben uns als Verlierer an unser gegebenes Wort gehalten, im Gegensatz zu Solidarnosc, die keine einzige kapitalistische Parole auf ihre Fahne geschrieben hatte und, als sie dann an die Macht kam, den Kapitalismus eingeführt hat – ohne Referendum, ohne das Volk zu fragen, wie wir es vorgeschlagen haben.

Um auf ihre Frage zurückzukommen: Ich habe die ganze Zeit gedacht, daß es möglich sei, eine immer tiefere, immer weitere Reform des Sozialismus durchzuführen. Und da habe ich mich mit Gorbatschow sehr, sehr gut verstanden. Ich kann bis heute nicht sagen, ob es nicht doch möglich gewesen wäre, sozusagen einen dritten Weg zu finden. Einen dritten Weg neben dem realen Sozialismus und dem klassischen Kapitalismus. Ob es nicht möglich gewesen wäre, die sozialen Errungenschaften des realen Sozialismus zu behalten und mit den besten Elementen desKapitalismus zu kombinieren. Ich denke, die Ergebnisse der Wahlen jetzt in Polen haben gezeigt, daß die Bevölkerung in ihrer kollektiven Klugheit meint, man solle wieder ein bißchen mehr in dieser Richtung suchen. Zumal die Variante des Kapitalismus, in der wir uns in Polen plötzlich befinden, nicht der westeuropäische Kapitalismus ist, sondern eher der lateinamerikanische.

Das Laboratorium der Perestroika, wenn es denn wirklich der Verbesserung des Sozialismus hätte dienen sollen, ist den Polen ebenso um die Ohren geflogen wie den Völkern der ehemaligen Sowjetunion. Fühlen Sie sich dafür nicht mitverantwortlich?

Der reale Sozialismus hat in Polen 45 Jahre gedauert. Es ist eine – man könnte fast sagen: sozialpsychologische Vorbestimmung, daß die Bevölkerung, wenn immer einer an der Macht ist über eine lange Zeit, dazu neigt, es doch mal anders zu versuchen. Bei uns in Polen wurde die Macht durch die Vereinigte Arbeiterpartei ausgeübt. Diese Macht ist nicht ideal ausgeübt worden. Es gab sehr, sehr viele Krisen, es hat sich sehr vieles angestaut. Und dann kam hinzu, daß in Polen eine Opposition entstanden ist, die vom Westen sehr stark unterstützt worden ist und die den Polen den Wohlstand versprochen hat, der im Westen herrscht. Der Sieg der Solidarnosc gründete auf dieser IIllusion. Und umso größer ist jetzt die Enttäuschung.

War das eine Illusion der Solidarnosc-Führer oder derjenigen, die Solidarnosc angeleitet haben, oder war es eine bewußte Lüge?

Wer kann das sagen? Es war sowohl als auch. Es gab dort genug kluge Leute, die wußten, daß es keinen Zauberstab gibt, der uns so von der einen Wirklichkeit in die andere versetzen könnte.

Der Klub der katholischen Intelligenz wußte, was er tat.

Ja, bestimmt.

Wieviel wußten Sie damals über den Einfluß, der von außerhalb Polens auf die Solidarnosc und auf die Entwicklung der Opposition genommen worden ist?

Ich kann Ihnen nur sagen, wie es die Russen damals bewertet haben, was unter anderem mit dazu geführt hat, daß sie eine Intervention erwogen. Sie haben die Solidarnosc als ein trojanisches Pferd der Nato angesehen. Es kamen große Gelder herein, es kam drucktechnische Hilfe, es kam technische Hilfe, es war enorm, was da geleistet wurde. Die Aktivisten der Solidarnosc sind in der ganzen Welt herumgereist, sie saßen in den westlichen Botschaften. Ich will das nicht verurteilen, das war ein Mittel des politischen Kampfes. Die USA haben geglaubt, daß sie mit diesen Leuten einen Pfeiler des Warschauer Paktes stürzen könnten.

Was sagen die Führer der Solidarnosc, die sich ja als die besseren Sozialisten ausgegeben haben, wenn man sie heute fragt, wo denn ihr Sozialismus geblieben ist?

Man muß sagen, daß die »Solidarität« ein sehr breiter Fluß war, von der äußersten Rechten über klerikale und konservative Leute bis zu den populistischen Linken. Und es verband sie nur eines: der Kampf gegen die damaligen Machthaber. Das war wie bei der großen Koalition zwischen Stalin, Churchill, Roosevelt, die sofort nach ihrem Sieg auseinandergefallen ist. Bujak, der damals ein führender Oppositioneller war, hat jetzt ein Buch unter dem Titel »Ich entschuldige mich für Solidarnosc« geschrieben. Andere sagen, das Leben geht weiter, man muß nach vorn blicken, damals haben wir für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz gekämpft, und jetzt müssen wir halt den Kapitalismus bauen. Und die ganz Rechten wollen am liebsten alle Kommunisten an den Baum hängen. So sieht die damalige Solidarnosc heute aus.

Die ehemaligen Kommunisten bilden jetzt eine sozialdemokratische Partei. Sie hat bei der Wahl am besten abgeschnitten und wird mitregieren. Gehören Sie dieser Partei an?

Organisatorisch gehöre ich ihr nicht an. Ich sympathisiere mit ihr, ich habe Kontakte zu diesen Leuten, sie schätzen meinen Rat. Ich möchte nicht enger zu ihnen gehören, weil mein kontroverser Lebenslauf sie belasten könnte. Sie stehen im Verdacht, zu den alten Verhältnissen zurück zu wollen, es ist eine regelrechte Hysterie in Polen ausgebrochen, vor allem unter den Rechten, daß jetzt der Stalinismus wiederkommt. Der Sieg dieser sozialdemokratischen Bewegung, dieses linken Bündnisses, ist kein totaler Sieg, es sind 20 Prozent. Und die Partei will gar nicht an die Vergangenheit anknüpfen, sie steht auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie, der Marktwirtschaft, der Bürgerrechte und -freiheiten, also allgemein

hinter allen Veränderungen, die in Polen erfolgt sind. Sie ist nur gegen die Art und Weise, wie das umgesetzt und wie die Bevölkerung damit überlastet wird. Vor allem ist sie gegen den sehr starken Einfluß der Kirche und gegen chauvinistische, nationalistische Tendenzen.

Es ist eine neuzeitliche Linke. Sie approbiert, sie unterstützt, sie bejaht die Veränderungen, den Geist der Zeit, die sozialdemokratischen Standards, sie befürwortet aber auch gleichzeitig jene Werte, die in den vergangenen vierzig Jahren auch sich gezeigt haben, die von der Bevölkerung assimiliert worden sind, als Errungenschaften empfunden worden sind. Dazu gehören: gemeinsamer Staat für alle, gesundheitliche Fürsorge, eine gewisse kulturelle Versorgung und Bildung, Kultur überhaupt. Das sind Errungenschaften, die zur Wahl gestanden haben und gewählt worden sind von der polnischen Bevölkerung.

Was geschieht, wenn sich herausstellt, daß der dritte Weg eine Sackgasse ist, wenn Polen, anstatt Teil der Ersten Welt zu werden, Teil der Dritten Welt wird, wenn die Hoffnungen so sehr enttäuscht werden wie in Rußland und anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion?

Unglücklicherweise hat sich die sozialistische Revolution in Ländern vollzogen, die nicht reif waren für eine solche Bewegung, für solche Ideen. Länder, die furchtbar rückschrittlich waren, die despotisch regiert worden sind, in denen es sehr viele Analphabeten gab. Und diese Revolution hat dann übergegriffen auf Länder Mittel- und Osteuropas, die auch in einer sehr schlechten Lage waren. Diese Revolutionen wurden von den Ärmsten und den am schlechtesten Gestellten unterstützt.

Heute schaut man in Polen auf Westeuropa und auf die USA wie auf ein Ideal, auf das man sich zubewegen sollte. Aber in den 40er und 50er Jahren ist der Westen gar nicht als so ein Ideal erschienen. In Frankreich und in Italien gab es sehr starke kommunistische Parteien. Die wirtschaftliche Situation war sehr schwierig. Es gab Kolonialkriege, es gab den McCarthyismus und den Rassismus, es gab große Krankheiten dieses westlichen Systems. Ich war 1960 zum erstenmal im Westen, zur Olympiade in Rom. Da wurde eine Reise von Generälen organisiert, natürlich in Zivil, und wir waren natürlich auch in Neapel. Es gibt auch in Polen den Spruch: Neapel sehen und sterben, und in der Tat, das, was man gesehen hat, danach wollte man sterben. Das Zentrum dieser herrlichen Stadt war ein großer Slum, das war eigentlich nur eine Ansammlung von Buden. Selbst in dem zerstörten Warschau war es nicht so schrecklich. Natürlich lebten die polnischen Familien in einem Zimmer, aber sie schliefen nicht auf der Straße. Und so haben wir damals mit eigenen Augen gesehen, daß der Westen nicht das Ideal schlechthin ist und daß unser sozialistisches System gerade den Leuten eine Chance gibt, die ganz unten sind.

Ich stamme aus einer sehr wohlhabenden Familie. Ich bin von den Eltern in eine gute Schule geschickt worden, und sie haben dafür so viel bezahlt, wie drei Arbeiter damals verdienten. Und weil ich vom Lande stamme, hab ich die Kinder gesehen, die da barfuß und in zerrissenen Hosen herumliefen und die nach vier Klassen die Schule verlassen mußten. Vielleicht waren da Jungen und Mädchen, die begabter waren als ich und die die Chance gehabt hätten, etwas aus ihrem Leben zu machen und für Polen zu tun. Der Realsozialismus hat diese Chance eröffnet. Und jetzt verfällt das wieder. Bei uns waren der Unterricht in der Schule und das Studium kostenlos bis zum Abschluß. Jetzt zieht man wieder mit verschiedenen Methoden aus den Taschen der Eltern heraus, was man herausziehen kann. Viele teure Privatschulen sind entstanden. Dorthin werden vor allem die Kinder der Neureichen geschickt, der Spekulanten und Schmarotzer. Und es werden wieder Kasten entstehen, es wird wieder privilegierte und weniger privilegierte Kinder geben.

Ihrer Autobiographie kann man entnehmen, daß Sie, als Gorbatschow Mitte der 80er Jahre Jelzin vorübergehend kaltgestellt hatte, hofften – und dies mit einem »Boris, halte durch!« Jelzin gegenüber auch zum Ausdruck brachten – , Jelzin möge sich durchsetzen. Haben Sie noch immer diesen Wunsch?

Ich schätze den Gorbatschow und mag ihn sehr gern. Ich habe über Jelzin mit ihm gesprochen, gerade als der Konflikt damals begann. Und ich weiß, daß das Gorbatschow sehr getroffen hat, denn er hat Jelzin gefördert und hat damit gerechnet, daß er ihn unterstützen wird im Kampf mit der Bürokratie. Ich will heute nicht bewerten, wer die besseren Gründe hatte, Gorbatschow oder Jelzin.

Es war wohl zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, da trafen sich in Moskau die kommunistischen Parteien, die sozialistischen Parteien, die Befreiungsbewegungen, und da war es Brauch, daß die erste Garde der Reihe nach antrat, und die Gäste gingen vorbei und wurden begrüßt. Jelzin stand am äußersten linken Flügel als der gefallene Engel, aber er war noch da, und alle kamen auch zu ihm und reichten ihm sozusagen zwei Finger und guckten weg. Sie wollten damit zeigen: Das ist doch schon einer aus der zweiten Liga. Und ich bin ganz natürlich auf ihn zugegangen, hab ihn umarmt und hab gesagt, Boris, halten Sie durch. Und Jelzin hat in seinem Buch geschrieben, daß dasselbe auch Fidel Castro gemacht hat, der ein mutiger Mann ist.

In Rußland schaut im Moment alles auf die Armee. Es scheint, als ob die Armee in der Krise des Staates darüber entscheidet, wie die Machtfrage beantwortet wird. Könnte es sein, daß die polnische Armee auch einmal wieder in eine solche Lage kommen könnte? Und wenn sie in so eine Lage käme, welche Rolle würde sie dann spielen?

Ich kann mir nicht vorstellen, daß in Polen eine ähnliche oder annähernde Situation für die Armee entstehen könnte. Die polnische Armee hat die Erfahrung des Kriegsrechts hinter sich, sie ist dafür von den jetzigen Machthabern sehr stark kritisiert worden, und deshalb denke ich, daß sie sich politisch nicht wird mißbrauchen lassen. Andererseits ist die Armee eine der Grundfesten des Staates, was auch in der Verfassung verankert ist, und sollte die Stabilität des Staates einmal in Gefahr sein, dann kann sie natürlich irgendwie mißbraucht werden, so wie die Polizei auch.

Mißbraucht oder gebraucht?

Wenn es Gefahren für den Bestand des Staates geben sollte, dann könnte natürlich die Armee gebraucht werden, als Ordnungsmacht. Aber ich kann mir die Armee nicht als eine politische Kraft vorstellen, die irgendeine politische Aktion unterstützen würde.

Könnten Sie sich vorstellen, daß Sie in das Amt, das Sie schon einmal hatten, noch einmal einziehen würden, diesmal als gewählter Präsident?

Ich kann mir das weder vorstellen, noch würde ich mich jemals dafür hergeben. Ich habe mich sozusagen schicksalhaft plötzlich in der Politik vorgefunden, und ich erachte es als den größten Fehler meines Lebens, daß ich mich damals dazu entschieden habe, mitzumachen.

Wie bitte?

Ja, ja, ja, ja. Das ist mein Unglück, daß ich seit 1981 diese Last trage – heute zwar schon anders, in anderer Art und Weise, aber ich möchte nie wieder im Leben mich aktiv in der Politik zurückfinden. Natürlich betrachte ich ein solches Interview nicht als aktive Politik.

Mit Wojciech Jaruzelski sprachen Hermann L. Gremliza und Wolfgang Schneider

Konkret 11/93, S. 20

Jürgen Elsässer

Geisterstunde in Kenderes

Die Überführung der Leiche des ungarischen Diktators Niklos Horthy am 4. September an seinen Geburtsort Kenderes war eine erfolgreiche Public-Relations-Veranstaltung für einen alternativen Nationalsozialismus – und wurde deshalb in Deutschland mit Sympathie registriert

»Wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit. Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft.« George Orwell, *1984*

»Horthy hat nie die Chance einer angemessenen Würdigung erhalten«, klagte der »FAZ«-Autor Georg Paul Hefty in der Ausgabe vom 28.8. in einem satten Vierspalter. »Er war eine vielfältigere Persönlichkeit ..., als daß sich ein simples Urteil fällen ließe«, fuhr er ausgewogen fort. Um historische Gerechtigkeit war auch sein Zunftbruder Keno Verseck in der »taz« vom 31.8. bemüht. Ihm mißfiel, daß »während des Kommunismus die Parteiideologen solange an Horthy herumgefeilt (hatten), bis aus ihm tatsächlich ein ›lupenreiner‹ Hitler-Faschist geworden war«. Da dürfe man sich nicht wundern, daß nun die Konservativen in Ungarn ebenfalls »eine Geschichtsrevision« versuchten, nur eben »mit umgekehrten Vorzeichen«. Was war das für ein Mann, den der FAZist Hefty und der Jung-FAZist Verseck vor zu viel Kritik bewahren wollen?

Miklos Horthy wurde 1868 im ostungarischen Kenderes geboren und brachte es in der Doppelmonarchie als »tapferer Offizier« (»FAZ«) bis zum Flügeladjutanten von K.u.K. Franz Joseph und zum Befehlshaber der Kriegsflotte im 1. Weltkrieg. Er schlug den Matrosenaufstand von Cattaro nieder und entfesselte nach der Proklamation von Sowjetungarn 1919 den Gegenterror, was ihm die »FAZ« hoch anrechnet, denn Horthy habe so dazu beigetragen, »viel von dem Leid abzuwenden, an dessen Anfang auch andernorts aufständische Matrosen und kommunistische Räte gestanden hatten«. Nach der Zerschlagung der Räterepublik und der Auflösung des Abgeordnetenhauses errichtete Horthy die Diktatur oder – in den Worten der »FAZ« – »ein parlamentarisches System mit sozusagen immerwährender Regierungspartei, also keineswegs eine vollausgebildete Demokratie«. Schon 1920 suchte er die Kooperation mit Ludendorff, ein Jahr später gewährte er den Putschisten Kapp und Lüttwitz Zuflucht. Die frühe Kontaktaufnahme mit den deutschen Revanchisten folgte der Überlegung, ein Bündnis der Verliererstaaten des 1. Weltkrieges gegen den Westen und die Sowjetunion zustande zu bringen, was die »taz« verständlich findet, denn die in den Pariser Vorortverträgen festgelegten Gebietsverluste Ungarns seien »von den Interessen der Entente diktiert und ethnisch gesehen großenteils unsinnig« gewesen.

Horthys Ministerpräsident Gömbös war der erste europäische Staatsmann, der Hitler nach der Machtübergabe in Berlin besuchte. Er erfreute seinen Gastgeber mit der Mitteilung: »Wir sind schon viel länger ›Rasseschützer‹ als die Nationalsozialisten in Deutschland.« Tatsächlich hatte Horthy schon in den 20er Jahren die ersten antisemitischen Verordnungen dekretiert, und er verschärfte sie Ende der 30er Jahre nach Art der Nürnberger Gesetze. Zur Belohnung wurden Ungarn von den Nazis Gebiete aus der Slowakei (1938) und aus Rumänien (1940) zugesprochen. Immerhin – gibt die »FAZ« zu bedenken – »hatte Ungarn noch die Polen aufgenommen, denen die Flucht vor Hitlers Armee gelungen war«. Leider vergißt das Blatt zu erwähnen, daß die Gastfreundschaft nicht lange währte: 1941 wurden die aufgenommenen Juden zusammengetrieben, an SS und SD ausgeliefert und in Kamenez-Podolsk unter Beihilfe der ungarischen Armee erschossen. Und während die »taz« lediglich bemängelt, daß »unter den Kommunisten nichts davon zu erfahren war, daß Horthy die Deportation der Budapester Juden hatte verhindern wollen«, weiß die »FAZ« sogar ein Zitat beizubringen, das Horthys Menschlichkeit und Großmut belegen soll: »Es ist schließlich unmöglich, sie (die Juden, J.E.) zu liquidieren oder einfach totzuschlagen«, äußerte er 1942.

Nur dem eng bemessenen Platz einer Tageszeitung ist vermutlich zum Opfer gefallen, wie Horthy diese Zurückhaltung begründete, weshalb es an dieser Stelle nachgetragen sei: »Was die Judenfrage anbelangt, war ich ein Leben lang Antisemit und pflegte niemals Kontakt mit Juden. Weil ich aber die Erhöhung des Lebensniveaus als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung betrachte, halte ich es für unmöglich, die Juden innerhalb von einem oder zwei Jahren auszuschalten, denn wir gehen dann zugrunde. Ich war derjenige, der vielleicht am lautesten den Antisemitismus verkündete, aber ich kann nicht ruhig bei Unmenschlichkeiten, törichten und sadistischen Erniedrigungen zusehen, jetzt, wo wir die Juden noch brauchen.« 440.000 ungarische Juden überlebten diesen pragmatischen Antisemitismus nicht, sie wurden von Horthys Gendarmerie in die Deportationswaggons nach Auschwitz gepfercht. Als schließlich auch die Juden der Hauptstadt an die Reihe kommen sollten, stand die Rote Armee schon an der ungarischen Grenze. Der Diktator bekam kalte Füße und wollte sich durch Schonung der Budapester Juden einen Separatfrieden mit den Westmächten erkaufen. Aber selbst von dieser rein egoistisch motivierten Vorzeige-Humanität war Horthy leicht abzubringen: Hitler ließ ihn entmachten, um das Mordprogramm nicht zu verzögern – da gab er klein bei. Auch der »FAZ«-Autor hätte in dieser Situation auf Gegenwehr verzichtet: »Es wäre heldenhafter gewesen, ... aber wahrscheinlich für viele tausend Leute auch leidvoller.« Das Fazit der »FAZ«: »Horthy war weder ein ›Faschist‹, wie dies dogmatische Kommunisten behaupten, noch ein Kriegsverbrecher.«

Die ungarische Debatte um die ehrenvolle Überführung des Diktators aus seinem portugiesischen Exil variierte alle diese Argumente nur unwesentlich: Ministerpräsident Antall von der CDU-Schwesterpartei »Ungarisches Demokratisches Forum« (UDF) rechtfertigte Horthy als Patrioten und Retter vieler Juden, das Bündnis mit Hitler sei ein unumgänglicher Schritt gewesen, die Gebietsabtretungen nach dem 1. Weltkrieg schmerzten die Nation schließlich bis heute. Obwohl die nekrophile Zeremonie als »privat« deklariert worden war, gab die Staatsbank eine Gedenkmünze heraus, das Staatsfernsehen schaltete eine stundenlange Live-Übertragung, und in Kenderes selbst defilierten nicht nur 50.000 faschistoide Gruftis, sondern auch zahlreiche hochkarätige Regierungs- und Parteienvertreter am Sarg vorbei: so Verteidigungsminister Für, Innenminister Boross, Justizminister Balsai, der Vorsitzende der Bauernpartei, Torgyan, der Fraktionschef der UDF, Konya und schließlich Istvan Csurka, bis zum Sommer stellvertretender Vorsitzender der UDF und jetzt Führer der neuen Rechtspartei »Ungarische Richtung und Wahrheit« (vgl. KONKRET 1/93). Ministerpräsident Antall ließ sich krankheitshalber entschuldigen und durch Frau und Sohn vertreten.

Bei ihren Wiederbelebungsversuchen an der Vergangenheit üben sich Deutschland und Ungarn abwechselnd in der Mund-zu-Mund-Beatmung des stinkenden Kadavers: Zuerst zerstörte Ungarn mit der Grenzöffnung 1989 die Fundamente der Friedensordnung von Jalta und Potsdam, dann wollte sich der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg als K.u.K.-Thronerbe zum magyarischen Präsidenten küren lassen, schließlich entlarvten im Jubiläumsjahr der Schlachten von Stalingrad und am Don Zeitungen wie »Die Welt« und »Pesti Hirlap« Stalin als Hauptschuldigen des 2. Weltkrieges. Auch im Herbst 1993 zog man am selben Strick: Während die einen in Kenderes mit Regierungsunterstützung die Leiche des Hitler-Verbündeten Horthy reanimierten, demonstrierten die anderen in Fulda unter Polizeischutz für die Wiederauferstehung des Hitler-Stellvertreters Heß. Der Zweck der Geisterstunde war in beiden Fällen derselbe: Für die Vorstellung eines alternativen Nationalsozialismus zu werben, der im Rückblick die Judenvernichtung den wirtschaftlichen und militärischen Erfordernissen unterordnet und durch Westorientierung einen Zwei-Fronten-Krieg vermeidet.

Horthy verkörpert mit seiner Geheimdiplomatie zwischen den Alliierten und dem Dritten Reich, ähnlich wie Heß mit seinem England-Flug, eine Strategie, wie die Achsenmächte den Endsieg doch noch hätten schaffen können. Der makabre Totenkult ist also hier wie dort kein Ausdruck realitätsferner Nostalgie, sondern Ausdruck einer Politikberatung und Strategiedebatte auf der Höhe der Zeit.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 9/93 über das Ende der Uno

Konkret 11/93, S. 22

Otto Köhler

Geschichtsunterricht

Weiß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, welcher Institution er vorsteht?

Helmut Kohl mag die »Sozen« nicht, doch wo sie sich brauchen lassen, nutzt er sie. Er sorgte dafür, daß der Sozialdemokrat Konrad Porzner Präsident der wie auch immer zu charakterisierenden Vereinigung Bundesnachrichtendienst wurde, denn er wußte, daß der BND nichts nötiger hat als einen Schmutzfänger. Die Rechnung ist aufgegangen. Beflissen erklärte jetzt Porzner: »MfS und Stasi sind mit der Gestapo vergleichbar, nicht mit dem Bundesnachrichtendienst.«

Das ist – Porzner muß das wissen – die reine und lautere Unwahrheit. Kein Geheimdienst dieser Welt steht so unmittelbar in der personellen Nachfolge von Reinhard Heydrichs Reichssicherheitshauptamt – mit Sicherheitspolizei (Sipo), Sicherheitsdienst (SD) und Geheimer Staatspolizei (Gestapo) – wie der von Reinhard Gehlen gegründete Bundesnachrichtendienst.

Kein Zweifel: Auch die Stasi hatte einige Nazileute, doch mit dem BND konnte sie da nicht konkurrieren. Denn der BND war eine Geburt der Organisation Gehlen, und diese wiederum entstand aus der von Gehlen geführten Wehrmachts-Spionage-Einrichtung »Fremde Heere Ost«, die ihre Erkenntnisse durch Erpressung und Folterung sowjetischer Kriegsgefangener gewann.

Im März 1945 nahmen Gehlen und seine Leute ihr umfangreiches Spionage-Material über die Sowjetunion auf Mikrofilm und vergruben alles auf einsamen Almwiesen in den österreichischen Alpen. Mit seinen engsten Mitarbeitern ergab sich Gehlen am 22. Mai 1945 der US-Armee und stand bald darauf als »Organisation Gehlen« im Dienst des US-Geheimdienstes. 1956 wurde die Organisation als »Bundesnachrichtendienst« in deutsche Dienste rücküberführt.

Gehlen, dessen Karriere auf der Liquidierung von Zehntausenden von Kriegsgefangenen beruhte, hatte 1945 seine bisherige Tätigkeit mit Billigung des Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz fortgeführt, den er in dessen Gefangenschaft konsultierte. Mit seinen alten Wehrmachtsspionage-Kameraden allein kam er nicht aus. Er brauchte die Hilfe der erfahrenen Leute vom Reichssicherheitshauptamt. Etwa den SS-Standartenführer Otto Skorzeny, der nicht nur Mussolini für die Nazis aus seinem Gefängnis auf dem Gran Sasso befreite, sondern auch Kriegsverbrechen beging, als er bei der Ardennen-Offensive eine Gruppe von Saboteuren in US-Uniform hinter die feindlichen Linien führte. Er war nach dem Krieg das Bindeglied zwischen dem Bundesnachrichtendienst und den sehr erfolgreichen SS-Fluchthilfeorganisationen »Odessa« und »Die Spinne«. Er besorgte dem ägyptischen Sicherheitsdienst in seinem Kampf gegen Israel etwa hundert deutsche Berater.

Dabei half ihm Gehlens BND-Chef in Kairo, Franz Buensch, ein Antisemit, der zuvor sein pornographisches Werk (»Die sexuellen Gewohnheiten der Juden«) in den Dienst der Goebbels-Propaganda gestellt hatte. Dazu gehörte auch der Massenmörder Alois Brunner, der als »Feuerwehrmann« von der Gestapo im gesamten besetzten Europa eingesetzt worden war, wenn es galt, die Vernichtung der Juden zu beschleunigen. Er lebt heute noch in Syrien, steht aber mutmaßlich nicht mehr auf der BND-Gehaltsliste. Nach Schätzungen des Simon-Wiesenthal-Zentrums ist Brunner für die Ermordung von 128.500 Menschen verantwortlich – kein Stasi-Mann könnte damit auch nur entfernt konkurrieren.

Für Gehlen arbeitete nach 1952, als Porsche-Vertreter ausstaffiert, der RSHA-Hauptabteilungsleiter Professor Alfred Six, der als Chef des Vorkommandos Moskau der SD-Einsatzgruppe B 1941 Zehntausende von jüdischen Männern, Frauen und Kindern ermordete, dafür zu zwanzig Jahren verurteilt, 1952 aber vorzeitig freigelassen worden war. Der »Spiegel«, dessen Beziehungen zum Bundesnachrichtendienst noch zu wenig erforscht sind, deckte in den fünfziger Jahren Six. Horst Mahnke, der Six-Adjutant beim Massenmord, schrieb eine antisemitische Serie für das Magazin und wurde danach als Ressortleiter eingestellt – der heutige Stasi-Feind Rudolf Augstein plädierte damals leidenschaftlich für die Übernahme der bewährten Kriminalisten aus dem Reichssicherheitshauptamt und veröffentlichte eine Rechtfertigungsserie des Gestapo-Chefs Rudolf Diels. SS-Standartenführer Dr. Emil Augsburg, der vor 1945 eine Liquidationskartei sowjetischer Persönlichkeiten angelegt und »außergewöhnliche Ergebnisse ... bei Sondereinsätzen« – beim Massenmord also – erzielt hatte, wurde nach dem Krieg Gehlens zweitwichtigster Mitarbeiter für Ostangelegenheiten.

Und so gab es Hunderte von NS-Verbrechern, die über die »Organisation Gehlen« direkt in den Bundesnachrichtendienst übernommen wurden. Doch anders als die Stasi-Akten blieben die BND-Akten für die Öffentlichkeit stets unzugänglich. Nur in den USA fanden in den letzten Jahren Journalisten und Historiker auf Grund des dort geltenden »Freedom-of-Information-Act« Zugang zu den Akten der CIA über ihre Zusammenarbeit mit der »Organisation Gehlen« und dem BND. Davon künden zwei Bücher, die ins Deutsche übersetzt wurden, aber nur ein Bruchteil des Interesses fanden, das sich heute den verhältnismäßig harmloseren Stasi-Akten zuwendet. 1988 erschien in Österreich (bei Ueberreuter) Der amerikanische Bumerang – NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA – ein Buch des US-Journalisten Christopher Simpson. Und 1992 (bei

Rowohlt Berlin) Organisation Gehlen – Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes von der US-Historikerin Mary Ellen Reese. Beide Bücher liefern, gestützt vor allem auf CIA-Akten, eine Überfülle von Informationen über die hochkriminelle Vergangenheit des BND, mit denen sich Hunderte von Gerichtsverfahren betreiben ließen.

Doch wenn sich im neuen großen Deutschland einmal ehemalige Chefs der beiden deutschen Spionageorganisationen begegnen, dann sind zuvor die Rollen klar definiert worden: Markus Wolf aus dem Osten sitzt auf der Anklage- , Klaus Kinkel aus dem Westen auf der Zeugenbank. Und wenn er dort nach der Vergangenheit des BND befragt wird, dann kann er sich auf eine fehlende Aussagegenehmigung berufen.

Letzte Meldung: Soeben erregte es einen kleinen Skandal, daß die rechtsextremistische »Deutsche Volksunion« des »Nationalzeitungs«-Verlegers Gerhard Frey sich der juristischen Hilfe des gerade verstorbenen Grundgesetzkommentators und einstigen bayerischen Kultusministers Theodor Maunz rühmen konnte. Längst vergessen ist, daß schon 1979, kurz nach dem Tod des einstigen BND-Chefs, dasselbe Blatt intime und freundschaftliche Briefe Gehlens an den DVU-Führer Gerhard Frey veröffentlichte – der Neonaziführer und der Geheimdienstchef unter einer Decke.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 10/93 über das tiefbraune Programm des Ullstein/Propyläen-Verlags

Konkret 11/93, S. 23

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XXI

Einundzwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Dienstag, 31.8.1993 –

Im Berliner Stadtteil Tiergarten greifen zwei 15 und 16 Jahre alte Schüler einen 18jährigen Türken mit einem Messer an und verletzen ihn lebensgefährlich. Das Opfer wird in die Intensivstation einer Klinik gebracht. Die Schüler können vier Tage später festgenommen werden.

Mittwoch, 1.9. –

Das Amtsgericht Fulda spricht einen 45jährigen Funktionär der DVU vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Der Angeklagte hatte im Sommer 1992 ein Flugblatt mit dem Titel »Der Asylbetrüger« verteilt, in dem davon die Rede war, daß »Asylbetrüger« den Deutschen Rauschgift und Aids brächten und »der deutsche Depp« dafür zahlen müsse. Der Richter begründet den Freispruch damit, daß der Straftatbestand der Volksverhetzung nicht erfüllt sei, weil den Asylbewerbern das Lebensrecht in Deutschland nicht abgesprochen werde. –

Das Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Mayen/Rheinland-Pfalz verurteilt den Anführer der Skinheadband »Störkraft« wegen Volksverhetzung, Nazipropaganda und Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren. –

Knapp zwei Jahre nach dem Brandanschlag auf ein von Asylbewerbern bewohntes Haus in Hünxe spricht die Erste Zivilkammer des Landgerichts Duisburg den zwei schwerverletzten Opfern ein Schmerzensgeld in Höhe von 255.000 Mark zu. Nach dem noch nicht rechtskräftigen Urteil müssen die drei rechtsradikalen Täter als Gesamtschuldner zahlen.

Freitag, 3.9. –

In einer Diskothek in Kyritz/Brandenburg kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen deutschen Jugendlichen und rumänischen Asylbewerbern. Die Rumänen werden anschließend von zwei unbekannten Männern verfolgt. Vor dem Asylbewerberheim greifen die Verfolger die Rumänen an und verletzen vier von ihnen – drei durch Schüsse. Alle vier müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden. –

Der Brand am 30. August in Idar-Oberstein wurde nach Angaben der Bad Kreuznacher Staatsanwaltschaft von dem afghanischen Lebensmittelhändler selbst gelegt. Der 40jährige wurde wegen des dringenden Verdachts auf schwere Brandstiftung und wegen versuchten Mordes festgenommen. Ausschlaggebend für den Tatverdacht gegen den Afghanen waren Benzinspuren an seinem Schlafanzug.

Montag, 6.9. –

Für den Brandanschlag auf ein noch nicht belegtes Asylbewerberheim im Dezember 1992 in Steinsberg bei Regensburg ist offensichtlich der Hausbesitzer verantwortlich. Nach eigenem Geständnis hatte er zwei Männer beauftragt, in dem Haus Feuer zu legen.

Mittwoch, 8.9. –

Vor einem Schulungsheim der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Naumburg/Kreis Kassel, in dem ein Schulungskurs mit Auszubildenden unterschiedlicher Nationalitäten abgehalten wird, marschieren rund zehn mit Baseballschlägern bewaffnete junge Männer auf und rufen ausländerfeindliche Parolen. Dieser Vorfall ist der dritte innerhalb dieser Woche. –

In der Stadt Brandenburg dringen Unbekannte in das Gebäude eines Kinderdorfs ein und sprühen zwei Hakenkreuze und SS-Runen auf eine Wand.

Sonntag, 12.9. –

In Cottbus, in Alt-Ruppin/Kreis Neu-Ruppin und in Gräbendorf/Kreis Königs Wusterhausen werden sowjetische Ehrenfriedhöfe von Unbekannten geschändet.

Mittwoch, 15.9. –

In einer Wohnanlage für Asylbewerber in Hannover-Kirchrode brennen 14 von 56 Wohncontainern aus. Die zehn Bewohner können sich unverletzt in Sicherheit bringen. Ein Wachmann erleidet eine leichte Rauchvergiftung.

Freitag, 17.9. –

Unbekannte Täter beschmieren den Gedenkstein des sowjetischen Ehrenmals in Gräbendorf/Kreis Königs Wusterhausen mit Hakenkreuzen und antisemitischen Losungen. –

Das Landgericht Duisburg verurteilt zwei 21jährige Männer, die einen 55jährigen herzkranken Türken bei einer Scheinhinrichtung zu Tode erschreckt hatten, zu vier Jahren Haft. Die Täter hatten den 55jährigen im März 1993 an einer Bushaltestelle beschimpft und ihm eine täuschend echt aussehende Gaspistole an den Kopf gehalten und mehrfach abgefeuert. Das Opfer erlitt einen Herzschlag. Die Richter begründen das Strafmaß mit der »menschenverachtenden Einstellung der beiden Täter«. –

Das Landgericht Lübeck verurteilt zwei Rechtsradikale aus Mölln wegen versuchter schwerer Brandstiftung zu Jugendstrafen von zweieinhalb Jahren auf Bewährung und zu dreieinhalb Jahren. Die beiden 15 und 20 Jahre alten Angeklagten hatten gestanden, am 20. März 1993 in Mölln zwei Brandbomben auf Wohncontainer für Asylbewerber geworfen zu haben. –

Die zweite Kammer des Landgerichts Münster verurteilt zwei 22 und 27 Jahre alte Männer wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu je sechs Jahren Haft. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die beiden Männer am Ostermontag 1993 in Lotte/Westfalen ein Asylbewerberheim mit sieben Molotowcocktails in Brand setzen wollten.

Sonntag, 19.9. –

Brandanschlag auf ein Ausländerheim im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. –

Brandanschlag auf den Wohnwagen und das Auto einer Sinti-Familie in Oberhausen bei Landau in der Pfalz. Der Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Landesverbandes deutscher Sinti, Jacques Delfeld, geht von einem Anschlag mit rassistischem Hintergrund aus. Die Polizei sieht keinen »fremdenfeindlichen Hintergrund«, räumt aber ein, daß »Ursache und Motiv« des Anschlags noch unklar sind.

Montag, 20.9. –

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS/Linke Liste erklärt die Bundesregierung, daß es zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem 31. Dezember 1992 in der BRD 21 Tötungsdelikte mit tatsächlicher oder zu vermutender rechtsextremer Motivation gab.

Dienstag, 21.9. –

Im Wald nahe Reichenau/Bayerischer Wald verletzt ein Jäger einen Asylbewerber mit einem Schuß am rechten Arm. Der Jäger gibt an, er habe den Mann mit einem Wild verwechselt. –

Das Landgericht München II verurteilt einen 37jährigen Elektriker aus Dachau wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von sechs Monaten. Der Angeklagte hatte ein Flugblatt verteilt, in dem er unter anderem geschrieben hatte, »stehlende Zigeunersippen aus dem Osten« müßten »bis zum Umfallen zu Besserungsarbeiten« herangezogen werden.

Donnerstag, 23.9. –

Ein Beamter der Grenzpolizei schießt an der bayrisch-tschechischen Grenze auf einen 24jährigen Rumänen und verletzt ihn. Nach Mitteilung der Polizeidirektion Weiden wollte der Mann, der in der Bundesrepublik als Asylbewerber gemeldet war, in seine Heimat zurückkehren. Grenzbeamte hätten ihn mehrmals vergeblich aufgefordert, seine Aufenthaltsgenehmigung abzugeben und seinen Asylantrag zurückzuziehen. Als der Rumäne in das Dienstzimmer des Abfertigungsgebäudes stürmte und mit einer Hand in die Brusttasche seiner Jacke griff, habe ein Kommissar auf den Rumänen geschossen.

Freitag, 24.9.

-Das hessische Landeskriminalamt registrierte in den ersten acht Monaten diesen Jahres 460 fremdenfeindliche Straftaten. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 187. Das bedeutet eine Zunahme um 146 Prozent. –

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verurteilt drei Handwerker wegen des Überfalls auf einen japanischen Touristen und Grölens von Nazi-Parolen zu Gefängnisstrafen zwischen 25 und 32 Monaten. Die Männer hatten den Japaner im Juni 1993 auf einem S-Bahnhof zusammengeschlagen, getreten, beraubt und blutend auf dem Bahnsteig liegen lassen. In der S-Bahn hatten sie anschließend Nazi-Parolen gebrüllt und einen Fahrgast verprügelt, der sich weigerte, die Parolen nachzusprechen.

Sonntag, 26.9. –

Brandanschlag auf das Büro der Gefangeneninitiative Köln e.V., bei dem der größte Teil der Unterlagen des Vereins vernichtet wird. Nach Angaben der Initiative richtet sich der Anschlag wahrscheinlich gegen ihre Zeitung, die in den letzten Monaten Namen und Adressen von Kölner Rechtsradikalen veröffentlicht hatte.

Montag, 27.9. –

Das Oberlandesgericht Jena verwirft die Revision gegen das Urteil des Bezirksgerichts Gera, das den Rechtsradikalen-Führer Dienel Ende letzten Jahres wegen Volksverhetzung, Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt hatte.

Dienstag, 28.9. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Cham/Oberpfalz. Vier junge Männer werfen mit einer Brandflasche ein Küchenfenster ein, das Feuer kann gelöscht werden. Die Täter werden unmittelbar nach der Tat festgenommen.

Mittwoch, 29.9. –

Unbekannte werfen zwei glimmende Rauchkapseln durch die Kellerfenster eines Asylbewerberheims in Münster/Kreis Darmstadt-Dieburg. Personen kommen nicht zu Schaden. –

Das Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Dresden verurteilt einen 22jährigen Mann wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten. Der Bautzener hatte am 3. Oktober 1991 als Anführer einer Gruppe von Rechtsradikalen das Asylbewerberheim in Meißen gestürmt.

Donnerstag, 30.9. –

In Eppertshausen bei Darmstadt überfallen mehrere Jugendliche zwei 23 und 27 Jahre alte Asylbewerber aus Äthiopien. Die beiden sind auf einem Spaziergang unterwegs, als sie von den Jugendlichen angegriffen werden. Einer der beiden kann sich leicht verletzt in ein Wohnhaus retten, der andere wird von den Angreifern mit schweren Kopfverletzungen liegengelassen. –

Das Landgericht Detmold verurteilt einen 37jährigen Bäcker, der in der Silvesternacht 1992/93 in Detmold mit einer Winchester-Büchse auf zwei Aussiedlerheime gefeuert hat, zu dreieinhalb Jahren Haft. Ein Mitangeklagter erhält eine Bewährungsstrafe, ein dritter eine Geldstrafe. Das Gericht geht von verminderter Schuldfähigkeit aus, da die Männer vor der Tat viel Alkohol getrunken hatten. –

Die achte Kammer des Landesarbeitsgerichts Hamm entscheidet, daß der frühere nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende Peter Markert, der im Januar wegen eines rassistischen Flugblatts der NPD von seiner Position als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Bochum vorläufig enthoben wurde, wegen »grober Pflichtverletzung« endgültig von seinem Amt suspendiert wird.

Freitag, 1.10. –

Das Landgericht München verurteilt zwei junge Männer im Alter von 19 und 21 Jahren wegen versuchten Mordes, versuchter schwerer Brandstiftung und eines Waffendeliktes zu Jugendstrafen von drei beziehungsweise zwei Jahren und neun Monaten. Zwei 19 und 20 Jahre alte Mitangeklagte werden wegen Beihilfe zu Bewährungsstrafen von zwei Jahren beziehungsweise einem Jahr verurteilt. Das Gericht kommt zu dem Ergebnis, daß es sich bei dem Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim, der sich kurz nach dem Möllner Brandanschlag ereignete, um eine Nachahmungstat handelte, »wie sie beispielhafter gar nicht denkbar ist«.

Samstag, 2.10. –

An einer Tankstelle in Suhl/Thüringen greifen vier Skinheads zwei Angolaner an. Aus einem nahegelegenen linken Zentrum eilen den Angegriffenen 20 Jugendliche zu Hilfe, worauf es zu einer Schlägerei kommt. Sechs Personen werden vorläufig festgenommen. Drei zum Teil schwer Verletzte, unter ihnen einer der Angolaner, kommen mit Knochenbrüchen, Blutergüssen und Schürfwunden ins Krankenhaus. –

In Fürstenwalde/Brandenburg werden während eines Konzerts aus dem Kulturhaus ausländerfeindliche Parolen gerufen. Aufgrund einer Anzeige von Anwohnern nimmt die Polizei 28 Jugendliche wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen vorläufig fest. Die Jugendlichen werden auf die Polizeiwache gebracht, wo sie weiterhin faschistische Parolen und Lieder grölen.

Sonntag, 3.10. –

Vor einer Diskothek in Rostock geraten drei Inder und sechs Deutsche in Streit. Bei der anschließenden gewalttätigen Auseinandersetzung werden die beiden Inder niedergestochen und schwer verletzt. Sie werden ins Krankenhaus eingeliefert. Ersten Zeugenaussagen zufolge könne es sich um einen ausländerfeindlichen Akt handeln, sagt die Polizei.

Montag, 4.10. –

In Elsterwerda/Brandenburg werden auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof sechs Grabsteine umgestoßen. Außerdem werden die »Sowjetsterne« abgebrochen. –

In Bernau/Brandenburg werden an einem sowjetischen Ehrenmal ein Grabstein und mehrere Blumenschalen umgestoßen. –

Der »Spiegel« berichtet, daß Neonazis in Deutschland und Österreich neuerdings Anweisungen zum Bau von Bomben über eine auf Diskette gespeicherte elektronische Zeitschrift vertreiben. Als Herausgeber der Zeitschrift »Endsieg« ist die NSDAP/AO im US-Bundesstaat Nebraska angegeben. –

Nach Mitteilung des niedersächsischen Innenministeriums wurden in den ersten neun Monaten diesen Jahres in Niedersachsen 319 Straftaten gegen Ausländer registriert. In 106 Fällen habe es sich um Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte gehandelt.

Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt/M. erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 8.9.1993 –

Zwei 14jährige Schüler stürzen auf dem Jüdischen Friedhof in Wriezen im Kreis Freienwalde/Brandenburg 17 Grabsteine um und zerstören sie zum Teil völlig. Außerdem beschmieren sie 26 Grabsteine mit Hakenkreuzen, Nazi-Parolen und dem Kürzel »FAP«. –

Das Landgericht Münster verurteilt den 63jährigen ehemaligen Vorsitzenden der FAP in Nordrhein-Westfalen, Erhard Kemper, zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Kemper hatte Schriften verbreitet, in denen die Verfolgung und Ermordung von Juden während des Nationalsozialismus geleugnet wurde.

Mittwoch, 15.9. –

Die KZ-Gedenkstätte in Sachsenhausen wird erneut von Rechtsextremen geschändet. Unbekannte Täter beschmieren ein Kondolenzbuch in den Museumsräumen mit Hakenkreuzen und rechtsradikalen Sprüchen.

Dienstag, 21.9. –

Am Rande des siebten internationalen Friedenstreffens in Mailand warnt der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, vor zunehmendem Antisemitismus. Gegenüber dem »Evangelischen Pressedienst« erklärt er, er habe auch in jüngster Zeit noch antisemitische Drohbriefe sowohl von katholischen als auch von evangelischen Geistlichen erhalten, obwohl die offiziellen Beziehungen zwischen Juden und christlichen Kirchen in Deutschland sehr gut seien.

Sonntag, 26.9. –

Auf dem Friedhof der Jüdischen Gemeinde in Dresden werfen unbekannte Täter mehrere Grabsteine um und besprühen Gedenktafeln mit Hakenkreuzen und die Außenseite der Friedhofsmauer mit antisemitischen und ausländerfeindlichen Parolen.

Dienstag, 28.9. –

Ein Gericht in München verurteilt einen 28jährigen Journalisten wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 4.000 Mark. Der Journalist hatte in einer von ihm selbst herausgegebenen Zeitung den Holocaust als »Schwindel« bezeichnet, der letztlich erst die Gründung des Staates Israel ermöglicht habe.

Samstag, 2.10. –

Drei mutmaßliche Rechtsextremisten pöbeln in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück eine Beschäftigte an und beschmieren ein Krematorium. Die Jugendlichen bestreiten in einem Gespräch mit der Beschäftigten, daß die Nazis Juden vergast haben und beschimpfen die Frau als »kleine linke Bolschewistin«. Anschließend schmieren sie »verlogenes Bolschewistenpack« ins Gästebuch und »fahrt zur Hölle« an einen Krematoriumsofen.

Konkret 11/93, S. 26

Karola Fings, Frank Sparing

»Regelung der Zigeunerfrage«

Die Kölner Polizei steht unter dem Verdacht, jahrzehntelang mit NS-Akten zur Sondererfassung von Sinti und Roma weitergearbeitet, darüber hinaus deren Existenz vertuscht und somit wichtige Beweismittel und Urkunden unterdrückt zu haben

Es war die Kripo, die während des Nationalsozialismus die Verfolgung von Sinti und Roma organisierte. Innerhalb des unter Heinrich Himmler straff zentralisierten Polizeiapparates wurde 1938 beim Reichskriminalpolizeiamt in Berlin die »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« errichtet. Seitdem betrieben in den jeweiligen Kriminalpolizeileitstellen eigens eingerichtete »Dienststellen für Zigeunerfragen« die Erfassung aller im Deutschen Reich lebenden Sinti und Roma in sogenannten Zigeunerpersonenakten. Erklärtes Ziel war es dabei, die »Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen«. Das Ergebnis der Ermittlungstätigkeit, die die Kriminalpolizei Hand in Hand mit den Rassebiologen der »Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle« des Berliner Reichsgesundheitsamtes durchführte, ist bekannt: Schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma fielen dem Völkermord zum Opfer.

Kein einziger Kriminalbeamter ist jemals wegen seiner Beteiligung an diesem Völkermord verurteilt worden, im Gegenteil: Sie machten Karriere als Leiter örtlicher Kriminalpolizeien, in Landeskriminalämtern und im BKA. Möglich war dies nicht zuletzt deshalb, weil bis heute das in der NS-Zeit angelegte Aktenmaterial zur Zigeunerverfolgung größtenteils als »verschollen« gilt. Wer sich nun die Frage stellt, wo die schätzungsweise dreißigtausend »Zigeunerpersonenakten« geblieben sein mögen, stellt sehr bald fest, daß die Akten – wo sie nicht durch Bombenangriffe oder die Kripobeamten selbst vernichtet worden waren – nach 1945 zum größten Teil durch »bewährte« Beamte für den Wiederaufbau der polizeilichen Sondererfassung von Sinti und Roma verwendet wurden.

Dies trifft auch auf die annähernd tausend, unter denkbar merkwürdigen Umständen erst vor kurzem an ein Archiv abgelieferten Kölner »Zigeunerpersonenakten« zu. Für deren Existenz hatte es bereits seit geraumer Zeit verschiedene Hinweise, unter anderem in Entschädigungsverfahren des Kölner Landgerichtes, gegeben. So hieß es in einem 1957 durchgeführten Verfahren: »Es haben der Kammer seiner Zeit verschiedene polizeiliche Zigeunerakten der ehemaligen Kriminalpolizeileitstelle Köln vorgelegen. ... Nach meiner Erinnerung waren die betreffenden Akten damals bei der Kriminalpolizei Köln ermittelt worden.« Erhärtet wurde der Verdacht, diese Akten seien möglicherweise noch dort aufzufinden, durch die Tatsache, daß Ende der 80er Jahre ein aus NS-Akten stammender »Zigeunerausweis« aus dem Jahre 1937 über die Kölner Kripo an einen Rechtsanwalt gelangte. Bei einer telefonischen Anfrage im Mai 1989 teilte das Polizeipräsidium Köln allerdings mit, daß »Zigeunerpersonenakten« dort nicht vorhanden seien. Da die Akten jedoch weder beim Landgericht, noch bei der Staatsanwaltschaft, noch beim zuständigen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf zu ermitteln waren, lag eine erneute Anfrage beim Polizeipräsidium nahe. Schließlich hätte es dort bei vorschriftsgemäßer Aktenführung zumindest einen Abgabebeleg oder aber einen Vernichtungsvermerk geben müssen. Doch auch die zweite Anfrage wurde vom leitenden Kriminaldirektor der Abteilung Kriminalpolizei im August 1989 negativ beschieden: »Sie haben bereits die telefonische Auskunft erhalten, daß beim Polizeipräsidium Köln keine Personenakten über ledige Zigeuner geführt werden. Diese Auskunft bestätige ich Ihnen.«

Völlige Unkenntnis herrschte offensichtlich auch im nordrhein-westfälischen Innenministerium, das auf eine entsprechende Anfrage hin ebenfalls im August 1989 antwortete: »Der Polizeipräsident Köln hat mir bestätigt, daß sich in seiner Behörde keine sog. Personalakten für ledige Zigeuner der ehemaligen Kriminalpolizeileitstelle Köln befinden. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen verfügt ebenfalls nicht über solche Akten. Ich habe keinerlei Erkenntnisse, ob und ggf. in welchem Umfang diese Akten nach dem 2. Weltkrieg noch vorhanden waren.« Erst eine Anfrage durch das Mitglied der Grünen im Kölner Polizeibeirat, Kurt Holl, brachte im Januar 1992 die Wahrheit ans Licht: »Ich habe zunächst mal diese Anfrage damals – ich glaube, das war 91 im Frühjahr oder Sommer – mündlich gestellt, und das ist, wie so vieles, untergegangen, das heißt, ich habe es mehrmals wiederholt und den Präsidenten gebeten, uns darüber Aufklärung zu verschaffen. Und als es in der nächsten Sitzung nicht behandelt und auch nicht erwähnt wurde, habe ich es nochmal schriftlich für die übernächste Sitzung angemahnt, und auf der Einladung zur Sitzung war immer noch kein Tagesordnungspunkt in dieser Richtung zu sehen. Dann habe ich mich nochmal beschwert, und dann ist es schließlich im Frühjahr 92 mit drei Sätzen beantwortet worden. Und daraus ging hervor, daß die Polizei zugeben mußte, daß sie bis 89 diese Akten hatte, daß sie Anfragen von Historikern – und ich nehme an, auch von Sinti und Roma – immer abschlägig beschieden hat und daß erst, als deutlich wurde, sie kann das nicht länger verschleiern, sie die Akten schnell rübergeschafft hat zum Hauptstaatsarchiv, was sie im Grunde genommen schon nach dem Krieg hätte machen müssen.«

Rund tausend »Zigeunerpersonenakten« sind also am 11. September 1989, wenige Tage nach einer schriftlichen Mitteilung der Kripo, derartige Akten seien nicht vorhanden, von eben dieser Behörde an das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf abgegeben worden. Hat man bei der Kölner Kriminalpolizei etwa darauf spekuliert, daß, wenn die Akten nur lange genug unentdeckt

im Archiv verstauben, der politische Skandal der Unterschlagung dieses wichtigen historischen Materials selber Geschichte wird, gewissermaßen »verjährt«?

Ein Blick in die Akten läßt das ganze Ausmaß des Skandals ermessen. Sie enthalten in der Regel standardisierte Erfassungsbögen, erkennungsdienstliches Material, »rassebiologische Gutachten«, die als Grundlage für KZ-Einweisungen dienten, Vermerke über die Massendeportationen im Mai 1940 in das »Generalgouvernement« und 1943 in das »Zigeunerfamilienlager« in Auschwitz-Birkenau sowie Geburtsurkunden und andere Ausweispapiere. Anhand der Akten lassen sich die oft grausamen Verfolgungsgeschichten genauestens rekonstruieren. Sie zeigen, mit welchem Diensteifer die Kriminalbeamten an der »Lösung der Zigeunerfrage« gearbeitet haben. In jedem einzelnen Fall, in dem Zwangsverpflichtungen zur Arbeit, Zwangssterilisationen oder Einweisungen in Konzentrationslager angeordnet wurden, sind die weisungserteilenden Beamten namentlich dokumentiert. Immer wieder veranlaßten sie Einweisungen in Konzentrationslager, wenn es Sinti oder Roma etwa gelungen war, sich der Erfassung oder den Deportationen zu entziehen. So wurde die Einweisung eines 15jährigen Jungen, der vor der Mai-Deportation 1940 zu Verwandten nach Wuppertal geflohen war, in das Jugendkonzentrationslager Moringen erwirkt, indem ein Kölner Beamter bei der Berliner »Reichszentrale« anfragte: »Ich bitte um Entscheidung, was mit K. geschehen soll, da er erst im Dezember dieses Jahres 15 Jahre alt wird. Kann seine Einweisung in ein KZ-Lager erfolgen?«

Wann immer Sinti oder Roma in die Fänge der Kripo gerieten, wurde der polizeiliche Verfolgungsapparat in Gang gesetzt. Anton M. war beispielsweise im Januar 1943 in Köln aufgegriffen worden. Sofort meldeten die Kölner Kriminalbeamten den Kollegen in Düsseldorf, daß dieser noch vier Brüder habe, die allesamt – obwohl »Zigeunermischlinge« – noch bei der Wehrmacht dienten. Die vier Brüder wurden daraufhin ausgeschlossen und diejenigen, die nicht flüchten konnten, in das Konzentrationslager Auschwitz eingewiesen. Auch nach den Massendeportationen 1940 und 1943 gaben sich die Kripobeamten größte Mühe, noch verbliebene Sinti und Roma aufzuspüren. Kinder, deren Eltern bereits in Konzentrationslagern ermordet worden waren, wurden aus Heimen heraus nach Auschwitz verschleppt. Der sechsjährige Hugo und seine vierjährige Schwester Gertrud beispielsweise, deren Vater bereits im KZ Mauthausen ermordet und deren Mutter im KZ Ravensbrück inhaftiert worden war, wurden im Januar 1944 aus dem Kinderheim Köln-Sülz nach Auschwitz deportiert. Es bestünde »kein Interesse ... diese Zigeunerkinder weiter in deutschblütiger Umgebung im Waisenhaus zu belassen«.

Auch Menschen, die nicht als »Angehörige der Zigeunerrasse« eingestuft wurden, wurden Opfer der rassistischen Verfolgung. Frau S. lebte mit einem als »Zigeuner« geltenden Mann zusammen. Mit der polizeilichen Erfassung wurde sie unter Androhung von KZ-Haft angewiesen, das Zusammenleben mit ihrem Mann aufzugeben. Erst nachdem der Mann in eine Zwangssterilisation »eingewilligt« hatte, hob die Kripo dieses Verbot wieder auf. Bei einem Bombenangriff auf Köln wurden ihre fünf Kinder getötet. Frau S. war zu dieser Zeit im Frauengefängnis inhaftiert, weil sie versucht hatte, sich und die Kinder vor der Deportation nach Auschwitz zu retten. Kurze Zeit nach der Entlassung wurde sie wieder festgenommen, weil sie mit ihrem Mann in einem Wohnwagen angetroffen worden war: »Ihr asoziales Verhalten dürfte die Voraussetzung zur Einweisung in ein Konzentrationslager erfüllen.«

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um einen Eindruck von dem Inhalt der Akten zu geben. Als die wenigen überlebenden Sinti und Roma nach 1945 Entschädigungsansprüche für ihre rassische Verfolgung geltend machen wollten, fehlten ihnen oftmals die Dokumente, die dies hätten belegen können. Ihre mündlichen Aussagen vor Gericht wurden grundsätzlich als nicht glaubhaft abgetan. So heißt es beispielsweise in dem Einstellungsbeschluß der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main zu dem Ermittlungsverfahren gegen den Leiter der »Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle«, Robert Ritter, im Jahre 1950: »Damit erhebt sich die Hauptfrage, ob und inwieweit überhaupt den Darstellungen der Zeugen zu glauben ist. Es handelt sich um die grundsätzliche Frage, ob und inwieweit Aussagen von Zigeunern zur Grundlage richterlicher Überzeugung gemacht werden können.«

Von diesem Geist beseelt, wiesen bundesdeutsche Gerichte Entschädigungsklagen von Sinti und Roma für erlittenes NS-Unrecht massenhaft ab. Ein Kölner NS-Opfer beispielsweise mußte sich im Jahre 1959 vom Bundesgerichtshof folgende Begründung anhören: »Ein Vergleich mit den gegen Juden gerichteten Maßnahmen ist, abgesehen davon, daß nur diese im Parteiprogramm der NSDAP aufgeführt werden, schon deshalb nicht möglich, weil diese nicht die Eigenschaften besitzen, die den nach ›Zigeunerart‹ lebenden Zigeuner schon lange vor dem Nationalsozialismus zu einer Landplage gemacht haben.« In einem Grundsatzurteil war vom Bundesgerichtshof eine rassische Verfolgung bei der Deportation im Mai 1940 verneint worden, selbst für die Auschwitz-Deportation 1943 wurde eine rassische Verfolgung lediglich als im Einzelfall möglich erachtet.

Da die am Völkermord beteiligten Kriminalbeamten nach 1945 zumeist in Polizeibehörden weiterarbeiteten und sich dadurch auch das Monopol über die NS-Akten gesichert hatten, gelang es ihnen, nachhaltig auf die Gerichte Einfluß zu nehmen. Als typisch für die kriminalpolizeiliche Darstellung der NS-Zigeunerverfolgung können die Äußerungen von Kriminalamtmann Hans Eller – vor 1945 an den Zigeuner-Deportationen aus Bayern beteiligt und danach Mitorganisator

der Sondererfassung von Sinti und Roma in der »Landfahrerzentrale« des Münchner LKA – betrachtet werden. In der Zeitschrift »Kriminalistik« schreibt er 1954: »Während des Dritten Reiches wurde eine Anzahl zigeunerischer Personen wegen ihrer teils asozialen, teils kriminellen Lebensweise als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge in Kz-Haft genommen. Erst im Jahre 1943 wurde auch die familienweise Einweisung von Zigeunern in KZ-Lager verfügt. Inwieweit und unter welchen Umständen hierbei Zigeuner ihr Leben lassen mußten, kann mangels konkreter Unterlagen nicht festgestellt werden. Soweit jedoch bekannt, wurden auch viele Zigeuner ein Opfer von Seuchen, die zum Teil auf die mangelhafte Unterbringung in Lagern, zum Teil aber auch auf die persönliche und angeborene Unsauberkeit der Betroffenen selbst zurückzuführen ist. Eine rassische Verfolgung schlechthin muß aber im Gegensatz zu der Judenverfolgung verneint werden.«

Entsprechend fielen die auf NS-Zigeunerakten gestützten Auskünfte der Kripo an Entschädigungsgerichte aus: »Gisela Bamberger wird hier als Person zigeunerischer Herkunft aktenmäßig geführt. Über die angebliche rassische Verfolgung der Bamberger Gisela während des 3. Reiches sind hier keine Unterlagen vorhanden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Einweisung aus asozialen Gründen gemäß des Erlasses vom 14.12.1937 (vorbeugende Verbrechensbekämpfung) erfolgte.« Eine KZ-Einweisung aufgrund dieses sogenannten Asozialenerlasses galt jedoch grundsätzlich nicht als rassische Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes.

Zahlreiche Beispiele aus den Kölner Akten belegen, daß es durchaus genügte, »Zigeuner« zu sein, um als »asozial« in ein Konzentrationslager verschleppt zu werden. In einer Festnahmeverfügung vom Juni 1938 heißt es etwa: »R. ist Zigeuner. Er kann nicht lesen und nur seinen Namen schreiben. Er hat nichts gelernt, nur Gelegenheitsarbeiten verrichtet und ist jahrelang der Wohlfahrt zur Last gefallen.« Herr R. wurde als »Asozialer« in das KZ Sachsenhausen verschleppt. In einem anderen Fall reichte der Vorwurf der Wahrsagerei aus, um eine Sintezza in ein KZ verschleppen zu lassen: »Die Beschuldigte handelt mit Sachen des täglichen Bedarfs von Tür zu Tür. Hierbei betreibt sie als Zigeunerin Wahrsagerei. ... Die W. ist mit Wirkung vom 27.10.1939 in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen.«

Aber den früheren »Zigeunersachbearbeitern« wurde nicht nur die Auswertung der Akten überlassen. Falls das nicht genügte, um Entschädigungsansprüche abzuschmettern, erschienen die Kriminalbeamten als »Sachverständige« vor Gericht, um zu berichten, daß »Zigeuner« völlig zu Recht als »Asoziale und Kriminelle« in »Arbeitslagern und Besserungsanstalten« untergebracht worden seien. Die Verantwortlichen des Genozids empfahlen sich darüber hinaus gegenseitig den Gerichten, so daß es bald ein Netz aus ehemaligen Rassenforschern und Zigeunersachbearbeitern gab, die hervorragend darüber wachen konnten, die Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen zu verhindern und damit zugleich die eigene Verantwortung für die Verfolgung zu vertuschen.

Gegen sechsundvierzig am Völkermord an Sinti und Roma beteiligte Kriminalbeamte und Rassenforscher ermittelte die Kölner Staatsanwaltschaft in den Jahren 1964 bis 1971. Für das Ermittlungsverfahren suchte sie in den Polizeidienststellen der Bundesrepublik systematisch nach noch vorhandenen »Zigeunerpersonenakten«, da die Staatsanwaltschaft sehr schnell erkannt hatte, daß diese wichtige Beweismittel darstellten. Als problematisch erwies sich allerdings, so der ermittelnde Staatsanwalt, »daß der früher beim Reichskriminalpolizeiamt Berlin, Zentralstelle für Zigeunerfragen, beschäftigt gewesene beschuldigte frühere Kriminalkommissar Karl Wilhelm Supp nunmehr als Abteilungsleiter der Fahndungsabteilung, dem auch die Landfahrerstelle untersteht, tätig ist. Aus den Personenakten des Beschuldigten Supp geht hervor, daß er offensichtlich Leiter der Zentralstelle für Zigeunerfragen beim Reichskriminalpolizeiamt war.«

Tatsächlich weigerten sich die Beamten der Münchner »Landfahrerzentrale«, Ermittlungen gegen ihren Vorgesetzten zu unterstützen. Gegenüber dem bayerischen LKA mußte der Staatsanwalt die Herausgabe eines Teils der »Personenakten« erzwingen, und noch während des laufenden Ermittlungsverfahrens begann man in München mit der Aktenvernichtung. Nicht einer der Beschuldigten wurde verurteilt: Elf waren zwischenzeitlich verstorben, bei dreiundzwanzig wurde das Verfahren wegen Verjährung, bei zwölf weiteren wegen mangelndem Tatverdacht eingestellt. Aus den Ermittlungsakten läßt sich im übrigen schließen, daß – ähnlich wie in Köln – zumindest noch in den Polizeipräsidien Kassel, Lübeck, Flensburg, Essen, Bochum und Oberhausen »Zigeunerpersonenakten« zu finden sein müßten.

Die Kriminalbehörden benutzten die Nazi-Akten aber nicht nur, um Entschädigungsansprüche der Opfer und eine Strafverfolgung der Täter zu vereiteln, sondern sie arbeiteten mit ihnen auch tatkräftig an der Kriminalisierung der Sinti und Roma weiter. In allen Bundesländern entstanden nach 1945 »Landfahrerzentralen«, die Sinti und Roma unabhängig von konkreten Straftaten erfaßten. Federführend war die »Bayerische Landfahrerzentrale«, die 1953 faktisch Bundeszuständigkeit erhielt und damit an die Tradition der 1899 gegründeten zentralen »Zigeunerpolizeistelle« München anknüpfen konnte. Mehrere Kriminalbeamte der ehemaligen Berliner »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« bauten mit NS-Akten ein fast lückenloses Erfassungssystem mit Namens-, Lichtbilder- und Kfz-Karteien auf. Daß die angestrebte Gesamterfassung auch gelungen ist, belegt die Tatsache, daß die Anzahl der in einer »Merkmalskartei« ausschließlich nach eintätowierten Konzentrationslager-Nummern als »landfahrerische Straftäter« erfaßten Personen sich mit der geschätzten Zahl derjenigen Sinti und Roma deckte, die die Konzentrationslager überlebt

hatten. Die »Landfahrerzentralen« hielten, ausgehend von der Unterstellung, alle Sinti und Roma seien potentielle Straftäter, Polizeibehörden durch Merkblätter und Richtlinien zu permanenten Kontrollen, Razzien und erkennungsdienstlicher Behandlung an.

Auch die Kölner NS-Akten dienten allem Anschein nach der Weiterführung der Sondererfassung. Offiziell nahm die »Landfahrerzentrale« beim Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen im Januar 1962 ihre Tätigkeit auf. Bereits vor offiziellem Tätigkeitsbeginn war eine »Zentralkartei auf der Grundlage der beim Amt bereits vorhandenen Unterlagen« eingerichtet und »die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die erfaßten Landfahrer auch sippenmäßig registriert werden, da die Straftaten häufig gemeinsam mit anderen Sippenangehörigen begangen werden«. Die Polizeibehörden wurden aufgefordert, alle erfaßten »Landfahrer« zu melden und gleichzeitig mitzuteilen, »ob diese Landfahrer dort in Karteien oder in Pers.-Akten pp. erfaßt sind«. Es sei beabsichtigt, »diese Unterlagen zu einem späteren Zeitpunkt kurzfristig anzufordern und nach Auswertung zurückzusenden«.

Parallel zu der »Landfahrerzentrale« begann eine »Sonderkommission für Verfolgung von NS-Verbrechen« im LKA mit der Arbeit. Diese »Sonderkommission« war damit beauftragt, sämtliche in NRW noch vorhandenen »Zigeunerpersonenakten« für das oben erwähnte Ermittlungsverfahren gegen die Hauptverantwortlichen für den Völkermord an Sinti und Roma ausfindig zu machen. Anders als in den übrigen Bundesländern wurden in Nordrhein-Westfalen also die »Zigeunerpersonenakten« über das LKA an die Kölner Staatsanwaltschaft weitergeleitet. War da mal wieder der Bock zum Gärtner gemacht worden? Nach allem, was über die Nutzung und Fortführung von NS-Akten für den Aufbau der Landfahrerkarteien in anderen Bundesländern bekannt ist, wäre es erstaunlich, wenn die Beamten des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes sich diese günstige Gelegenheit für den Ausbau ihrer »Landfahrerzentrale« hätten entgehen lassen. Da zwar die einzelnen »Zigeunerpersonenakten« von der Kölner Kripo mittlerweile an das Archiv abgeliefert wurden, jedoch sämtliche Generalakten fehlen, läßt sich ein Gesamttransfer des Kölner Materials aktenmäßig nicht nachweisen. Allerdings finden sich in einzelnen Akten Vermerke über den Austausch mit den »Landfahrerzentralen« in Bayern und Baden-Württemberg.

Die Kölner »Zigeunerpersonenakten« dürften darüber hinaus der Kripo als Datenbasis für ein eigenes »Fachkommissariat für Landfahrer« gedient haben. Eine solche Dienststelle soll, dem »Zentralrat deutscher Sinti und Roma« zufolge, bis mindestens 1981 beim 6. Kommissariat angesiedelt gewesen sein und unter der Leitung des »Zigeunerspezialisten« der Kölner Kripo, Kriminaloberkommissar Winkelmann, gestanden haben. Kurt Winkelmann trat in der Tat etwa 1976 als Referent einer »Studientagung über Zigeuner« auf. In der von Sinti und Roma heftig kritisierten »Arbeitsgruppe Landfahrer« des »Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge« arbeiteten ebenfalls zwei polizeiliche »Zigeunerexperten« mit: ein Beamter des BKA und ein Beamter aus Köln! Zwar bestreitet die Kölner Kripo die Existenz eines derartigen »Fachkommissariates«, Kurt Winkelmann selbst gab uns gegenüber allerdings die telefonische Auskunft, er sei in einer solchen Sonderkommission tätig gewesen. Und noch 1987 weist der Kölner Kripobeamte Klaus Stüllenberg in einem Aufsatz über »Aspekte einer Konzeption gegen Tageswohnungseinbruch und Trickdiebstahl« auf die »in Köln regionalisierte Bearbeitung solcher Delikte« hin. Zum besseren Verständnis sei angemerkt, daß die in den siebziger Jahren ins Gerede gekommenen »Landfahrerzentralen« zur unauffälligen Fortführung der Sondererfassung die Bezeichnungen austauschten: Den vorher als »Landfahrer« geführten Sinti und Roma wurden entweder die Kürzel »HWAO« (häufig wechselnder Aufenthaltsort) oder »TWE« (Tageswohnungseinbrecher) beigefügt.

Es gibt aber noch andere Beispiele für die bruchlose Weiterverwendung der NS-Zigeunerakten gegen Sinti und Roma. In den 50er und 60er Jahren nahmen die Meldebehörden einer unbekannten Zahl von Sinti und Roma ihre deutschen Pässe weg. Auch in Köln gab es in den Jahren 1950 bis 1967 zahlreiche derartige Fälle. Bei »Ausstellung eines Bundespersonalausweises für Landfahrer« fragten die Meldebehörden routinemäßig beim Landeskriminalamt nach, »ob gegebenenfalls sonstige Bedenken bestehen«. Das LKA fragte dann bei der »Zigeunerzentrale« in Bayern an. Wurden dennoch Personalausweise an »Landfahrer« ausgestellt, so wurden diese automatisch an das Bundeskriminalamt zur »Registrierung von Personalausweisen von Personen ohne dauernden Wohnsitz« gemeldet. Noch 1967 heißt es in einem Hinweis an die Kölner Meldebehörde: »Bei Ausstellung von Bundespersonalausweisen an Zigeuner oder Zigeuner ähnlichen Personen ist in allen Fällen Vorsicht geboten, auch dann, wenn die Ausweisbewerber im Besitze von Urkunden sind. Ich empfehle, in solchen Fällen die Ermittlungsstelle einzuschalten.«

Ehemals NS-Verfolgte wurden quasi ausgebürgert und zu Staatenlosen gemacht, ihre Kinder und Enkel galten danach automatisch auch als Staatenlose. Damit fügten die Behörden den Betroffenen ein oftmals bis heute andauerndes, kaum wiedergutzumachendes Unrecht zu. Neben der Vorenthaltung elementarer Rechte (Freizügigkeit, Wahlrecht, Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufsfreiheit) und der Zumutung hoher Gebühren für Paß- und Visaangelegenheiten sind Roma und Sinti als Staatenlose noch vermehrt behördlicher Diskriminierung ausgesetzt. Zur Entrechtung dienten die »Zigeunerpersonenakten« der Kriminalpolizei Köln so oder so: Entweder stützte sich der Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit auf in den Akten dokumentierte Ausbürgerungen durch die Nazis, oder das Beweismittel blieb in jenen Fällen, in denen sich die deutsche Staatsangehörigkeit zweifelsfrei zum Beispiel anhand alter Ausweisdokumente beweisen ließ, für die Betroffenen unzugänglich.

Aus den uns bekannten Kölner Fällen, in denen Sinti sich gegen die widerrechtliche Ausbürgerung zur Wehr setzten, geht hervor, daß sie meistens in aufwendige und oftmals aussichtslose Einbürgerungsverfahren gepreßt wurden. In mehrjährigen zähen Auseinandersetzungen mit den Behörden gelang es in den letzten Jahren dem Kölner Rom e.V., für vier NS-Opfer und deren Familien die Anerkennung als deutsche Staatsangehörige wiederzuerlangen. Das groteskeste Beispiel für den bundesrepublikanischen Umgang mit der NS-Vergangenheit stellt dabei die Geschichte von Frau Lucija K. dar. Ihre Eltern lebten vom Pferdehandel und flohen mit der gesamten Familie vor der NS-Verfolgung nach Polen. Doch nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht gerieten sie wieder in die Hände der Nazi-Schergen, die sie in verschiedene Ghettos verschleppten. Anfang der achtziger Jahre entschied sich Lucija K., mit ihrem Mann aus Polen auszusiedeln. Ihr Antrag auf Anerkennung als deutschstämmige Aussiedlerin wurde jedoch abgelehnt, und ihr und ihrer Familie drohte die Abschiebung. Hätte sie einen Angehörigen der Waffen-SS unter ihren Vorfahren gehabt, so wäre die Ausstellung eines deutschen Passes eine bloße Formsache gewesen. Die Behörden hielten ihr jedoch vor, es 1941 versäumt zu haben, sich in die von der SS geführte »Deutsche Volksliste« einzutragen. Unabhängig davon, daß sie bereits als Deutsche geboren wurde, und unabhängig davon, daß es ihr kaum möglich gewesen sein dürfte, sich im Ghetto Warschau in die »deutsche Volksliste« einzutragen, waren »Zigeuner« laut NS-Verordnung auch gar nicht als »deutschblütig« für den Eintrag in die Liste vorgesehen. »Juden, Zigeuner sowie jüdische Mischlinge erfüllen die Voraussetzungen nicht«, hieß es in der »2. Verordnung über die deutsche Volksliste«. Die Ausbürgerung durch die Nazis sollte also auch in diesem Fall geltendes Recht bleiben.

Ein weiterer Fall wurde trotz hartnäckiger Uneinsichtigkeit der Behörden letztendlich positiv für die Betroffene entschieden. Der Vater von Hildegard M. war im Mai 1940 deportiert worden, in den fünfziger Jahren nahm man auch ihm den deutschen Paß ab. Er und seine Frau wurden zu einem Einbürgerungsverfahren gezwungen. Erst die Tochter erreichte nach mehrjährigem Kampf mit den Behörden ihre Anerkennung als deutsche Staatsbürgerin. Der Durchbruch erfolgte erst im letzten Jahr – beweiskräftig war die jahrzehntelang als verschollen geltende »Zigeunerpersonenakte« ihres Vaters.

Die Ermittlungen im Kölner Polizeipräsidium hielten bei Redaktionsschluß noch an. In der Zwischenzeit überlegt der Kölner Rom e.V., inwieweit die Kölner Polizei für ihren Umgang mit den »Zigeunerpersonenakten« zur Verantwortung gezogen werden könnte. Ein Sprecher des Rom e.V. dazu: »Ich kann es im Augenblick noch nicht juristisch bewerten, aber ganz naiv würde ich erst mal sagen, es ist Straftatbestand in Richtung Beweis- und Urkundenunterdrückung. Es ist ein massiver Schaden eingetreten für diese Leute, also im Grunde genommen müßten sie schon dafür Entschädigung bekommen. Es ist vor allen Dingen auch die Verschleierung von Straftaten, nämlich dieser an der Verschleppung der Menschen beteiligten Polizeibeamten und Kommissare. Es wurde also Behinderung in der gerichtlichen Verfolgung von Straftätern – von der Polizei! – ausgeübt. Zumindest in diesen drei Punkten müßte man was überlegen, und ich glaube, wenn die Roma und die Sinti das in diesem ganzen Ausmaß erfahren, werden sie auch darauf drängen, daß wir oder Anwälte in dieser Richtung tätig werden.«

Für die meisten Sinti und Roma erfolgte die Aktenabgabe zu spät: Nur wenige NS-Opfer leben noch, und diese haben kaum Aussicht darauf, daß ihre Entschädigungsverfahren noch einmal neu aufgerollt werden. Neben der Rückerlangung der deutschen Staatsbürgerschaft haben viele Sinti und Roma nun die Hoffnung, daß die Nazi-Akten, die jahrelang gegen sie verwendet wurden, ihnen wenigstens in einer Hinsicht helfen können: bei der Suche nach Verwandten, die seit ihrer Verschleppung durch die Nazis verschollen sind.

Karola Fings und Franz Sparing haben bereits mehrere Studien zur Zigeunerverfolgung veröffentlicht (darunter »z. Zt. Zigeunerlager«. Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus)

Konkret 11/93, S. 30

Christian Schmidt

Erwartet nicht zuviel von Scharping!

Warnung vor einer Unterschätzung des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten

Ein blöder Auftrag, über Rudolf Scharping zu schreiben. Wem's Spaß macht, will nur kalauern: über den, der »Kohl mit eigenen Waffen schlagen« soll und der deutsche Politik auf die Frage reduziert: »Welchen Saumagen hätten s' denn gern?«

Aber sowas ist ebenso billig wie all die Artikel und Kommentare, die genüßlich die Provinzialität, Blässe und Steifheit des »Kandidaten« bekritteln. Da maulen nur Journalisten, deren Selbstwertgefühl abhängt vom Marktwert ihres Interviewpartners und die die Sehnsucht nach großen Männern umtreibt, die angeblich Geschichte machen. Und sie selbst den Leitartikel dazu.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung verlangt mehr – gerade weil nicht geleugnet werden kann, daß man sich Scharping tatsächlich nur merken kann, wenn er zumindest jeden zweiten Abend in der Tagesschau vorkommt. Ich selbst weiß, wie das geht: Zehn Jahre lang war ich auf Juso-Kongressen, erinnere auch genau den Typ mit Bart, der öfters zur GO sprach. Aber erst jetzt bin ich sicher: Das war der Scharping!

Nun also muß aufgearbeitet werden, was Scharping für einer ist. Im »Munzinger Archiv« für Prominente ist nachzulesen: Scharping wurde 1947 im schönen Westerwald geboren, sinnigerweise als Sohn eines Möbelfabrikanten. 1966, als die SPD zur CDU in die Regierung ging, trat er ihr bei. Seither läßt er sich, wie es heißt, von ihr »in die Pflicht nehmen«. Die Stationen geben ein komplettes Bild, wie Partei und Staat aufgebaut sind: Assistent, Juso-Funktionär, Geschäftsführer, Stadtratsmitglied, Kreistagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Parlamentarischer Geschäftsführer, SPD-Bezirksvorsitzender, Fraktionsvorsitzender, Landesvorsitzender und Ministerpräsident. Und was das »gesellschaftliche Umfeld« angeht, ist er auch noch Mitglied der ÖTV, der Arbeiterwohlfahrt, engagierte sich im Roten Kreuz und ist seit 15 Jahren Vorsitzender eines Fußballvereins.

Je nach politischem Standort wird man das als komplette Bilderbuchkarriere oder als ein lückenloses Vorstrafenregister bewerten. Jedenfalls wurde nichts ausgelassen. Politologisch gesehen bebildern Ämter und Werdegang, was die volksparteiliche politische Kultur der letzten Jahrzehnte geprägt hat. Insofern stellt Scharping schon etwas dar.

Denn wie immer sonst die bürgerliche Demokratie gesehen wird, an ihm ist, gerade heute, zu ermessen, was den Parlamentarismus jahrzehntelang intakt hielt. Durch seine Karriere scheint hindurch, daß die politischen Institutionen nicht immer nur bürokratischer Überbau waren, sondern tatsächlich sowas wie Massenverankerung hatten: in kommunalen Vereinen und Interessensverbänden, in Genossenschaften und Gewerkschaften. Und von solcher Basis sind Interessen artikuliert worden, die über verschiedenste Ämter und Ebenen nach oben transportiert wurden. Zum »politischen Handwerk« gehörte es, in dieser demokratischen Kultur heimisch zu werden, um die Transportaufgaben vom Kleingartenverein bis zum Bundesbaugesetz oder vom aufstiegswilligen Facharbeiter bis zur Gesamtschulreform profihaft zu bewältigen. Scharping hat das gemeistert und insofern auch demokratische Kultur mitgestaltet.

Wäre nicht auch er lern- und wandlungsfähig, müßte man es sogar begrüßen, daß einer aus diesem bürgerlich-demokratischen Vorgarten heute noch einen Platz hat; sogar ganz vorn, wo ihn alle sehen. Daß es ihm nun kaum mehr zur Ehre gereicht, überall mit drinzustecken, wo sich Sozialdemokratisches organisiert, sondern ihm solche Verankerung eher als Verfilzung angelastet wird, ist durchaus kein Schritt nach vorn. Denn wo man sonst hinguckt, führt die Nachfrage nach dem ungebundenen, eigenverantwortlichen Politiker ziemlich regelmäßig zu den Perots und Bossis, also radikal nach rechts. – Und das ist auch dort der Fall, wo sich die Bourgeoisie, statt eine richtige Rechtspartei, ein Placebo wie die Hamburger Stattpartei reinschiebt.

Die oft gestellte Frage, ob es angesichts solcher Trends dem Kandidaten Scharping besser oder schlechter als Engholm oder Schröder gelingen wird, das sozialdemokratische Wählerpotential bei der Stange zu halten, ist ziemlich daneben. Denn eigentlich geht es um dies: SPDler hatten jahrzehntelang eine klar umrissene Aufgabe: Sie sollten bestimmte Sozial-, Bildungs- und Gesellschaftsreformen in dem Maße realisieren, wie das mit den Imperativen eines florierenden Geschäfts der BRD AG und eines gesicherten staatlichen Gewaltmonopols vereinbar war. Und in der Geschichte der BRD konnten sie diesen Gesellschafts- und Wählerauftrag, sichtbar erfolgreich, erfüllen.

Der eigentliche Makel all ihrer Kandidaten heute liegt darin, daß insgesamt kein Platz mehr ist für solche Reformen. Die letzte, auf sozialen Fortschritt ausgerichtete Initiative war die einiger DGB-Gewerkschaften zur Durchsetzung der 35-Stundenwoche. Parteipolitisch war schon vorher Schluß. Da ging es überall nur noch um Prioritäten, wo und in welchem Ausmaß »Sozialökonomie« weggeräumt wird. Das ist auf staatlicher Ebene schlimmer, aber nicht grundlegend anders als auf betrieblich-gewerkschaftlicher.

Auch der letzte Sozialarbeiter oder Betriebsrat denkt interessenpolitisch nur noch daran, wie die eigene Haut zu retten ist bzw. wie das eigene Unternehmen oder die Branche überleben kann. Und ebenso wie Unternehmen ihre maroden Zweigbetriebe abstoßen, haken auch Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen die Randbelegschaften, Erwerbslosen oder sonst Marginalisierten ab, um sich ganz dem gesunden Rest zu widmen. Lean Production hier wie dort.

Und dort, wo SPDler agieren, auf staatlicher Ebene, ist diese Misere naturgemäß noch schlimmer; zumal in Deutschland, wo der Einheit zuliebe noch einmal kräftig das Füllhorn keynesianischer Nachfragepolitik ausgeschüttet wurde und nun das große Hickhack darüber im Gange ist, wo, von wem und in welchem Tempo wieder eingesammelt wird. »Versöhnen statt spalten« ist da nur ein pastorales Wort zum Sonntag. Denn selektiert muß werden – egal ob das Ding nun Solidarpakt oder Pflegeversicherung heißt; egal ob hier mehr die Sozialversicherten und Steuerzahler oder die ABMler und BSHGler zur Ader gelassen werden.

Daß darüber die Begeisterung für die parlamentarische Demokratie beim Wähler abhanden kommt, ist nachvollziehbar. Zur Identitätsstiftung bleibt da nur noch der nationale Gedanke; weniger weil er Opfer ethisch begründen hilft, sondern weil er einen Minimalkonsens darüber herstellt, wer auf jeden Fall zuerst die materiellen und ideologischen »Kosten der Einheit« zu tragen hat: die Ausländer und das Ausland.

Das sind, en gros, die Geschäftsbedingungen, unter denen sozialdemokratische »Führungskräfte« heute Politik machen müssen, und daß Scharping dafür weniger Talente mitbringt als Engholm, Schröder oder andere, ist eine Legende. Wer seine Reden und Interviews nachliest, muß anerkennen, daß er ziemlich genau weiß, worum es geht und wie es zu verkaufen ist:

Einen Beitrag zur Gesellschaftspolitik, für die »Wirtschaftswoche«, beginnt er mit dieser oppositionellen Abgrenzung: »Wenn Otto Graf Lambsdorff den Bürgern ›Heulen und Zähneklappern‹ bei kommenden Umverteilungen androht, dann zeigt das, woher der Wind weht: Nicht eine Strukturkrise soll gemeistert werden, sondern man will hart erarbeitete und erkämpfte Rechte beschneiden. Die solidarische Gesellschaft, das Prinzip der Hilfe der Starken für die Schwächeren ist zum Sturm freigegeben worden.«

Da spricht also das »sozialdemokratische Urgestein«; der Klassenfeind ist geschickt gewählt. Dann zeigt Scharping, worauf die Klassenfrage heute zuläuft: »Nicht eine Zerschlagung der Standortbedingungen ist nötig, sondern deren behutsamer Umbau und Modernisierung.« Und erst dann, bei der Frage, was »behutsamer Umbau« inhaltlich bedeutet, wird er sachlich. Erstens: »Wir brauchen eine wesentliche Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Unternehmen durch entsprechende steuerliche Entlastungen.« Zweitens: »Die Lohnnebenkosten sind zu hoch.« Drittens: »Um die Akzeptanz des sozialen Systems zu erhalten, muß natürlich auch sein Mißbrauch bekämpft werden.« Viertens: »Gleichzeitig muß dafür gesorgt werden, daß ein eherner Grundsatz der SPD weiter gilt: Daß sich das Einkommen aus Arbeit immer mehr lohnen muß als das Einkommen aus sozialem Transfer.« Fünftens: »Wir brauchen eine effizienzorientierte, auf unabdingbare Kerne konzentrierte Staatstätigkeit.« Und sechstens: »Dies alles wird nicht ohne Eingriffe in die Lebensbereiche nahezu aller Menschen in Deutschland gehen. Der Wandel von der westdeutschen Verteilungs- in die gesamtdeutsche Aufbaugesellschaft wird schwierig. Aber ich bin sicher, daß unsere Gesellschaft diese Umorientierung mittragen wird, wenn ihr gerechte Ziele und notwendige Opfer überzeugend dargelegt werden.«

Mehr kann man von einem SPD-Politiker heute nicht verlangen: Erst mit der geballten Faust der Arbeiterbewegung gegen den Grafen wettern, um dann an den einzelnen Fingern herzuzählen, was »zerschlagen« für sie heißt – und wie sie dabei die Schwächeren solange gegeneinander ausspielen will, bis auch denen selbst alle Opfer notwendig und, aus gesamtdeutscher Sicht, gerecht erscheinen. Vom Protest gegen den Grafen bleibt so am Ende nur: Kein Schritt zurück hinter die Sozialgesetze von Bismarck!

Daß Scharping auf Basis solcher Botschaften nicht gerade Sympathieträger ist, leuchtet unmittelbar ein. Aber »profillos«, wie es oft heißt, ist er soviel oder sowenig wie andere. Sicher war es »unauffälliger«, in Mainz mit der FDP statt mit den Grünen zu koalieren. Doch inhaltlich geurteilt, ändert es nichts. Ebenso auf Bundesebene, wo Scharping schlicht recht zu geben ist, wenn er weder, wie Klose, auf die Große Koalition zusteuert noch, wie Schröder, Rotgrün propagiert. Denn beide Festlegungen kosten vor der Wahl, hier oder dort, Stimmen. Und sie sind, nach der Wahl, nichts wert, weil in jedem Fall eine Politik im »nationalen Konsens« gemacht werden muß. Die »Sachzwänge«, die heute solche Konsense produzieren, siehe Asylbeseitigungsgesetz und Interventionstruppen, Solidarpakt und Pflegeversicherung, hören ja mit dem Wahldatum 94 nicht auf. Es deutet sogar alles darauf hin, daß die »notwendigen« Schweinereien noch größer werden und mithin der nationale Konsens noch dominanter. Wer dann wie wen einbindet, ist wirklich unerheblich.

Was dann bleibt, sind Darstellungsformen oder auch Posen. Und da vor allem, sagen alle Kommentare, liegen Scharpings Defizite. Ganz nachvollziehen kann ich das nicht. Als ihm der »Spiegel« die Prädikate »staatstragend, steif bis langweilig, aber zuverlässig« vorhielt, konterte er: »Ich habe mich nicht als Showmaster, sondern als SPD-Vorsitzender beworben.« Aber natürlich weiß Scharping, daß die Basis beides verlangt. Sicher kennt er sogar die Meßlatte, die hierzulande dem

großen Entertainer angelegt wird: dem einfachen Mann aus der Seele sprechen wie Kuhlenkampff und Kürten. Eigentlich kann Scharping das. Vielleicht nicht so gut wie Kohl; aber sicher nicht schlechter als Helmut Schmidt.

Die Kunst der Zuspitzung von Gesellschaftspolitik auf schlichte Wahrheiten gelingt ihm z.B. mit Sätzen wie: »Jeder Mensch, der anständig schafft, soll auch anständig leben können.« Oder: »Ich vermag nicht einzusehen, warum es ein Bank- oder Steuergeheimnis für organisierte Verbrecher gibt.« Weshalb derartiges, von anderen intoniert, Beifallsstürme hervorruft, bei Scharping aber (noch) nicht, ist rational nicht erklärbar. Schmidt hat nie anders rhetorisch brilliert; aber es wirkte wohl schneidiger.

Dasselbe im Vergleich zu Engholm. Hätte der in einer Talkshow sinniert: »Politik ist nicht nur, ob man irgendwo an der Regierung ist, Politik findet nicht in den Medien und Parlamenten statt, Politik ist nicht nur eine Frage der Ideen und der Werte – sondern vor allem der Menschen, die sie verkörpern« – dann hätten alle bis zum Schluß andächtig zugehört, und irgendwie wäre die menschliche Botschaft übergekommen. Aber der Satz ist von Scharping, und ohne die qualmende Pfeife oder den gesenkten Blick nach oben wirkt er eben fade.

Die meisten können sich, wegen solcher Bagatellen, bis heute nicht vorstellen, daß dieser Mann nächstes Jahr als deutscher Kanzler zu den wenigen Auserwählten gehören könnte, die über das Wohl und Wehe von Abermillionen, über Krieg und Frieden rund um den Globus gebieten. Ich traue es ihm zu. Vermutlich rührt die Fehleinschätzung daher, daß die Person Scharping einfach nicht zu den dramatischen Zuspitzungen und Tragödien paßt, auf die die Weltpolitik zusteuert.

Rein emotional geht es mir auch so: Male ich mir aus, Scharping wäre ab 94 Bundeskanzler und die Tagesschau brächte als erstes sein Bild, würde ich sofort erleichtert denken: Wieder nichts losgewesen! Aber gerade vor dieser Fehleinschätzung ist die Linke zu warnen: Erwartet nicht zuviel von Scharping!

Christian Schmidt schrieb in KONKRET 2/93 über den Staatsdiener Hans-Ulrich Klose

Konkret 11/93, S. 32

Winfried Wolf

Szenen einer Ehe

Das Duo Deutschland-Frankreich, von vielen als Machtzentrum der Europäischen Gemeinschaft angesehen, ist keine Koalition gleichberechtigter Partner. Frankreich hat in den letzten Jahren ökonomisch an Boden verloren

Männerfreundschaften unter bürgerlichen Politikern sind oft ambivalent, nicht nur solche zwischen Bayern und Pfälzern, sondern auch solche zwischen Deutschen und Franzosen. Die Männerfreundschaft Bismarck-Thiers währte 1871 gerade einen Sommer, so lange, wie Thiers benötigte, um mit Hilfe der von Bismarck freigelassenen Kriegsgefangenen und des ebenfalls freigelassenen bonapartistischen Generals Mac Mahon die Pariser Commune zusammenzuschießen. Die Männerfreundschaft Waigel-Alphandèry hat Währungsgeschichte gemacht. Als im Juni 1993 – der Franc war gegenüber der Mark vorübergehend überraschend stark – Alphandèry fabulierte, möglicherweise müsse die Mark abgewertet, auf alle Fälle aber müßten die deutschen Zinsen reduziert werden, ließen Waigel und Schlesinger das anstehende Treffen des deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrates kurzfristig absagen. Zufällig geriet ab diesem Zeitpunkt der Franc zunächst unter Druck, dann in Währungsturbulenzen, was am 30. Juli in einen »schwarzen Freitag« mit freiem Fall der französischen Währung und am 2. August in die öffentlich verkündete de facto-Aussetzung des Europäischen Währungssystems (EWS) mündete. Natürlich wiederum zufällig fand tags darauf das »verschobene« Treffen des deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrates doch noch statt, wo sich Waigel und Alphandéry, letzterer erkennbar gequält, als wahre Männerfreunde der Presse stellten.

Auch die Männerfreundschaft Kohl-Mitterand, immerhin durch Händchenhalten über den Gräbern von Verdun in die Geschichte eingegangen, könnte demnächst in die Brüche gehen. Jedenfalls führte »Le Monde« das Platzen des EWS auf ein »Diktat aus Bonn und Frankfurt« zurück, womit das Blatt an das Bismarcksche »Diktat von Versailles« 1871 erinnerte. Im »Figaro« wurde die Niederlage des Franc mit der von Sedan verglichen, wo die deutschen Heere 1870 Frankreich schlugen und damit die Einheit Deutschlands möglich machten. Und Frankreichs Parlamentspräsident Philippe Séguin, immerhin der drittwichtigste Mann in der Hierarchie der französischen Politik, spricht, in Anspielung auf das Münchner Abkommen von 1938, von einem »sozialen München«, zu dem die deutsche Bundesbank mit ihrer Hochzinspolitik die französische Regierung zwinge.

All dies hält das »Handelsblatt« »ganz schlicht für Szenen einer Ehe«. Dabei geht es doch längst um die Scheidung. Denn tatsächlich hat Marianne alle Ursache, davon auszugehen, daß Michel die zweieinhalb Jahrzehnte währende eheähnliche Gemeinschaft erfolgreich dazu nutzte, seine ökonomische Überlegenheit auch auf ihre Kosten weiter auszubauen.

Am 23. September 1971 erklärte Staatspräsident George Pompidou: »Beim Aufbau Europas verfügt Deutschland über eine überlegene Wirtschaftsmacht. Vor allem, weil seine Industrieproduktion um fast die Hälfte größer ist als unsere. Deshalb habe ich die Verdopplung unserer Industriekapazität in den nächsten zehn Jahren als vorrangiges Ziel aufgestellt.« 23 Jahre danach ist die Bilanz ernüchternd, gerade was den Vergleich der Industrien beider Länder betrifft. Es ist diese Entwicklung der industriellen Basis, welche im Sommer 1993 den währungspolitischen Überbau ins Wanken brachte. Drei Beispiele:

· Mitte der achtziger Jahre lag der Umsatz des ersten Dutzend der führenden deutschen Konzerne um knapp 30 Prozent über dem der vergleichbaren französischen Spitzengruppe. 1992 liegt der Umsatz der führenden zwölf deutschen Konzerne um knapp 40 Prozent über demjenigen der französischen Vergleichsgruppe.

· 1962 war der Umsatz des größten deutschen Unternehmens, des Volkswagenkonzerns, um 3,5 Milliarden Mark höher als der der französischen Nummer Eins, des Konzerns Shell Francaise. 1991 liegt Daimler-Benz, der inzwischen größte deutsche Konzern, um 35 Milliarden Mark vor dem größten französischen Unternehmen, Elf Aquitaine.

· Das führende Dutzend der französischen Unternehmen kommandiert 1992 1,3 Millionen Menschen. Die vergleichbare deutsche Führungsgruppe hat mehr als 2 Millionen Menschen als Mehrwertlieferanten auf den Lohn- und Gehaltslisten.

Es gibt einige Bereiche, in denen die französische Konkurrenz die Nase vorn hat: So liegt Alsthom-GEC in der Technik der Hochgeschwindigkeitszüge (TGV) vor der Konkurrenz des deutschen ICE-Konsortiums (Siemens, Daimler-AEG), was u.a. darauf zurückzuführen ist, daß die TGV-Technik ein Jahrzehnt vor derjenigen des ICE zur Anwendung kam und seither kontinuierlich verbessert wurde. Dies ist jedoch die Ausnahme; in den meisten entscheidenden vergleichbaren Sektoren, so in der Autoindustrie, im Maschinenbau, in der Chemischen Industrie, in der Elektro- und Elektronikindustrie und insbesondere im Finanzsektor liegen die deutschen Unternehmen in der Regel vor der französischen Konkurrenz, wobei fast überall dieser Vorsprung in den letzten 20 Jahren ausgebaut wurde.

Ein Beispiel, das oft angeführt wird, um die vermeintliche Stärke des französischen Kapitals zu unterstreichen, betrifft die französischen Direktinvestitionen in der BRD. Diese lagen tatsächlich im vergangenen Jahrzehnt (1981-1991) ähnlich hoch wie umgekehrt die deutschen in Frankreich (37,7 Milliarden zu 39,4 Milliarden Franc). Dieses Ergebnis kam allerdings in erster Linie dadurch zustande, daß in Folge der deutschen Einheit französische Unternehmen in den Jahren 1989 bis 1991

eine erfolgreiche Kapitalexportoffensive betreiben konnten. Es bleibt zu fragen, inwieweit Bonn und die Treuhand nicht gezielt eine Politik betreiben, mit welcher ein französisches Engagement in Ostdeutschland gefördert wird. War es nicht verwunderlich, wie abrupt Frankreichs Staatspräsident und Regierung Mitte 1990 ihre ablehnende Haltung zur deutschen Einheit aufgaben, obgleich mit dieser die deutsche Konkurrenz mittelfristig ähnlich gestärkt wird wie bereits in den Jahren nach 1871? Paßte es da nicht gut ins Bild, daß die Treuhandanstalt fast alle ausländischen Konzerne und Banken bei größeren Übernahmeangeboten für ostdeutsche Firmen abblitzen ließ, während Frankreich einige wichtige Engagements realisieren konnte, darunter den 720 Millionen Mark teuren Einstieg von Elf Aquitaine bei Minol? Tatsächlich bat der französische Außenminister Alain Juppe im September 1993 um deutsche Unterstützung bei dem Versuch, bereits ausgehandelte Teile eines neuen Gatt-Abkommens mit protektionistischem Kalkül »neu zu verhandeln«, und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß »wir, als Deutschland auf dem Weg zur Wiedervereinigung war, auch unsere Solidarität bewiesen« haben (»FR«, 13.9.93).

Dennoch sollten auch hier die Proportionen beachtet werden. Frankreich wird unter den ausländischen Investoren in Ostdeutschland zwar als Nummer eins gefeiert. Alle 68 ostdeutschen Unternehmen unter französischem Kommando zusammen zählen jedoch gerade mal knapp 30.000 Beschäftigte. An zweiter Stelle liegt die Schweiz (17.500 Arbeitsplätze), gefolgt von Großbritannien (16.600) und den USA (11.900). Diese Zahlen dokumentieren ein weiteres Mal die ausgezeichnete Arbeit, die hier treuhänderisch für das deutsche Kapital geleistet wurde: Obgleich in der ehemaligen DDR Hunderte interessanter Unternehmen (mit noch interessanteren Patenten und äußerst lukrativen Grundstücken) offiziell oft jahrelang zum Kauf anstanden, konnte ausländisches Kapital weitgehend ferngehalten und der französischen Regierung für wenig Geld der Widerstand gegen die Wiedervereinigung abgekauft werden.

Französische Kapitalinvestitionen in Deutschland und vice versa allein sagen noch wenig darüber aus, ob es auch zu einem objektiven Zusammenwachsen der beiden kapitalistischen Ökonomien und zur Überwindung der Nationalstaaten kommt. Immerhin funktionierten die US-Unternehmen General Motors/Opel und Ford AG in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs, als sie von deutschen Treuhändern verwaltet wurden, zur Zufriedenheit der NS-Rüstungsindustrie – sie dienten u.a. dem Krieg gegen die USA. Es gibt nur eine Form kapitalistischer Zusammenschlüsse, die einen objektiven Druck zur Überwindung der nationalstaatlichen Formiertheit des Kapitals ausübt und damit die Verlaufsform der alten »Erbfeindschaften«, den Umschlag der nationalstaatlichen Konkurrenz in Kriege, aufhaltsam machen könnte: supranationale Unternehmenszusammenschlüsse mit gleichgewichtigen Standbeinen in mindestens zwei Nationalstaaten. Doch genau diese Art der Kapitalzusammenschlüsse gibt es faktisch nicht. Sie spielen international keine Rolle. Schon gar nicht gibt es deutsch-französische Verbindungen dieser Art. International dominiert diejenige Form der Kapitalkonzentrationen, bei der erstens ein großes Unternehmen ein weniger großes übernimmt, zweitens der Sitz der Muttergesellschaft in jenem Nationalstaat verbleibt, von dem aus das größere Unternehmen operiert, drittens dieses Großunternehmen bei derlei Wilderei die Unterstützung »seiner« nationalen Regierung genießt.

Einige französische/deutsche Beispiele dieses Großen Fressens aus den letzten zehn Jahren: Thomson S.A. übernahm Nordmende, Saba, Dual und Telefunken; Saint Gobain hat sich durch die Übernahme mehrerer west- und ostdeutscher Unternehmen zum führenden Glashersteller in Deutschland entwickelt; Alcatel-Alsthom schluckte SEL und AEG Kabel; die Versicherungsgesellschaft Victoire übernahm Colonia; Crédit Lyonnais legte sich die Bank für Gemeinwirtschaft zu; der Unternehmer Tapie zog sich den Adidas-Schuh an. Umgekehrt wuchs der deutsche Chemiekonzern Hoechst durch eine Mehrheitsbeteiligung an Roussel-Uclaf; das Pharmaunternehmen Merck baute seine Marktposition durch die Übernahmen Lipha, Lyon, und Biotrol, Paris, aus; Daimler-Benz stieg bei dem Softwarekonzern Cap Gemini Sogeti ein (was übrigens das größte Engagement dieser Art ist: Daimler zahlte eine Milliarde Mark für einen 34-Prozent-Anteil an Cap Gemini, mit einer Option auf die Mehrheit).

Diese Beschreibung wird abgerundet durch die Tatsache, daß die einzige deutsch-französische Kapitalverbindung, die ein gleichgewichtiges Nebeneinander beider Seiten mit sich gebracht hätte, diejenige zwischen den Finanzinstituten Crédit Lyonnais und der Commerzbank – eine »Partnerschaft«, die immerhin mehr als ein Jahrzehnt angedauert hatte – , 1991 geplatzt ist. Ähnliches hatte sich übrigens bereits zehn Jahre zuvor ereignet, als der gleichberechtigt zusammengesetzte Stahlkonzern Estel wieder in seine »nationalstaatlichen« Bestandteile Hoogovens, Niederlande, und Hoesch, BRD, zerfiel, eine nationalstaatliche Tendenz, an die nun der neue – rein deutsche – Zusammenschluß Hoesch-Krupp logisch anknüpft.

Interessanterweise haben bei deutschen und französischen Konzernen andere Übernahmen oft einen größeren Stellenwert als die beschriebenen deutsch-französischen bzw. französisch-deutschen. So wurde das französische Unternehmen Pechiney durch die Übernahme von American National Can, USA, zum weltgrößten Verpackungsproduzenten; Michelin rückte in die Führungsgruppe der internationalen Reifenhersteller durch die Übernahme von Uniroyal-Goodrich auf; Honeywell wuchs in der Elektronikbranche durch die Übernahme von Zenith, USA. Der noch staatliche und demnächst privatisierte Renault-Konzern hat sich soeben auf Platz sechs der Autohersteller katapultiert, indem er die Mehrheit an Volvo erwarb. Auf deutscher Seite gibt es vergleichbare Beispiele: VW zog es vor, den Prozeß der Kapitalkonzentration

durch Übernahmen in Spanien (Seat) und in der CSR/CR (Skoda) voranzutreiben. Daimler-Benz beschleunigte seinen Marsch an die Spitze der EG-Konzerne 1993 mit der Übernahme des niederländischen Luftfahrtunternehmens Fokker.

Aber auch bei diesen jüngeren Konzentrationsmaßnahmen zeigt sich, daß das Wachstum der deutschen Konzerne eine größere Dynamik als dasjenige der französischen aufweist. Nehmen wir das Beispiel der in beiden Ländern führenden Branche, der Autoindustrie: Der Umsatz von Renault und Peugeot (einschließlich Citroen) lag 1991 bei 93 Milliarden Mark. Allein der Umsatz der zwei führenden Fahrzeugunternehmen in der BRD, derjenige von VW und Daimler, erreichte im selben Jahr 169 Milliarden Mark. Bezieht man den dritten wichtigen bundesdeutschen Autokonzern, BMW, mit ein, dann liegt die Umsatzmacht mit 194 Milliarden Mark bereits doppelt so hoch wie die der beiden französischen Konzerne. Nach dem Zusammenschluß mit Volvo kommt Renault-Volvo auf einen Jahresumsatz von 71 Milliarden Mark (auf Grundlage der 1992er Daten). Zusammen mit Peugeot bringt es nun diese überwiegend französisch dominierte Gruppe auf rund 100 Milliarden Mark Jahresumsatz. Inzwischen liegt allerdings allein der Umsatz von Daimler-Benz bei 98,5 Milliarden Mark und wird 1993 erstmals die 100-Milliarden-Mark-Schranke durchbrechen. Der Umsatz der genannten drei deutschen Autokonzerne Daimler-Benz, VW und BMW erreichte 1992 bereits 214 Milliarden Mark.

Natürlich sagt die bloße Umsatzgröße nicht alles. Der Umsatz von General Motors übersteigt denjenigen von Toyota, Nissan und Mazda zusammengenommen. Dennoch gewannen die japanischen Autokonzerne gegenüber dem US-Fahrzeugbau kontinuierlich an Boden. In Fall der deutsch-französischen Konkurrenz ist es jedoch durchaus gerechtfertigt, die Umsatzentwicklung als Maßstab für eine Bewertung des Kräfteverhältnisses zu wählen: Zum einen decken sich unterschiedliche Größe und Wachstumsdynamik der französischen und der deutschen Konzerne – hier derjenigen im Fahrzeugbau – mit der Entwicklung der Marktanteile auf dem europäischen Markt. Zum anderen bauten die deutschen Konzerne ihre Spitzenposition aus, ohne den Staat zwecks Unterstützung ihres Konzentrations- und Zentralisationsprozesses in größerem Umfang in Anspruch zu nehmen. Umgekehrt war es in Frankreich das erklärte Ziel staatlicher Politik, den Prozeß der Zusammenballung zu großen Kapitalien voranzutreiben und eine aktive Industriepolitik zu betreiben. Im Fall der Fusion Renault-Volvo war es die französische Regierung, die dieses Engagement anschob: Renault ist ein 100prozentiger Staatsbetrieb und wird erst nach der Fusion mit Volvo, beginnend 1994, privatisiert werden. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (14.9.92) ist diese reale Tendenz – überzogen und ideologisiert – wie folgt beschrieben worden: »Während Paris die Konzentration vorantrieb, hat in Deutschland das Bundeskartellamt seit Ludwig Erhard die Konzentration wirtschaftlicher Macht gebremst. In Frankreich wurden marktmächtige Oligopole angestrebt, um Arbeitsplätze zu sichern, in Deutschland wurden sie verhindert, um im Interesse des Verbrauchers den Wettbewerb zu fördern... Doch trotz Kartellgesetz sind die deutschen Großunternehmen noch schneller größer geworden als die französischen.«

Fazit: Das Kräfteverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland hat sich in den letzten Jahren massiv zuungunsten der französischen Konzerne und Banken entwickelt. In der jährlich von dem US-Wirtschaftsblatt »Fortune« aufgestellten Rangliste der 500 führenden Großunternehmen der Welt rangieren die führenden zwölf deutschen Unternehmen mehrheitlich in der Gruppe der 50 größten, die führenden französischen mehrheitlich in der darauffolgenden Gruppe.

Dabei beschönigt die gegenwärtige konjunkturelle Situation, in der die Ertragslage der deutschen Konzerne und Banken schlechter als diejenige der französischen ist und in der die »deutsche Einheit« kurzfristig viel deutsche Kapitalkraft bindet, dieses Verhältnis und läßt die deutsche Industrie und Finanzwirtschaft schwächer erscheinen, als sie ist. (Was manche zu falschen Schlußfolgerungen – »Deutschland hat sich übernommen« – führt, die im übrigen begierig von deutschen Bankern und Industriellen aufgegriffen werden, welche ihre nächste Offensive gerne mit Understatement und aus der Tiefe des Raums vorbereiten.) Von einem objektiven Prozeß eines kapitalistischen Zusammenwachsens der französischen und der deutschen Wirtschaft kann keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: In der spezifischen Form der Kapitalkonzentrationsprozesse der Industrien beider Länder schlägt sich der traditionelle Kampf um nationalstaatliche Vorherrschaft nieder. Die EWS-Krise im Sommer 1993 war Ausdruck dieses Machtkampfs; in ihrem Gefolge mußte sich Paris – zur Verteidigung des »starken Franc« – massiv bei der Bundesbank verschulden und nach verlorener Schlacht und Franc-Abwertung zur Kenntnis nehmen, daß diese Schulden im Maß der Franc-Abwertung noch aufgewertet wurden.1 Männerfreundschaften halten derlei Hegemoniebestrebungen nicht auf.

In einer solchen Situation wird derjenige Nationalstaat »Schutz« verlangen, der sich als der schwächere erweist. »Schutz« heißt »protection« und übersetzt sich im real existierenden Kapitalismus in »Protektionismus«. Just diese Tendenz bestimmt seit Monaten die französische Wirtschafts- und Außenhandelspolitik. Der französische Parlamentspräsident Séguin proklamierte schlicht: »Die Grenzen wiedereinzurichten ist heute Bedingung jeder Politik.« Was nicht nur ganz im Sinne des rechten Innenministers Pasqua war. Auch die französische KP wettert seit langem gegen die »Entwicklung Frankreichs hin zu einem Vasallenstaat, einem Land mit Arbeitslosen, Beziehern von Sozialhilfe und reihenweisen Mißerfolgen, das nur noch die Zukunft einer Bananenrepublik vor sich« habe.2

Eine spezifische Form des »Schutzes« stellt der Einsatz der Währung als Waffe dar: Wer abwertet, verbilligt die Exporte und verteuert die Importe. Die Währung als nationale Waffe nutzen zu wollen, widerspricht der Mitgliedschaft im

Europäischen Währungssystem und insbesondere der Einführung einer Einheitswährung, wie dies im Abkommen von Maastricht vorgesehen ist. Entsprechend hatten Sèguin und Pasqua bereits Anfang 1993 das EWS und »Maastricht« mit nationalistischen Argumenten kritisiert. Der »liberale« Flügel in der französischen bürgerlichen Politik, der noch die »Richtlinien der Politik« vorgibt und von Regierungschef Balladur und dem EG-Kommissionspräsidenten Delors vertreten wird, fordert anstelle eines nationalstaatlichen Protektionismus einen solchen auf EG-Ebene. Nach dem EWS-Desaster im Sommer 1993 hat die deutsche Regierung, um die Wogen in Paris zu glätten, in dieser Richtung einige Zugeständnisse gemacht und einer Neuverhandlung von Teilen des Gatt-Abkommens zugestimmt. Bonn hat damit der protektionistischen Zielsetzung der französischen Regierung auf EG-Ebene teilweise nachgegeben. Eine solche Politik kann jedoch von der Bonner Regierung nur schwer und lediglich vorübergehend mitgetragen werden. Sie provoziert heftige Reaktionen der USA und anderer imperialistischer Länder (und natürlich solche aus der Dritten Welt, was jedoch EG-Banker und -Bosse weniger tangiert). Vor allem wird mit einer solchen Politik ein Abschluß des Freihandelsabkommen Gatt insgesamt gefährdet, was deutschen Exportinteressen auf dem Weltmarkt zuwiderläuft. Unmittelbar nachdem die Deutschen den Franzosen entgegengekommen waren, wurde denn auch im australischen Canberra der deutsche Botschafter »einberufen«, um sich einen Kurzlehrgang in Sachen Freihandel anhören zu müssen. Bundespräsident Weizsäcker, in diesen Tagen gerade auf Pazifik-Tour, sah sich am 7. September genötigt, der australischen Regierung persönlich zu versichern: »Europa wird keine Festung.«

Europa wird eine Festung. Und zwar in doppeltem Sinn: Es wird einerseits zum Bollwerk werden, an dessen Mauern Waren, Kapital und Flüchtlinge abprallen. Andererseits wird die EG auch Kampfstätte der sie konstitutierenden Nationalstaaten und damit der diese bestimmenden Widersprüche sein. Es ist sicher, daß diese Widersprüche die Substanz des Abkommens von Maastricht bereits zerstört haben. Und es ist nicht auszuschließen, daß sie die EG insgesamt in die Luft jagen.

1 »Le Monde« nannte die Zahl von 300 Milliarden Franc, die die Abwehrschlacht um den Franc die französische Nationalbank im Juli 1993 gekostet habe. Rund die Hälfte davon mußte sich die Staatsbank als Sonderkredit leihen, einen großen Teil bei der deutschen Bundesbank.

2 »L(Humanité« vom 29.7.1991.

Winfried Wolf schrieb in KONKRET 9/93 über López, Piëch und Kraft durch Freude

Konkret 11/93, S. 35

Jürgen Ostrowsky

40 Jahre Krieg

Reformen in Südafrika – ein politischer Sieg des ANC?

»Einen der letzten Schritte zur Zerstörung der Apartheid« sieht der Generalsekretär des African National Congress (ANC), Cyril Ramaphosa, in dem lange umkämpften Beschluß. Am 23. September hatte Südafrikas entscheidende, immer noch rein weiße Parlamentskammer mit 107 gegen 36 Stimmen die Bildung eines Übergangsrates (TEC) gebilligt, zusammengesetzt aus Angehörigen der Verfassungskonferenz, in der seit rund zwei Jahren Regierung, ANC und andere gesellschaftliche Gruppen den Übergang zu einem neuen Südafrika verhandeln. Gegen die Repräsentanten der bislang unterdrückten Mehrheit, namentlich den ANC also, kann Präsident de Klerk nicht mehr regieren – eine Art Doppelherrschaft ist etabliert. Die Aufhebung der internationalen Sanktionen soll nun den weiteren Prozeß wirtschaftlich unterstützen; ausländisches Kapital soll Arbeitsplätze schaffen, IWF-Kredite sollen Infrastrukturinvestitionen ermöglichen, um den sozialen Druck des Massenelends zu mindern.

Politisch – wenn man so will: formal – läuft alles weitgehend auf einen Sieg der Vorstellung hinaus, die der ANC schon 1955 in seiner Freiheitscharta formulierte: auf die Schaffung eines territorial geeinten, nichtrassistischen, demokratischen und von Geschlechterdiskriminierung freien Südafrika, wie Nelson Mandela vor der Uno wiederholte. Daran ändern auch Konzessionen des ANC wenig, die – entgegen seinen ursprünglichen Positionen – starke Regionen als Gegengewicht zur zentralen Staatsgewalt vorsehen. Die unter dem Regiment der Nationalpartei seit 1948 betriebene ethnische Spaltung auch der Afrikaner läßt sich nicht per Federstrich eliminieren, sondern nur durch eine allseitige Entwicklung des Landes. Hier liegt das Kernproblem.

Der ANC sowie seine Verbündeten, die Kommunistische Partei des Landes und der Gewerkschaftsverband Cosatu, haben neben dem strategischen Ziel – der Befreiung vor allem der Masse der rassisch Unterdrückten, also der Schwarzen – stets die *soziale* Befreiung als eigentliche Erfüllung der politischen angesehen. Was wiederum, so Mandela, »Demokratie, Frieden, Menschenwürde und Wohlstand für alle Menschen Südafrikas« bedeute und durch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen gewährleistet werden soll. So galt für den ANC angesichts der rassistischen Verteilung von Einkommen (85 Prozent landeten bei Weißen), Land (87 Prozent »Weiß«) und Produktivvermögen (98 Prozent liegen in den Händen Weißer) und des wachsenden Elends der schwarzen Bevölkerung als ausgemacht, daß zum Beispiel Schlüsselindustrien zu vergesellschaften seien.

De Klerks Nationalpartei (NP), ausländische Regierungen und potentielle Investoren interessierte dieser Punkt seit der Freilassung Mandelas 1990 mehr als die Lebensinteressen von Millionen arbeitsloser und hungernder Afrikaner, Farbiger oder Inder. Inzwischen hat der ANC seine wirtschaftspolitischen Positionen in eine Richtung revidiert, die der »FAZ«-Korrespondent in Südafrika als »gemäßigt sozialdemokratisch« charakterisiert. Schon vor Monaten stellte Graf Lambsdorff, nicht nur vormaliger Chef der Rafferpartei FDP, sondern auch Vorsitzender des Couponschneiderclubs Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer in Düsseldorf, voller Genugtuung fest, Südafrika befinde sich »auf dem richtigen Weg«. »Verrat« also seitens des ANC, jedenfalls seiner Führung? So oder so ähnlich argumentieren z.B. Sprecher des seit jeher wortradikalen Panafrikanischen Kongresses (PAC), und sie können sich eines positiven Echos bei vielen vom Ausbleiben des sozialen Fortschritts enttäuschten Jugendlichen in den von Arbeitslosigkeit und Gewaltbereitschaft beherrschten Schwarzengettos, den Townships, sicher sein. Dennoch handelt es sich hierbei lediglich um linksradikalen Populismus. Er ist Ausdruck einer Blindheit gegenüber den objektiven Zwängen.

Zum einen: Mit der Wiederzulassung des ANC und anderer Organisationen war 1990 eine Situation entstanden, die keinen klaren Sieger kannte, auch wenn die Regierung der Nationalisten damit die Kapitulation des Apartheidsystems eingestand. Im nunmehr eingeleiteten Verhandlungsprozeß, der die Form des Kampfes gegen die Apartheid veränderte, war der ANC zu Kompromissen gezwungen, sollte jener nicht gleich wieder scheitern. Dem Grundsatz entsprechend, daß Südafrika allen gehöre, Schwarzen wie Weißen, machte der ANC letzteren Konzessionen. In den Verhandlungen saß ihm sodann nicht nur die NP gegenüber (mit der faktisch die politische Hauptrichtung ausgehandelt wurde), sondern ein Spektrum von insgesamt 26 Gruppierungen, die sämtlich sich zu Gegnern zu machen sich gleichfalls verbot. Selbst mit den rechtsradikalen Weißen der Conservative Party oder ihren Geistesverwandten von der Stammespartei Inkatha des verhandelt der ANC buchstäblich um des lieben Friedens willen.

Zum anderen: Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten existiert keinerlei Rückhalt mehr für revolutionäre Experimente, es sei denn auf Kosten einer internationalen Isolation, wie sie das Terrorsystem der Apartheid nie erfahren mußte, sowie eines Abzugs von Kapital und qualifizierten weißen Arbeitskräften, der das Land vollends ins Elend stürzen würde. Vielmehr setzen angesichts der dringenden Notwendigkeit, den sozialen Sprengstoff in den Townships durch Investitionen in soziale Vorhaben zu entschärfen, IWF oder potentielle Investoren gleichsam die Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik. Der Spielraum für gesellschaftspolitische Reformen ist gering. Selbst Infrastrukturmaßnahmen im

Erziehungswesen zum Beispiel, sogar von der Weltbank gutgeheißen, gelten in der NP, die aus Südafrika eine Art Südkorea Afrikas machen will, als purer Bolschewismus. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich dieser Zwang zu Kompromissen im Bündnis von ANC, KP und Cosatu in Form von Differenzen niederschlug, wenngleich dem Erhalt der Allianz Vorrang eingeräumt wird.

Doch selbst wenn rasch Kapital nach Südafrika flösse und Infrastrukturprogramme in Angriff genommen werden könnten, Wohnungen gebaut würden – »Vierzig Jahre Apartheid waren wie vierzig Jahre Krieg«, so Mandela. »Unsere Wirtschaft und unser gesellschaftliches Leben sind völlig zerstört worden, in mancher Hinsicht irreparabel.« Soll heißen: Armut, Perspektivlosigkeit, Kriminalität, Gewaltbereitschaft in den Townships werden noch lange bleiben.

Das ist eine Lage, die sich reaktionäre Drahtzieher aus dem alten Apartheidapparat, Pseudorevolutionäre aus dem PAC-Umfeld oder Inkatha-Politiker zunutze machen, um den Verhandlungsprozeß zu sabotieren und Sonderinteressen durchzusetzen – bis hin zu die Apartheid wiederbelebenden Wahnideen von einem »rein weißen«, unabhängigen »Volksstaat« oder einem ebenfalls unabhängigen Zulu-Staat. Was eine Realisierung solcher Pläne für Südafrika bedeutete, ist unschwer vorstellbar. Wie stark solche Bestrebungen tatsächlich sind, ist derzeit unklar. Viel spricht dafür, daß das Wortgetöse mehr Einfluß vortäuschen soll, als die Fanatiker oder Gewaltpolitiker à la Buthelezi im »Ernstfall« besitzen. Tatsache ist freilich, daß auch unter einer vom ANC geführten Regierung die soziale Apartheid und die von den Rassistenregimes geschürten ethnischen Gegensätze noch lange fortleben werden.

Jürgen Ostrowsky ist freier Autor und lebt in Düsseldorf

Konkret 11/93, S. 36

Conrad Schuhler

Für eine Handvoll Dollar

Zur Legalisierung des Dollar in Kuba gibt es keine Alternative. Anmerkung zu Christian Eggers (KONKRET 9/93)

Nun hat es sich Castro endgültig mit der radikalen deutschen Linken verscherzt. Mit der Dollarisierung, der Legalisierung der Yankeewährung, hat er den Rubikon überschritten. Eine neue Klassenherrschaft, nämlich die der Dollarbesitzer, sei nun unausweichlich, hören wir. Einer »revolutionären Führung«, die in Wahrheit keine revolutionäre, sozialistische Politik mehr machen könne, gebühre keine politische Solidarität. Auf solche habe nur noch die »kubanische Linke« Anspruch, die den Castro-Marsch in den Kapitalismus nicht mitmache. Mit dieser Linken könne man nur hoffen, daß »im Zuge der Umgestaltung wenigstens die sozialen Errungenschaften des Landes im Kern erhalten bleiben« (Christian Eggers, KONKRET 9/93).

Der Ausgangspunkt dieser Solidaritätsaufkündigung ist ebenso richtig wie bekannt. In der Tat: Castro-Kuba kann keine »revolutionäre, sozialistische Politik« mehr machen, jedenfalls nicht in dem Sinn, wie solche Politik bis zum Verschwinden des sozialistischen Weltsystems definiert wurde. Seitdem ist die Wirtschaft Kubas, der binnen weniger Monate alle entscheidenden Import- und Exportpartner abhanden kamen, in einem beispiellosen Maß geschrumpft. Gegenüber diesen Verlusten steht die alte DDR wahrhaftig da wie die blühende Landschaft, die Kanzler Kohl in den Vereinigungstagen beschwor.

Auf Kuba muß der durchschnittliche Arbeiter und Intellektuelle heute mit einem Viertel dessen auskommen, was er 1989 zur Verfügung hatte. Schriftsetzer oder Lehrer, die in Deutschland mit 4.000 Mark netto im Monat nach Hause gehen, mögen mal kurz überschlagen, wie sie in Zukunft mit 1.000 Mark zurechtkämen. Die Verarmung Kubas ist in erster Linie nicht die Folge einer verfehlten Politik Castros, sondern der »veränderten internationalen Rahmenbedingungen«: des Scheiterns des realen Sozialismus.

Im Rahmen der RGW-Arbeitsteilung konnte Kuba vor allem mit Hilfe seiner klassischen Produkte Zuckerrohr und Zitrusfrüchte Wohlstand, Bildung und Gesundheit in einem für Lateinamerika unerhörten Maß entwickeln. Das beginnt bereits im Kindbett. Die Mutter hat, neben ihrem garantierten Arbeitsplatz, Schwangerschaftsurlaub und Mutterschutz. Die Geburt wird erstklassig betreut, Kuba hat eine der niedrigsten Kindersterblichkeitsquoten der Welt. Alle Kinder haben einen Platz in Hort und Vorschule, gehen dann neun Jahre zur Schule, bei entsprechenden Noten später zur Universität. Kuba ist vollständig alphabetisiert, sehr im Gegensatz etwa zu den USA. Jeder Kubaner hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und kostenlose Gesundheitsfürsorge. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Kubaner liegt bei 75 Jahren. Das alles in der Karibik, eine halbe Flugstunde von Haiti entfernt.

Dieses Wirtschafts- und Sozialwunder gründete in der Existenz und dem Wirken des realen Sozialismus. Zum Beispiel erhielt Kuba 1989 für seine 10 Millionen Tonnen Zucker von den sozialistischen Partnern 3,9 Milliarden Dollar. 1992 konnte es mangels Treibstoff und Ersatzteilen nur noch fünf Millionen Tonnen Zucker produzieren, für die es am Weltmarkt 1,2 Millarden Dollar erzielte. Die Produktion war also auf 50 Prozent, der Erlös sogar auf 30 Prozent gesunken. 1993 wird es mit 4 Millionen Tonnen Produktion und 900 Millionen Dollar Erlösen noch schlechter aussehen. Wie mit dem Zucker ging es Kuba mit Zitrusfrüchten und Kaffee, mit Rum und Nickel. Aus den 8,1 Milliarden Dollar Deviseneinnahmen des Jahres 1989 waren 1992 2,2 Milliarden Dollar geworden. Kuba konnte auf dem Weltmarkt nur noch mit einem Viertel der früheren Devisen nachfragen, und es mußte erheblich höhere Preise als zuvor bezahlen.

Hatte Kuba 1989 13 Millionen Tonnen Erdöl aus der Sowjetunion bezogen, die es für ein Fünftel seiner Exporterlöse bekam, so konnte es 1992 nur noch 6 Millionen Tonnen importieren, für die es allerdings zwei Fünftel seiner gesamten Deviseneinnahmen hingeben mußte. Für Industrie, Verkehr und private Haushalte wurde die Energie halbiert, und dennoch blieb für die anderen nötigen Importe – zum Beispiel Maschinen oder Lebensmittel – viel weniger übrig.

Kuba hat also zwei fundamentale ökonomische Probleme: erstens eine gewaltige Dollarlücke, was deshalb so schmerzt, weil das immer noch monokulturell geprägte Land dringend auf den Weltmarkt angewiesen ist, wo nur noch für Dollars etwas zu haben ist; zweitens einen gravierenden Mangel an Gütern und Diensten, die für den Kubaner bis zum realsozialistischen Kollaps selbstverständlich waren.

Die naheliegende Antwort der Castro-Regierung auf diesen Notstand war und ist, einerseits den Bedarf an Importgütern zu verringern und zum anderen zu mehr Dollars zu kommen. Zu der ersten Strategie gehört die beschleunigte Diversifizierung der Landwirtschaft, die theoretisch das kubanische Volk ausreichend versorgen könnte, ebenso wie zum Beispiel die Exploration eigener Ölvorkommen auf und vor Kuba. Zu der zweiten zählen seit 1990 vor allem der forcierte Ausbau des Tourismus und die Öffnung des Landes für Dollar-Kapital in Form der Joint ventures, Unternehmen, bei denen der Staat – mindestens – 50 Prozent der Anteile hält und die Hälfte der Einnahmen bekommt.

Beide Strategien haben bislang nur begrenzte Wirkung erzielt und weder die Versorgung auf der Insel verbessern noch die Dollarlücken schließen können. In den letzten Jahren sind vielmehr ein behördlich tolerierter Peso-Schwarzmarkt sowie ein illegaler Dollarmarkt entstanden, auf denen es alles gab, aber zu Preisen, die für den gesetzestreuen Kubaner nicht erschwinglich waren, beziehungsweise in einer Währung, die ihm verboten war.

Allerdings sahen sich in der Versorgungskrise immer weniger Kubaner in der Lage, den Gesetzen die Treue zu halten. Um auf dem schwarzen Markt, wo für drei Flaschen Rum ein ganzes Monatsgehalt hinzulegen war, überhaupt mithalten zu können, ließ man selbst aus dem eigenen Betrieb mitgehen, was eben ging: Zigarren, Rum, Zucker, Hemden, Socken, Fahrradventile, Zement, Medikamente usw. Besonders gut waren die Bauern dran. Sie waren und sind gehalten, alles an den Staat abzuliefern. Wie wenig jedoch sie sich um die Auflagen scherten, zeigt selbst die offizielle Statistik. Danach gab die kubanische Durchschnittskuh 1992 zwei Liter Milch pro Tag. Die von der Statistik nicht erfaßten restlichen zehn Liter sind – eine zurückhaltende Schätzung – für das Zwanzigfache auf dem schwarzen Markt veräußert worden.

Mit dem »plan alimentario« und ähnlichen Kampagnen ist es zwar tatsächlich gelungen, die Produktion von Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs zu erhöhen, aber diese Warenströme versickerten in den Sümpfen des Schwarzmarkts. Ähnlich lief es bisher auf dem Dollarsektor ab. Das Aufkommen an Dollars wurde zwar beträchtlich gesteigert, aber direkte Nutznießer unter der Bevölkerung waren zunächst nur die im Dollarsektor Beschäftigten. Es ist daher ein gewaltiges Mißverständnis, wenn linke Kritiker Castro entgegenhalten, mit der Legalisierung des Dollars schaffe er eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Dollarbesitzern und -habenichtsen. Diese zwei Klassen gibt es längst (und die Dollar-Legalisierung soll, wie wir noch sehen werden, dieser Klassenteilung gerade entgegenwirken).

Besonders heftig sprudelt die Dollarquelle Tourismus. Seine jährlichen Zuwachsraten liegen bei 30 bis 40 Prozent, 1992 wurden auf diesem Sektor 500 Millionen Dollar eingenommen, mehr als beim Export von Nickel, Kaffee und Rum zusammen. Nach dem Zuckerexport ist der Tourismus der größte Devisenbringer des Landes. Bis 1995 will man sein Volumen sogar vervierfachen. Gut für die Bilanz und gut vor allem für die Beschäftigten des Gewerbes, von der Nutte bis zum Hotelpagen, der, bekäme er nur vier Dollar Trinkgeld am Tag, schon so viel verdient hätte wie ein Zuckerrohrarbeiter im ganzen Monat.

Der Dollarsektor reicht indes weit über die Tourismusbranche hinaus. Rund 500 kubanische Unternehmen sind »autofinanciamento«, arbeiten also auf eigene Devisenrechnung, weitere 400 Betriebe sind im Außenhandel tätig, und rund 130 Joint ventures bringen dieses Jahr, wie es heißt, 500 Millionen Dollar ins Land. Die Annahme, alle diese Einrichtungen würden den Gesetzen des Landes entsprechend ihre Mitarbeiter am Besitz von Dollars gehindert haben, befindet sich nicht im Einklang mit der Wirklichkeit. Um das Gesamtvolumen des illegalen Dollarmarktes abzuschätzen, muß man sich schließlich noch vor Augen halten, daß etwa jeder zweite der zwölf Millionen Kubaner einen Verwandten unter den zwei Millionen Exilkubanern in den USA hat, die vielfältige Möglichkeiten des Devisentransfers entwickelt haben.

Diese Fakten haben in der Zeit der Illegalität des Dollars zu einer Zweiteilung der kubanischen Gesellschaft geführt. Mit der Legalisierung der US-amerikanischen Währung wird diese Zweiteilung natürlich nicht überwunden, aber sie kann gemildert werden. Diese Ansicht vertrat Castro, als er am 26. Juli, dem Jahrestag des Sturms auf die Moncada, die neue Linie bekanntgab. Castro geht davon aus, daß die Legalisierung zu einer Vermehrung des Dollarangebots auf Kuba führt. Wer Dollars hat, kann damit in Zukunft ohne Risiko auf den Markt. Die Verwandten im Ausland können legal Dollars transferieren. Da die Besuchsmöglichkeiten für Kubaner im Ausland ausgedehnt wurden, werden diese bei der Rückkehr mehr Dollars mitbringen. Weitere Erleichterungen für die Gründung von Joint ventures sorgen auf ihre Weise für den Zustrom von mehr Dollars. Castros These ist also plausibel.

Gleichzeitig wird das Güterangebot am Pesomarkt erhöht. Mittlerweile sind selbständige Kleinbetriebe zugelassen, sofern keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt werden. Damit entsteht neben den Läden, wo per libreta, also auf Rationierungsmarken eingekauft wird, ein legaler paralleler Markt. Mehr Waren auf dem Pesomarkt und mehr Dollar verbessern aber die Lage des Peso und damit der Pesobesitzer. Die Legalisierung des Dollar hilft mithin, die »Klassenschranke« Dollar niedriger zu machen.

Was aber, fragt der Linke, nützen mehr Dollars und mehr Waren, wenn mit ihnen der Kapitalismus zurückkehrt? Dies ist eine berechtigte, eine sympathische Frage. Doch auch die sympathischsten Beweggründe entheben einen Fragesteller nicht der lästigen Pflicht, die reale Entscheidungssituation dessen zu begreifen, den er kritisiert. Wer einerseits der kubanischen Führung die Solidarität versagt, andererseits der »kubanischen Linken« solidarisch die Daumen drückt dafür, daß »wenigstens« die sozialen Errungenschaften des Landes erhalten bleiben, weiß nicht, wovon er spricht. Denn Arbeitsplatzgarantie, Bildung und Gesundheitsfürsorge für alle können nur verwirklicht werden, wenn der Niedergang der Wirtschaft aufgehalten und endlich wieder ein Wachstumspfad erreicht wird. Dies aber ist ohne Verbesserung der Zahlungsbilanz und insbesondere ohne das Hereinholen von Auslandskapital nicht denkbar.

Die strategische Bedeutung der Joint ventures läßt sich am Beispiel des lebenswichtigen Erdöls schlagend beweisen. Wir haben schon angeführt, daß Kuba 1992 nur noch die Hälfte der 13 Millionen Tonnen des Jahres 1989 zur Verfügung hatte.

In seiner Juli-Rede hat Castro ausgeführt, das absolute Minimum, um die Wirtschaft auf ihrem geschrumpften Stand eben in Gang zu halten, seien 7 Millionen Tonnen. Um nennenswertes Wachstum zu erzielen, sind mindestens 9 Millionen Tonnen erforderlich. Die Differenz zum Ist-Stand beträgt in Weltmarktpreisen 500 Millionen Dollar, die Kuba niemals aus eigener Kraft zusätzlich aufbringen kann. Die Lösung lautet: Ausbeutung der eigenen, riesigen Erdölvorkommen. Deren Exploration aber verlangt modernstes Know-how und gewaltige Anfangsinvestitionen. Beides ist nur von den einschlägigen internationalen Firmen zu haben. Kuba bietet solchen Unternehmen 50 Prozent der künftigen Erträge, 50 Prozent behält der Staat selbst, und die Firmen tragen Kosten und Risiko der Exploration und eventuellen späteren Förderung. Auf diese Weise konnte Kuba seine eigene Rohölproduktion von 700.000 Tonnen (1990) auf 1,5 Millionen Tonnen (1992) steigern. Nach dem gleichen Verfahren soll die gewaltige Energielücke in den nächsten fünf Jahren geschlossen werden.

Das Beispiel Nickel illustriert die Bedeutung der Joint ventures ebenso wie des noch immer strikt angewendeten US-Embargos. 150 Millionen Dollar erzielen die Kubaner derzeit mit dem Export von Nickel. Das Land könnte aber, gemessen an seinen Vorkommen, einer der ersten Nickelexporteure der Welt sein. Deutsche Firmen wären auch bereit, in die Ausbeutung von Nickel bei 50prozentiger Erlösbeteiligung des Castro-Staates zu investieren – wenn es das Embargo der USA nicht gäbe. Die USA verbieten den Import aller Waren, die kubanische Rohstoffe enthalten. Deshalb halten sich Europäer und Japaner mit Joint ventures im Rohstoffsektor sehr zurück (US-Firmen wie ihren Tochterfirmen im Ausland ist solches Engagement gesetzlich verboten).

Dabei haben die Skeptiker absolut recht, die auf die Gefahren eines Kurses verweisen, zu dessen Stützen Joint ventures, Dollarmarkt und Initiative von Kleinunternehmern zählen. Die kubanischen Regierungsstrategen pochen darauf, daß der Staat mit seinen Beteiligungserlösen seine sozialistischen und sozialen Ziele verfolgen kann. Ebenso unbestreitbar ist aber, daß die kapitalistischen Unternehmen wie der gesamte Dollarbereich ein soziales Klima aufbauen, das sich mit einer sozialistischen Kultur nicht verträgt. Da die Dollarkultur im Vormarsch ist, besteht zu Pessimismus einiger Anlaß. Es gehe nicht um Pessimismus und auch nicht um Optimismus, sagen dazu Castros Wirtschaftsberater, sie hätten, wenn sie die Chance auf eine sozialistische Entwicklung offenhalten wollten, keine Alternative. Das ist der Punkt.

Conrad Schuhler sprach für KONKRET 9/90 mit dem DDR-Filmemacher Heiner Carow

Konkret 11/93, S. 38

Oliver Marchart, Christian Michelides

Eine alte Nazisse

Gertrud Fussenegger, 81jährige österreichische Schriftstellerin mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 6.229.747, wird am 6. Oktober 1993 – dem österreichischen Staatsfeiertag – vom Freistaat Bayern mit dem Jean-Paul-Preis ausgezeichnet. Für ihr Gesamtwerk

»Ich war ein unpolitischer Mensch, unpolitisch aufgewachsen, ohne Interesse, weil ohne lebhafte Teilnahme für eine Gruppierung.« So beschreibt die österreichische Schriftstellerin Gertrud Fussenegger 1992 ihre Haltung zur Zeit von Hitlers Machtergreifung. Zum 1. Mai 1933 tritt »der unpolitische Mensch« in Innsbruck der NSDAP bei. Die Studentin der Geschichte hält derselben NSDAP auch nach ihrem Verbot dort die Treue: »Für Deutschland halten wir Wacht – hier, die Herzen vergehend unter Fahnen und Schwert.« Und sie soll – die Hand zum Hitler-Gruß gestreckt – auf Innsbrucker Universitätsboden das Horst-Wessel-Lied gesungen haben, weshalb sie im November 1934, 22 Jahre alt, von allen österreichischen Universitäten relegiert wird.

Die Strategie, sich als junge Naive darzustellen, geht bruchlos über in die Strategie, sich als arme Alte verteidigen zu lassen. In der Rückschau verniedlicht sie heute Hitler als »kleine Figur«, Verkäufer von kolorierten Postkarten, Tapezierer, Anstreicher, böhmischen Gefreiten – »einer von vielen«. Und will sich damals schon über den Noch-nicht-Massenmörder lustig gemacht haben: »H. ist Reichskanzler geworden. Wozu es der kleine Moritz nicht doch gebracht hat.«

Die Dokumente der Zeit sprechen eine andere Sprache. Den Postkartenmaler porträtiert sie 1938 als Engel der »Erlösung«, den Tapezierer als »Retter des Reichs«, den böhmischen Gefreiten als »Deutschlands gültigstes Inbild«. Der kleine Moritz kommt plötzlich »im Namen ... der vollen Gewalt, des Anspruchs, der trotzig ehernen Stärke«. Und über dem Anstreicher »flammt das Zeichen Deutschlands, schwertgleich verzehrend Gesetz und Verpflichtung«.

1937 heiratet sie nach München, um im März 1938 sofort nach Innsbruck zurückzueilen und mitzujubeln: »Der Anschluß erschien uns wie ein Pfingstwunder.« Im »Völkischen Beobachter« stilisiert sie sich selbst in Gedichtform zur »Stimme der Ostmark« und schafft das Kunststück – in einem einzigen Satz – , zugleich den Untergang Österreichs zu bejubeln, den Führer zu verherrlichen und den kommenden Krieg zu bejahen:

»Betend wallt' ihm entgegen

freudeweinendes Volk,

sich selbst als Gabe zu bringen,

gewillt zu größtem Bekenntnis.«

Gertrud Fussenegger ist 26 Jahrealt. Das Gedicht absolviert eine beachtliche Karriere: Erstdruck im »Völkischen Beobachter«. Nachdruck in der kämpferischsten aller Ostmark-Anthologien, *Kampf und Glaube* von Hein Stünke. Dann in Pichlers Sammlung *Lebendiges Tirol* im NS-Gauverlag Innsbruck. Schließlich in der dicken Reclam-Ausgabe *Heimkehr ins Reich* von Heinz Kindermann. Derselbe germanistische Ordinarius Kindermann, der sich übrigens Alfred Rosenberg angeboten hatte, das gesamte deutsche Schrifttum seit Walther von der Vogelweide auf Rassenreinheit zu untersuchen, übernimmt das Gedicht noch ein zweites Mal in seinen *Kampf um die deutsche Lebensform* und empfiehlt 1941, Gertrud Fussenegger ist 29 Jahre alt, es »müßte in alle Lehrbücher unseres Volkes eingehen« – ob seiner »Herzenstiefe«.

Indessen verbreitet sich das Schrifttum der Gertrud Fussenegger über das gesamt- und großdeutsche Volk – in allen relevanten Parteiorganen der NSDAP und ihrer Mitläufer. Die Münchener und die Wiener Ausgaben von Rosenbergs »Völkischem Beobachter« drucken Gedichte, Erzählungen und Rezensionen. In Baldur von Schirachs *Wille und Macht* besingt Fussenegger die »Ostmark« anhand ihrer »Landschaft und Menschenwesen«. Diesen »entsprang der Mann, den die Welt heute anschaut; dankbar und stolz wollen wir das unvergessen haben«. Der kleine Moritz läßt grüßen.

Joseph Goebbels öffnet ähnlich holpriger Prosa die Spalten seiner Wochenzeitschrift »Das Reich«, und Paul Alverdes nimmt die hoffnungsvolle Jungnazisse auf in den erlauchten Autorenkreis seiner Literaturzeitschrift »Das Innere Reich«. Dort stellt sie, die längst Gutverdienende, soziale Dünkel und Verachtung der Ärmsten unverhohlen aus: »Im schneidenden Märzwind um elf Uhr nachts konnte man Frauen mit einem Säugling im Arm beim Bettelgewerbe antreffen – ihre klagenden Stimmen durchschnitten mit monotonem Ruf den vorüberbrausenden Lärm. Derlei Unfug ist heute in Prag längst verschwunden.«

Im selben Text beliebt sie noch 1943, Gertrud Fussenegger ist 31 Jahre alt und dem Fach der jungen Naiven bereits entwachsen, jüdische Grabsteine als »Drachensaat« zu beschimpfen: »ein finsteres und häßliches Labyrinth unzähliger übereinandergetürmter Leichensteine«. Die Vertreibung und Verschleppung der jüdischen Einwohner aus dem Prager Ghetto begrüßt sie lauthals als Ende der früher »willig geduldeten Überfremdung durch Artandere und Entartete«.

Für diese Exzesse im »Stürmer«-Jargon findet das NS-Regime noch im Jahr 1944 Papier und Druckkapazität, um sie auch in Buchform unter das Volk zu bringen. Unter dem Titel *Böhmische Verzauberungen*.

Gertrud Fussenegger verdankt ihre gesamte Karriere der Förderung des Nationalsozialismus. Subjektiv wie objektiv. Aktiv wie passiv. Sie hilft dem System durch Propagierung seiner Werte, dieses revanchiert sich durch monströse Auflagen und Goebbels' Huldigungsmaschinerie. Die Introduktion in den literarischen Markt durch ihre Parteigenossen bildet das Fundament für den gesicherten Absatz in den Nachkriegsjahren. Ihr zweiter Roman *Die Leute auf Falbeson* erfährt zwischen 1940 und 1944 eine Auflage von 40.000, Feldpostausgaben eingeschlossen, ihr Name wird in deutschen Haushalten und an der deutschen Front geläufig. Goebbels spricht vom Kampf mit dem Buch als Waffe. 50 Jahre danach, 1990, ediert das Haus Brockhaus denselben Titel. Geschichte wird normalisiert.

Fleiß und Disziplin gelten als wichtige Tugenden im faschistischen Pandämonium: Acht Bücher und vier Kinder sind die reiche Ernte der Fusseneggerschen NSDAP-Periode. Am Mutterkreuz ist die erklärte Abtreibungsgegnerin nur knapp vorbeigeschrammt, ihr viertes Kind kommt erst im November 1945 zur Welt.

1946 werden einige, wenn auch zu wenige, ihrer Titel in Berlin auf die »Liste der auszusondernden Literatur« und in Wien auf die »Liste der gesperrten Autoren und Bücher« gesetzt. Während hüben und drüben verboten wird, Gertrud Fussenegger ist 34 Jahre alt, druckt man in Innsbruck Altes neu: *Mohrenlegende*. Von wegen Stunde Null. Die Autorin bleibt dieselbe, das Publikum dasselbe, der Geschmack derselbe. Das Papier ist weiterhin knapp, aber nicht für die Privilegierten. 1944 immer noch, 1946 schon wieder Fussenegger.

Sie ist ein Beispiel nur. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die die Regel bestätigen, hat die Literaturprominenz des NS-Regimes die westlichen Nachkriegsjahre weiter dominiert. Als wäre nichts geschehen. 1949 schon fühlen sich die alten Kräfte, Gertrud Fussenegger ist 37 Jahre alt, stark genug zum Gegenangriff: Sie diffamiert – in einem 29seitigen Essay zu *Doktor Faustus* – Thomas Mann als »Quasi-Humanisten«, der den »Glanz der Wahrheit« »zum irren Geflimmer der Lüge« ummünze, bezichtigt den in die Emigration Gezwungenen der Deutschfeindlichkeit und seinen Roman der steten »Sinnesverkehrungen«.

Gleiche Feinde, gleiche Freunde. Im Kampf um die kulturelle Hegemonie der Nachkriegszeit stellt sich Fussenegger in die Front der literarischen Reaktion, die einerseits erbittert Emigranten bekämpft, andererseits ihresgleichen pusht. Jetzt schaffen nicht mehr Bücherverbrennung, Verhaftung und Verbot Platz für konformistische Literaten, sondern Denunziation und Diffamierung. Kurz: Der Kalte Kultur-Krieg ist angebrochen. Gegen die Brüder Mann, gegen Brecht, gegen Becher. Für dritt- und letztklassige Parteidichterinnen und -dichter wie Agnes Miegel und Ina Seidel, Rudolf Binding, Bruno Brehm, Gerd Geisler, Franz Tumler oder Karl Heinrich Waggerl.

Allen genannten Kollegen aus der Reichsschrifttumskammer flicht Fussenegger nach 1945 flott Kränze und Huldigungen. Mit Waggerl identifiziert sie sich restlos: »Ein Mensch wie ich«. Außerdem hilft sie Ernst Jünger, die sozialliberalen siebziger Jahre zu überwintern, durch fortgesetztes und apologetisches Rezensieren in konservativen Blättern.

Umgekehrt verhelfen ihr die alten Seilschaften zu neuen Auflagen und neuen Ehren. Von Ewiggestrigen dominierte Verlage sichern der Dame die ungebrochene Karriere: Tyrolia in Innsbruck und in Salzburg Otto Müller (heute ein respektables antifaschistisches Haus), E. Diederichs in Düsseldorf und Köln. Und die alte Garde der NS-Germanisten und NS-Publizisten steht habt acht und sorgt für die Begleitmusik: Norbert Langer und Franz Lennartz, Josef Nadler und Heinz Kindermann, Eugen Thurnher, Erik Graf Wickenburg, Adalbert Schmidt und Ernst Schremmer propagieren alle Fussenegger – in kritiklosen Besprechungen, in Lexika, Anthologien, Laudationes, Vorlesungen.

Das Ergebnis der Nachkriegsjahre sind 46 Bücher, das fünfte Kind und viele Enkel, vordere Plätze auf den Bestsellerlisten, 22 Orden, Preise und andere Ehrungen, hunderte Beiträge in angesehenen Zeitschriften – von »Antaios« bis »Merkur«, von »Literatur und Kritik« bis »Merian«, von »Furche« bis »FAZ«.

Das Jahr 1979 trägt emblematische Züge für die Fusseneggersche Laufbahn. In Innsbruck nimmt die »unbestechliche Anwältin von Humanität, Wahrheit und Recht«, so die Preisbegründung, ohne Skrupel den Mozart-Preis entgegen. Ausgezeichnet wird ihre literarische »Meisterschaft« im »Ablauf von vier Jahrzehnten«, NS-Zeit somit inklusive. Der Mozart-Preis war – mit Goebbels' Unterstützung – 1935 von der berüchtigten Stiftung F.V.S. zu Hamburg gegründet worden. Zur Förderung des Anschlusses Österreichs.

Im selben Jahr 1979, Gertrud Fussenegger ist 67 Jahre alt, wiederholte sie in ihrem »Lebensbild« mit dem pompösen Titel *Ein Spiegelbild mit Feuersäule* die Beschreibung des jüdischen Friedhofs in Prag – der Diktion der Zeit geringfügig angepaßt, in der düsteren Charakterisierung freilich unverändert. Und verschweigt zugleich wichtige Eckdaten ihres Lebenslaufes: Von ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP und dem Verweis von allen österreichischen Universitäten, von ihrer Mitarbeit beim »Völkischen Beobachter«, von ihrer antiösterreichischen Lyrik und antisemitischen Prosa schreibt Gertrud Fussenegger kein Wort. Ihr erstes Buch, ein »Roman aus deutscher Frühzeit«, ein Epos der Deutschtümelei, nennt sie in ihrer Autobiographie kein einziges Mal bei seinem Titel. Er sei hiermit nachgetragen: *Geschlecht im Advent*.

Im selben Jahr karikiert sie jüdische Hohepriester, die sie des Mordes an Jesus bezichtigt, und erteilt Pilatus im gleichnamigen Bühnenstück die Absolution. Der nationalsozialistische Antisemitismus regrediert damit zu seinem Ursprung, dem katholischen Antijudaismus. So wie die Urheberin des szenischen Pamphlets Schlag 1945 vom Messias Adolf zu Führer Jesus konvertiert war. Auch darin ist sie ganz Durchschnitt: Die Mehrzahl faschistischer Staatsschreiber war – nach Verlust ihrer irdischen Heilsfigur – fröhlich in den Schoß der katholischen Kirche gekrochen.

Die Beschuldigung von Juden ist im Jahr 1979 nicht mehr zeitgemäß: Selbst die behäbige Amtskirche war längst vom Mordvorwurf abgerückt. Trotzdem findet die Uraufführung im geweihten Rahmen der Ossiacher Stiftskirche statt.

Die konservative Zeitung »Die Presse« nennt die Collage aus Text und Ton »ein Theaterunternehmen voll Peinlichkeiten«, und Burgl Czeitschner resümiert in seiner Wiener Boulevardzeitung: »Die Schriftstellerin ist damit ihrer politischen Tradition treu geblieben. Sie bestätigt damit sich und uns, daß sie sich seit 1938 – seit ihrem Gedicht ›Stimme der Ostmark‹ – nicht geändert hat.«

Den vollen Orgelklang zu Fusseneggers *Pilatus* steuert der NSDAP-Paradekomponist Cesar Bresgen bei, dessen »Festliche Orgelmusik« bereits die Feierstunde zum Geburtstag des Führers 1944 bereichert hatte. Als Musikideologe des Regimes war Fusseneggers Klangpartner den Juden auch musikalisch abgeneigt. 1939 verkündete er faktenwidrig: »Die Jazzmusik ist eine jüdische Erfindung und hat unsere gesunde deutsche Unterhaltungsmusik verdrängt.« Als bemerkenswerte Schöpfung Bresgens gilt auch seine sechsstimmige SS-Fanfare, ein Auftragswerk zur Eröffnung der Ausstellung »Deutsche Künstler und die SS«.

Antisemitisches Attraktionsgesetz: Judenfeind und Judenfeindin setzen sich ins selbe Kirchenschiff. Gleichzeitig schreckt Fussenegger aber nicht davor zurück, zur eigenen Erhöhung und Exkulpierung Juden und Antifaschistinnen zu instrumentalisieren. Wenige Wochen zuvor, ebenfalls 1979, und nur wenige Kilometer von Ossiach entfernt, setzt sie sich neben Marcel Reich-Ranicki und Hilde Spiel in die Jury des Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Preises. Eine dreifache Pikanterie.

Erstens: Die Namensgeberin des Preises hatte den Einmarsch Hitlers als den Moment ihrer ersten Todesangst beschrieben, als etwas so Entsetzliches, daß mit diesem Tag ihre erste Erinnerung begonnen habe. Fussenegger sitzt fünfmal in der Bachmann-Jury.

Zweitens: Der spätere Literaturpapst überlebt die Schrecken des Warschauer Ghettos nur um Haaresbreite. Fussenegger zählt noch 1993 zu den Stammrezensenten seiner *Frankfurter Anthologie*: Unter anderem bespricht sie dort 1983 ein Gedicht von Ingeborg Bachmann. Statt ihresgleichen zu bekämpfen, verschafft Reich-Ranicki der alten Nazisse – wider besseres Wissen – auch noch Respektabilität und Publizität.

Drittens: Hilde Spiel, die vor den Nationalsozialisten fliehen mußte, um ihr Leben zu sichern, wird später – nachdem ihr die Vergangenheit der Kollegin bekannt geworden war – zum Schweizer Schriftsteller Strittmatter sagen: »Kinderl, wenn Sie die Fussenegger geküßt haben, dann dürfen Sie mir die Hand nicht geben!« Und verweigert ihm den Handschlag.

Ist es opportun, den Kontakt mit Juden abzubrechen, so tut Fussenegger dies. In ihrem *Spiegelbild mit Feuersäule* schildert sie – ausnahmsweise glaubwürdig – das Ende der langjährigen Mädchenfreundschaft zu Trude Löffler, einer jüdischen Schulkollegin, der sie nach Hitlers Machtergreifung einen letzten Brief schreibt: »Du mußt hassen, was ich liebe: mein Land, mein Volk. Du mußt den Untergang wünschen dem, worauf ich hoffe und hoffen muß.«

40 Seiten und zwei Jahre später will sie – ganz die Naive – ihr erstes Buch jüdischen Verlegern eingereicht haben. Ist es opportun, sich Juden anzubieten, so tut sie dies. »War ich so ahnungslos, was unterdessen in Deutschland geschah? Ja, ich war ahnungslos. Ich hielt, was mir bei meinen gelegentlichen Besuchen in Deutschland an antisemitischen Schriften unter die Augen kam, die Aushängeexemplare des Stürmers etwa, für dummes Zeug, blödes Gebelfer, leeres Gekläff, nicht ernst zu nehmen.« Die Ahnungslose mit dem Parteibuch der NSDAP verabschiedet den jüdischen Verleger Cassirer am Bahnsteig: »Ich ahnte nichts davon, was da wirklich geschah: Emigration.« Die ersten Bücher des jungen Talentes müssen folglich in arisierten Verlagen erscheinen.

Ist es opportun, auf jüdische Bekannte zu verweisen, so tut sie dies. In ihren Memoiren wimmelt es geradezu – wie in fast allen Erinnerungen Ehemaliger – von jüdischen Mitschülern, Lehrern, Freunden, Verlegern. Ein beliebter und bekannter Mechanismus der Entschuldung. Läppisch.

In der Summe zeichnet sich das Bild der Grande Dame als politische Opportunistin, die freilich – hinter dem Talmi humanistisch-christlicher Duselei – ihre Überzeugung über alle Systemwechsel hinweggerettet hat. Gertrud Fussenegger war und ist Anhängerin totalitärer Herrschaftsstrukturen, war und ist eine hochgradige Antisemitin, war und ist nicht, als was sie gepriesen wird: eine große Dichterin mit läßlichen »Jugendsünden«.

Die politische Schuld einer Schriftstellerin kann durch »literarische Qualität« nicht kompensiert werden. Die Fusseneggerschen Schriften disqualifizieren sich zudem als Dutzendware der literarischen Antimoderne selbst. Eine Kostprobe aus dem Jahr 1980: »Aber leider macht sich das Knäblein aus seiner goldenen Wiege davon, legt alle Ehren ab

und bezieht als ewige Wohnung ein winziges Särglein.« Wer solche Sätze schreibt, verdient einen Exklusivvertrag bei Bastei-Lübbe, aber keinen Staatspreis.

Der Freistaat Bayern verleiht Gertrud Fussenegger – ausdrücklich für das Gesamtwerk – den Jean-Paul-Preis 1993. Und stellt sie damit in eine Reihe mit Botho Strauß, dem Preisträger 1987. Eine konsequente Entscheidung.

Der Freistaat Bayern stellt Gertrud Fussenegger aber auch in eine Reihe mit Friedrich Dürrenmatt, dem Preisträger 1985. Eine posthume Rufschädigung.

Die Dame ist – selbst wo sie nicht unverhohlen nationalsozialistischer Ideologie huldigt – eine Kitsch-und Schund-Produzentin, massenweise. Ihr Stil entspricht gehobener Pensionatsprosa, die Themenwahl dem Kleinbürgertum des 19. Jahrhunderts und die Erzählstruktur dem Mittelalter. Aber letztendlich sind dies Geschmacksfragen, damit unerheblich und zudem strafrechtlich nicht relevant. Erheblich jedoch und als Weiterbetätigung bedenklich ist der rassistische Duktus der *Mohrenlegende*. Erstmals erschienen 1937 in Leipzig, dann 1946 in Innsbruck, 1957 in Stuttgart, 1981 in Freiburg, 1984 fürs Fernsehen verfilmt und noch einmal 1986 in Stuttgart verlegt, symbolisiert das kleine Büchlein die Kontinuität des Denkens in Deutschland und Umgebung.

Wegen seiner Hautfarbe beschreibt die NSDAP-Schriftstellerin ein Kind als »fremd« und »häßlich«, seine Lippen als »dick« und »häßlich-blau«, sein Gebiß als »bleckend« und »räuberisch«, seinen Blick als »wild« und »schrecklich«, sein Verhalten als »blöde wie ein Tier«.

Das härteste Urteil über diese Art verachtender Prosa stellt »die Anwältin der Humanität« selbst aus, wenn sie über Thomas Mann richtet: »Die Sprache eines gedichteten Kunstwerks stellt sein eigentliches Wesen dar.« Im übrigen gelingt Gertrud Fussenegger – nach Hitler – der Einzug in die Schulbücher, wie von Heinz Kindermann schon 1941 verlangt. Pochlatkos Lehrbuch zum Unterrichtsgebrauch lobt 1971 die *Mohrenlegende* als »sprachlich sehr schöne Erzählung«. Der offenkundige Rassismus geniert niemanden, schon gar nicht die Autorin.

Als Ziel dieser Weihnachtsgeschichte nennt sie 1939 das Aufzeigen der »unabdingbaren, wesenhaften Fremdheit« zwischen dem »Mohren« und »allem, was weißen Angesichts ist«. Eine Aufhebung dieser Fremdheit, d.h. der Rassentrennung, kann sich Fussenegger »nur durch eine Illusion im Wunder«, aber nicht auf Erden vorstellen.

Daß das Amt Rosenberg ausgerechnet diesen genuin rassistischen Text als »Mitleidswerbung für Andersrassige« bezeichnet haben soll, darf als Treppenwitz der Literaturkritik gelten. Daß dieses schwachsinnige Urteil auch heute noch – zu ihrer Verteidigung – in ernsthaften Bättern unentwegt repetiert wird, ist eine Beleidigung für jeden des Lesens Kundigen.

Über Schulbücher und philofaschistische Gymnasiallehrer wird fortgesetzt und wissentlich Fusseneggersches Gedankengut an kommende Generationen weitergereicht und dort so erfolgreich in den Köpfen verankert, daß eine unabhängige Schülerjury in der oberbayerischen Metropole Weilheim in diesem Jahr sie selbst ebenfalls mit dem dortigen Literaturpreis auszeichnet. Die alte Nazisse »tritt entschieden für die Schwachen und Verkannten ein«, begründen die verführten Schülerinnen und Schüler. Das ist kein Pubertätsscherz, sondern Hohn. Zentimeterdick.

Als sich daraufhin ein intellektueller Zirkel in Österreich – darunter der Bürgermeister von Braunau und die Verfasser dieses Beitrages – in einem Offenen Brief an die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Weilheim wendet und Entschuldigung samt Wiedergutmachung verlangt, intervenieren die Weilheimer Deutschlehrer erfolgreich bei sämtlichen deutschen Zeitungen. Während Österreichs Medien brav berichten, wird der Protest gesamtdeutsch verschwiegen.

Das Schweigen kennt fallweise gute Gründe. Die »FAZ« zum Beispiel schämt sich. Zählt doch Fussenegger zu ihrem Stab, ist sie doch Zielscheibe von heftigen Elogen, sitzt doch ein hauseigener Feuilletonist in der Jury des Jean-Paul-Preises, verlegen doch zwei Tochterfirmen der »FAZ«-Stiftung auch heute noch Fusseneggers Bücher.

Ein zweiter Offener Brief an Landtag, Senat und Staatsregierung Bayerns wird in Österreich und von der »taz« gemeldet, gesamtdeutsch aber gleichfalls unterdrückt. Als hätte die Aufforderung Steffen Heitmanns zum allgemeinen Vergessen schon Wirkung gezeigt, bevor sie überhaupt gefallen ist. Die simple Tatsache, daß eine demokratisch gewählte Landesregierung antidemokratische Schriften auszeichnet, findet keine Öffentlichkeit. Es herrscht Ruhe im Land.

Läßt sich denn nichts Gutes über die Dame der NSDAP sagen? Wo sind die guten Werke? Entschuldigt hat sich Gertrud Fussenegger nie, distanziert hat sie sich stets nur zweideutig. Zum Beispiel so: »Man sagt: Wir waren damals mit Blindheit geschlagen. Mir scheint: Blindheit ist grundbefindlich im Menschendasein.«

Zum 50. Geburtstag des von ihr verherrlichten Anschlusses hätte sie wenigstens den Anstand haben können zu schweigen. Statt dessen ruft sie dazu auf, den Blick in die Zukunft zu richten und nicht in die Vergangenheit. Sie weiß warum.

Wer Geschichte zurückdrehen will, darf nicht in die Vergangenheit schauen, da der Anblick der Zerstörung schrecken könnte. Erkennen der Geschichte verhindert den Rückschritt. Anti-Orpheus mit Genicksperre.

Fällt der Blick zurück, trifft er Daten und Taten, die seit 48 Jahren unter dem Teppich gehalten werden, wird ein ideologisches Konstrukt sichtbar, dessen totale Niederlage immer noch nicht zur Kenntnis genommen werden soll, tritt ein

Glaubensbekenntnis ans Licht, das damals und heute wieder die Köpfe vernebelt. In konsequenter Anwendung desselben nationalsozialistischen Gedankenguts werden heute auf deutschen Straßen Menschen erschlagen und verbrannt.

Der 26. Oktober 1993 ist zufälligerweise der österreichische Staatsfeiertag. Der 26. Oktober 1993 ist zufälligerweise auch der Tag, an dem die Bayerische Staatsregierung die »Stimme der Ostmark« auszeichnet. Mit einem Staatsakt in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und einer Festrede des Bayerischen Kultusministers Hans Zehetmair. Unter bayerischem Polizeischutz. Eröffnung um 19.00 Uhr. Abendkleid und Smoking erwünscht.

Oliver Marchart, Philosoph, Sonderpreisträger zum Österreichischen Staatspreis für Literaturkritik 1991, lebt in Wien.
Christian Michelides, Schriftsteller, lebt in Berlin und Wien

Konkret 11/93, S. 42

Thomas Neumann

Die Sauce des Allgemeinen

Hans Magnus Enzensbergers »Aussichten auf den Bürgerkrieg« markieren das vorläufige Ende einer heillosen Flucht

Wenn einer die Welt betrachtet, ihren Zerfall zu sehen meint und schreibt: *Die Jugendlichen sind die Vorläufer des Bürgerkriegs** oder: *Täter sind fast ausschließlich junge Männer*, wenn er das voll Haß und Wut schreibt, ungezügelt, auch im Rückgriff auf abgehangene Dummheiten – o làlà. Und wenn er sagt: *Im kollektiven Amoklauf ist die Kategorie der Zukunft verschwunden. Es gibt nur noch die Gegenwart. Konsequenzen existieren nicht mehr. Das Regulativ der Selbsterhaltung ist außer Kraft gesetzt*, wenn er das Ganze außerdem *reductio ad insanitatem* nennt, soll man da ernst bleiben, ihm etwa Biologismus vorwerfen?

Hans Magnus Enzensberger hat einen Essay geschrieben, *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, und demonstriert seinen abgründigen Blick. Angeklagt ist die Jugend, angesagt sind Altern als Problem für Künstler, Eskapismus, Flucht, die aber doch schon sehr früh begonnen hatte und jetzt eine heillose genannt werden darf.

Vor 36 Jahren, 1957, veröffentlichte Enzensberger seinen ersten Gedichtband *verteidigung der wölfe*. Er untergliederte ihn in drei Abschnitte: *freundliche gedichte, traurige gedichte, böse gedichte.* Das titelgebende, *verteidigung der wölfe gegen die lämmer*, beginnt mit den Versen:

soll der geier vergissmeinnicht fressen?
was verlangt ihr vom schakal,
daß er sich häute, vom wolf? soll
er sich selber ziehen die zähne?

und endet:

gelobt sind die räuber: ihr,
einladend zur vergewaltigung,
werft euch aufs faule bett
des gehorsams. winselnd noch
lügt ihr. zerrissen
wollt ihr werden. ihr
ändert die welt nicht.

War die *verteidigung der wölfe* des Autors ironische Klage über die Aussichtslosigkeit des Bürgerkriegs, so klagt der neue Titel, daß die Wölfe sich die Zähne selber gezogen haben. Auf Seite 23f. ist nachzulesen: *Es ist vielleicht nötig, daran zu erinnern, daß die Kämpfe, die im 19. Jahrhundert zur Bildung der modernen Nationalstaaten führten, nicht bloß irrationale Schlägereien waren. Wer nur an das widerwärtige chauvinistische Pathos denkt, von dem sie getragen waren, übersieht leicht die konstruktiven Leistungen des europäischen Nationalismus alter Prägung. Er hat immerhin Konstitutionen hervorgebracht, die Leibeigenschaft abgeschafft, die Juden emanzipiert, den Rechtsstaat und das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt. Derartige Neuschöpfungen liegen heutigen Bandenkriegen fern.* Was noch zwischen den Schlägereien des 19. Jahrhunderts und denen am Ende des 20. sich ereignet, entfällt.

Aussichten auf den Bürgerkrieg ist im Titel, in der Gliederung, in den einzelnen Sätzen das spiegelverkehrte Abbild jener frühen Gedichte. In zwölf Kapitelchen unterteilt, die sich mühelos in drei Partien zu je vier Stückchen gruppieren, findet man hier wie dort, in umgekehrter Reihenfolge: böse Gedichte, traurige Gedichte, freundliche Gedichte. Und noch bis ins letzte Detail wird die Wahrheit von 1957 – je nach Perspektive – auf den Kopf oder auf die Füße gestellt.

Unter den *bösen gedichten* von 1957 heißt eines *anweisungen an sisyphos:*

... freu dich nicht
zu früh, das aussichtslose
ist keine karriere. mit eigener

tragik duzen sich wechselbälge,
vogelscheuchen, auguren. schweig,
sprich mit der sonne ein wort,
während der stein rollt, aber
lab dich an deiner ohnmacht nicht,
sondern vermehre um einen zentner
den zorn der welt, um ein gran.

Am Schluß der Bürgerkriegsaussichten, dem freundlichen Teil, tritt Sisyphos wieder, nun in Gestalt des Retters, auf: *Man erzählt sich, daß es ihm gelang, den Tod zu fesseln. Damit machte er dem Töten ein Ende, so lange, bis Ares, der Gott des Krieges, den Tod befreite und ihm Sisyphos auslieferte. Doch dieser überlebte den Tod ein zweites Mal, und er brachte es fertig, zur Erde zurückzukehren. Er soll sehr alt geworden sein. Später mußte er, zur Strafe für seinen Menschenverstand, einen schweren Stein bergan rollen, immer wieder. Der Stein ist der Frieden.*

Die ersten vier Stückchen, das Pendant zum Schlußteil der Gedichte, sind dem Bösen verschrieben. Entdeckt wird ein Trieb zur *kollektiven Selbstverstümmelung*, der *autistische Charakter der Täter.* Im Blick hat Enzensberger die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, in Georgien und andernorts, Rostock, Mölln und Solingen, U-Bahnkrawalle, autonome Sprayer, eine *leere Aggression* der *neuen Männlichkeit – ihre Ehre heißt Feigheit.* Endeten seiner Ansicht nach dergleichen Konvulsionen früher in der *Konsolidierung eines neuen Regimes,* so sei, ob das noch zu erwarten ist, heute *eine offene Frage. Die alte Realpolitik steht vor den Ruinen eines imperialen Denkens, das dem 19. Jahrhundert angehört. – Jedes politische Denken* ist *aus den Angeln gehoben.*

Vor 36 Jahren war Enzensberger über das Gegenteil erbost:

ein anblick zum zähneknirschen sind
die fetten eber auf den terrassen
teurer hotels, auf den golfplätzen
sich erholend von mast und diebstahl,
die lieblinge gottes,
schwerer
bist du zu ertragen, niemand
im windigen trenchcoat, bohrer,
kleinbürger, büttel, assessor, stift,
trister dein gelbes gesicht:

verdorben, jeder nasführung aus-
geliefert, ein hut voll mutlosen winds,
eigener handschellen schmied,
geburtshelfer eigenen tods,
konditor des gifts, das dir selbst
wird vorgelegt werden.

Die Gespenster sind auferstanden, wohin nun?

Die zweiten vier Stückchen, das Pendant zu den traurigen Gedichten – Mittelteil hier wie da – , beschreiben jene wilden Horden als Verlierer der Geschichte und ohne Aussicht, jemals ans Ufer zu kommen. *Die Verlierer, weit entfernt davon, sich unter einem Banner zu versammeln, arbeiten an ihrer Selbstzerstörung, und das Kapital zieht sich, wo immer es kann, von den Kriegsschauplätzen zurück.* Sie erschlagen sich gegenseitig, schaffen Räume *off limits,* und in den Medien wird *das Massaker zur Massenunterhaltung.*

In den *traurigen gedichten* des jungen Enzensberger stand dazu:

angewurzelt unter den ulmen, wo soll ich euch hintun,
füße, meine augen, an welche ufer euch setzen?
um mein land, doch wo ist es? bin ich betrogen.

Damals hieß noch Ich, was jetzt Jene sind. Damals führte die Trauer den Autor zur Empörung, er wurde böse. Jetzt bahnt sie ihm den Weg vom Bösen der Welt zur kargen Freundlichkeit. Damit befassen sich die letzten Stückchen. Es sei an der Zeit, *sich von moralischen Allmachtsphantasien zu verabschieden,* meint er. Und dann folgt die Umwidmung des Sisyphos, wovon schon die Rede war. Damals war ihm das zu kläglich:

und am morgen ist der hirte
traurig, daß ich weiterziehe,
fremder bleibe! gut zu leben!
sieh den schönen schwarzen hammel,
will ihn schlachten.

Der aber ging seiner Wut nach.

Nein, es ist nicht verwerflich, wenn einer die Träume seiner Jugend verrät, es müssen ja nicht immer gute Träume gewesen sein. Es ist auch nicht verwerflich, wenn der gealterte Blick in einem Ameisenhaufen, den der junge übersah, den Mikrokosmos entdeckt. Die abgeklärte Bescheidung von Enzensberger wäre gemütlich zu ertragen, wenn er sich damit bescheiden würde, enttäuscht zu sein. Aber er ist weder bescheiden noch abgeklärt. Er verwandelt seine erste Jugend in eine zweite und kramt dahinter etwas vor, was diese ihm zunichte machte und weswegen er sie nun so verdammt.

In unendlich verschlungenen Gedanken vorgetragen kommt dann auch das: *Ist die Rede vom* (Welt-, T.N.)*Bürgerkrieg eine leere Verallgemeinerung, ist sie bloße Panikmache?* fragt er sich und antwortet: *Ich fürchte, daß es – über alle Unterschiede hinweg – einen gemeinsamen Nenner gibt. Was hier wie dort auffällt, ist zum einen der autistische Charakter der Täter, zum anderen ihre Unfähigkeit, zwischen Zerstörung und Selbstzerstörung zu unterscheiden.*

Was aber würden sie entdecken, wenn sie unterscheiden könnten?

Im Vergleich zu den heutigen waren frühere Täter gläubige Menschen. Sie legten den größten Wert darauf, im Namen irgendwelcher Ideale zu töten und zu sterben. An dem, was man einst eine Weltanschauung nannte, mochte diese auch noch so abscheulich sein, hielten sie ›eisern‹, ›fanatisch‹, ›unverbrüchlich‹ und so weiter fest. Mit leuchtenden Augen folgten die Anhänger Hitlers und Stalins den Evangelien ihrer Führer, und wenn es um die Sache ging, war ihnen kein Verbrechen zu groß. ... Den heutigen Tätern scheint das entbehrlich. Was an ihnen auffällt, ist das Fehlen aller Überzeugungen.

In den bösen Gedichten von einst nannte Enzensberger den Überzeugungstäter seinen *stinkenden bruder* und dichtete ihm:

... und ich
sehe dich zum erstenmal das koppel
schnallen und zum erstenmal zackig
grüßen und sehe, wie du dann, wenig später,
die maschinenpistole nimmst und mit dem kolben
an meine tür schlägst ...

Angesichts der *neuen Männlichkeit – ihre Ehre heißt Feigheit –* hört der *bruder* auf zu stinken.

An noch ein Kapitel Enzensberger kann in diesem Zusammenhang erinnert werden, auch weil er sie als Kronzeugin herbeizitiert, an seinen Disput mit Hannah Arendt zur Jahreswende 1964/65. Hannah Arendt hatte im »Merkur« begründet, warum sie sein Buch »Politik und Verbrechen« nicht rezensieren wollte. Sie hatte sich an dem Satz gestoßen, daß »Auschwitz die Wurzeln aller bisherigen Politik bloßgelegt« habe, und bemerkte dazu: »Das ist wie: das ganze Menschengeschlecht ist schuldig. Und wo alle schuldig sind, hat keiner Schuld. Gerade das Spezifische und Partikulare ist wieder in der Sauce des Allgemeinen untergegangen. ... Wenn Auschwitz die Konsequenz aller Politik ist, dann müssen wir

ja noch dankbar sein, daß endlich einer die Konsequenzen gezogen hat.« Sie nannte das alles auch »eine hoch kultivierte Form des Eskapismus«.

Gegen den Vorwurf wehrte Enzensberger sich in einem veröffentlichten Brief, auf den Hannah Arendt wiederum öffentlich antwortete: »Es gibt einen scheinbaren Radikalismus«, schrieb sie, »der nicht so sehr das Kind mit dem Bade ausschüttet als vielmehr durch Parallelen, bei denen sich irgendein Generalnenner darbietet, vieles Partikulare unter ein Allgemeines subsumiert, wobei das konkrete Sich-Ereignende als Fall unter Fällen verharmlost wird. Wir tun dies gelegentlich alle, fortgerissen, wie mir scheint, nicht vom ›Strom der Geschichte‹ oder der berechtigten Sorge um die Zukunft, sondern im Zuge unserer Assoziationen. Die Gefahr liegt im Metier. Man kann ihr begegnen durch den immer erneuten Versuch, sich am Konkreten festzuhalten und Unterschiede nicht zugunsten von Konstruktionen zu verwischen. Ich hoffe, Sie nehmen all dies, wie es gemeint ist, und das heißt nichts für ungut.« Tat er aber nicht:

Eskapismus, ruft ihr mir zu,
vorwurfsvoll.
was denn sonst, antworte ich,
bei diesem Sauwetter! – ,

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von Hans Magnus Enzensberger

Hans Magnus Enzensberger: Aussichten auf den Bürgerkrieg. Suhrkamp Verlag 1993, 97 Seiten, 19,80 Mark

Thomas Neumann schrieb in Literatur KONKRET Nr. 18 (1993/94) über den Literaturstreit der DDR

Konkret 11/93, S. 44

Bernd Rauschenbach

Zeichner und Zeiger

Rede zur Eröffnung der F.W.Bernstein-Ausstellung im Theodor-Zink-Museum, Kaiserslautern, am 3. Oktober 1993

Die Erde, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wüst und leer. Auf einer völlig korrekt in Grau gehaltenen Fläche hat der HErr schwarze Linien verteilt: gerade, waagerecht, parallel, mit ruhiger Hand sicher und frei von Rand zu Rand gezogen, nur bisweilen von der gedachten Ideallinie ein ganz klein wenig, wie verschämt, leicht krakelig abweichend (und grad durch diese minimale, die Mühe der Einhaltung verratende Abweichung auf das eigentlich gemeinte Ideal hinweisend). Am unteren Rand des kleinen Weltausschnitts von nur sechs mal zwölf Zentimetern drängeln sich die Parallelen so dicht, daß fast ein schwarzer Fleck entstehen will – : Der Betrachter ahnt, vor welch abgrundtief-ewiger Nacht ihn ein gnädiger Bildrand bewahrt.

Über den schwarzen Erdlinien erhebt sich ein schwarzer Himmel aus ebensolchen Linien, nur mit etwas luftigeren Abständen versehen. Der Himmel als Fortsetzung der Erde mit kaum anderen Mitteln. Trostlos. Nein, meine Damen und Herren, jetzt bitte nicht sagen: Aber das sind doch nur Schraffuren, das kennen wir doch. Nein, das sind keine Schraffuren. Das sind Himmel und Erde, das ist die Welt, erschaffen aus geraden, toten Strichen. – Aber das Bild ist noch nicht fertig. Am Horizont – (oder da, wo man den Horizont vermutet, denn in einer Welt aus waagerechten Linien gibt es keine Horizontlinie) – am Horizont steht eine schwarze Gruppe von – ja, doch: Menschen. Obwohl, wenn man genau hinschaut, sieht man nur gerade, parallele, kurze und kürzere Striche, senkrechte diesmal, die das Auge zu Untergruppen von großen und kleinen Figuren zusammenfaßt. Von zweien oder dreien ragen Armstriche im Winkel von 45 Grad nach unten, über ca. acht bis zehn dieser Striche schweben dickere, ganz kurze, ebenfalls senkrechte Striche: Kopfkürzel. Zwei oder drei, acht bis zehn: In der Tat, diese Menschen-Schemen lassen sich nicht zählen, niemand vermag zu sagen, ob eine beim flüchtigen Hinschauen deutlich erkannte Gestalt dem prüfenden Blick standhält, ob die geraden Striche nicht plötzlich anders sich gruppieren.

Dies Menschenbild, neben dem Giacomettis Etrusker-Figuren in rubensscher Üppigkeit prangen könnten, ließe sich leicht als eine Aussage über die allgemeine Lage des Menschen auf dieser Welt lesen, über seine Unbestimmtheit, Verlorenheit, Einsamkeit – und das mag ja auch so stimmen. Aber das kleine Weltblatt F.W.Bernsteins, das ich eben vor Ihr Auge zu bringen versuchte, hat außerdem einen sehr bestimmten Anlaß: Es dient als Umschlagzeichnung zu Eckhard Henscheids 1988 erschienenem Bändchen *Wir standen an offenen Gräbern*. Die eben noch unbestimmt in der Welt herumstehenden Menschenstriche werden mit dieser Titelgebung zu einer Trauergesellschaft, die allerdings in ihrer rigiden Eindimensionalität selber dem Tode näher zu sein scheint als dem Leben. *Wir standen an* offenen *Gräbern* mahnt der Titel – wer da (vielleicht grad aus jener Gesellschaft) als nächster die Grube füllen wird, ist ebenso offen.

Bernsteins Bild thematisiert nicht durch simple Abbildung den Tod, ihm ist der Tod inhärent. Denn der gerade Strich, ob im Elektroenzephalogramm, ob in der Zeichnung, das ist der Tod. Leben ist erst da, wo die Linie zuckt und sich krümmt, wo sie Kurven schreibt und die zweite Dimension erobert. Über Bernsteins Trauergemeinde kreist eine Schar Aas- oder Totenvögel. Ihre gewölbten Schwingen bringen die einzige Spur Leben in diese Friedhofswelt. – Halt! Ein Teilnehmer, das sehe ich ja jetzt erst, ein einziger Teilnehmer der Trauergesellschaft protestiert gegen den Tod: Sein winziger Kopf ist als einziger rund. Auf einen eindeutig zugeordneten Körperstrich muß er zur Strafe verzichten.

Bevor ich diese meines Wissens radikalste, kühnste, reduzierteste Zeichnung F.W.Bernsteins auf dem Umschlag des Henscheidschen Büchleins gesehen hatte, hatte ich Bernstein als Karikaturisten, Cartoonisten, Bildgeschichten- und Witzzeichner im Rahmen von »WimS« und »Titanic« kennen- und – ja, wie soll ich sagen: irgendwie schätzen gelernt. Allerdings glaubte ich damals, seine Bilder nicht viel länger anschauen zu müssen, als Zeit nötig war, um mehr oder minder kräftig ablachen zu können.

Einer Ausstellungseröffnungsrede haftet ja immer ein leichter Geruch von Zelt-Evangelisation an: Der Redner hat sich zu den Werken des Schöpfers zu bekennen. Nun denn, ich bekenne: Das offene-Gräber-Bild öffnete mir schlag- und blitzartig die Augen. Ich begann, genauer hinzusehen. Und ich sah, daß der, den ich bislang für einen sehr guten – was ja auch nicht wenig ist – Karikaturisten, Cartoonisten, Bildgeschichten- und *Witz*zeichner gehalten hatte, mehr war: nämlich einfach ein sehr guter *Zeichner*. Fünf Jahre intensives Bernsteinbilderkucken haben mich überzeugt: Dieser Zeichner ist einer der besten überhaupt, die es gegenwärtig in Deutschland gibt. Was heißt »einer der besten«? Er ist der abwechslungsreichste, experimentierfreudigste, detailversessenste, wurschtigste, klügste, farbempfindsamste, rücksichtsloseste, höflichste (ja, das gibt es!), gewaltsamste, produktivste, innovativste, traditionsbewußteste, bescheidenste, realistischste, literarischste, nuancenreichste, musikalischste, schwungvollste, überraschendste, wagemutigste Zeichner, den ich kenne. – Ende der Evangelisation. Leben ist da, wo die Linie zuckt und sich krümmt. Aber: Mitten im Leben sind wir vom Tod umfangen. Drastisch führt uns das Bernsteins kleine Bildfolge »Der Tod und das Kaninchen« vor Augen. Bild 1: Ein ziemlich munter wirkendes Kaninchen, das eben im vollen Gehoppel mit der rechten Vorderpfote gegen den Bildrand knallt, wendet den

Kopf und schaut mit recht verdutztem Gesichtsausdruck hinter sich. Bild 2: Das Kaninchen streckt alle Sechse (die Löffel mitgezählt) in die Luft, im Begriff, auf dem Felde zu fallen. Bild 3: Das Kaninchen liegt hingestreckt in einer Blutlache, über ihm, in stereotyper Siegerpose, der Jäger: Stiefel auf dem Balg, das übermannshohe Gewehr auf den Boden gestützt. Auf dem Kopf hat er einen Dreispitz, die rechte Hand ist in Brusthöhe in die Uniformjacke geschoben. Witzzeichner pflegen so Irre zu zeichnen, die sich für Napoleon halten. Und des Jägers Siegergrinsen hat auch etwas reichlich Idiotisches. Offensichtlich glaubt er, das Kaninchen erlegt zu haben. *Der* kleine Mann? Mit *dem* großen Gewehr? Niemals. Der Tod hat hier ganz anders zugeschlagen. Jedes der Bilder hat nämlich einen Rahmen aus acht – das dritte Bild neun – parallelen, nach außen immer fetter werdenden, schwarzen, schnurgeraden Strichen. Im ersten Bild hat das Kaninchen diesen Rahmen berührt – und der gerade Strich, *das* war sein Tod.

Beethoven erging es zuletzt kaum anders: Auf Bernsteins Blatt »Beethovens Ende« fahren ihm fünf aus einer Maschinenpistole gefeuerte gerade Linien (nämlich die des Notensystems) mitten ins Herz. – Auch am Tode Freddie Mercurys scheint der gerade Strich nicht ganz unbeteiligt zu sein. Zwar ist es ein sehr flotter und beweglicher Freund Hein, mit Totenkopf-T-Shirt, Sonnenbrille und Baseballmütze, der dem Queen-Sänger auf offener Bühne den Lebenssaftstecker aus der Steckdose zieht – doch die Bühnenrückwand hat Zeichner Bernstein mit schön senkrechten, geraden Strichen vergiftet.

Aber ehe wir hier zu trübsinnig werden: Muß der Tod denn immer tödlich sein? »Zwanzig Stückchen Käsebrot / einunddreißig Veilchen / biet' ich Dir, Gevatter Tod, / verschon mich noch ein Weilchen«, spricht das Schwein, in der Rechten einen Blumenstrauß, auf der Linken ein Tablett mit Käsebroten, zum Tod, der vor ihm als Posada-Gerippe kokett posiert. Ob die Überschrift »Unwiderstehlich« sich aufs Schwein oder auf den Gevatter bezieht, überläßt Dichter und Zeichner Bernstein dem Betrachter.

Ja, auch der Dichter Bernstein hat sich mehrfach des großen Themas aller Künste und aller Zeiten angenommen, etwa in dem Kurzgedichtzyklus »Zueignungen«, in dem jede zweite Zueignung dem Tod gilt:

»An Freund Hein, der mein Lieb-
lingsleben haben wollte
Sehr geehrter Herr!
Ich gebs net her!«

Oder:
»An Freund Hein
Ich Dir's geben?
Nie im Leben!«

Und schließlich:

»An Freund Hein
Lieber Hein,
Nein!«

Ob der Dichter diese Verweigerungshaltung bis in alle Ewigkeit aufrechterhalten kann, wird sich zeigen; der Zeichner scheint vertraulicheren Umgang mit Freund Hein zu pflegen: Ein Selbstporträt zeigt den Zeichner beim Zeichnen, über seine Schulter schaut – und zwar vermutlich wie der Zeichner selbst in einen Spiegel – der freundlich grinsende Knochenmann; dem Zeichner setzt er hinterrücks mit zwei gespreizten Victory-Fingern Eselsohren auf. – Nicht so sehr viele Künstler haben den Mut gehabt, sich so zu sehen und zu zeigen.

Aber ich möchte einmal von dem letztlich im Anekdotischen bleibenden physisch-persönlichen Aspekt dieser Zeichnung absehen: Bemerkenswert scheint mir an diesem Selbstporträt mit Tod, daß der Zeichner sich als Zeichnender, in Ausübung seiner Kunst, zeigt. Die Kunst ist das, was der Künstler dem Tod entgegensetzt. Nicht nur in dem Sinne, daß der Künstler im Werk seinen Tod überdauern kann; vielmehr ist das Werk selbst, als Sein-setzende Schöpfung, ein Affront, ein Protest gegen den Tod. Dem Zeichner setzt der Tod Eselsohren auf. Aber indem der Zeichner dieses zeichnet, setzt er selbst dem Tod die Eselsohren auf.

Genug vom Tod. – Der Künstler zeugt Leben mit seinem Griffel, seinem Stift, seinem Pinsel. Leben ist da, wo die Linie zuckt und sich krümmt. Schauen Sie mal, meine Damen und Herren, wie sich auf Bernsteins Blatt »Die 12 merkwürdigsten altindischen Liebesspiele« die Linien krümmen und wie die Leiber zucken! Was tun die da eigentlich? Und überhaupt, was für Leiber?? Je genauer man hinsieht, desto unklarer wird wieder mal alles. Es handelt sich wohl jeweils um vermutlich zwei irgendwie sexuell verknäulte möglicherweise menschliche Körper – aber auch der schärfste Zensor vermöchte nicht, auf den 12 Bildchen Glieder, Stellungen oder Praktiken zu inkriminieren. Ein kleines Lehrstück über die menschliche Wahrnehmung, von Dichter Bernstein selbst beschrieben: »Nein, mit Sex kann ich nicht dienen. / Was Sie sehen, ist von Ihnen. / Nichts zu danken, denn von mir / ist nur Tinte auf Papier. / Nun zur Rolle des Betrachters: / wenn Ihr Blick was will, dann macht er's, / dann liest er aus jedem Strich / Lust und Liebe – was weiß ich!«

Zeichner Bernstein weiß natürlich ganz genau, was er macht, und hat über das Zeichnen so gründlich nachgedacht wie kaum ein zweiter. Und das Zeichnen selbst ist auch immer wieder Thema seiner Bilder. Da zeichnet er z.B. einen ratlosen Zeichner, der einen ratlosen Zeichner zeichnet, der einen ratlosen Zeichner zeichnet, der einen Zeichner zeichnet, der sein Zeichenblatt in seiner Ratlosigkeit einfach schwarz anmalt. Auf dem schwarzen Blatt erscheint plötzlich eine nackige Frau, worüber der letzte Zeichner in Rage gerät und die nackige Frau durchstreicht, wofür er von seinem Zeichner durchgestrichen wird, der wiederum von seinem Zeichner völlig zugekrakelt wird. Erbost knüllt der erste Zeichner das ganze Blatt zusammen: So hatte er sich das mit dem Leben-Erschaffen nicht vorgestellt. – Aber vielleicht so: Da kommt von links ein gerader, waagerechter Strich. Plötzlich steigt aus ihm steil hoch der Umriß eines Fußes, dann wandert der Strich weiter nacht rechts, bildet Schienbein, Schenkel, Bauch und Brust, alles relativ eben und waagerecht, dann schwingt er sich auf in einen erhobenen, angewinkelten Arm, daran die Hand, dann runter zum Hals und wieder auf und ab zum zerklüfteten Profil eines Gesichtes: ein liegender Mann, in einem Strich ohne abzusetzen von sich selbst gezeichnet – denn in der Hand hält er noch den Stift, mit dem er eben sein Profil vollendet. »Zeichner hat sich totgezeichnet«, so jedenfalls der in der Überschrift formulierte Vorsatz. Der freilich konnte nur mißlingen: Zeichnen heißt leben – und Leben zeigen.

Auf einer ganzen Anzahl Bernsteinscher Blätter, vor allem auf den großen Übersichtsbildern, auf denen das Leben tobt: Straßenszenen, Fußgängerzonen, Innenstädte, Bahnsteige, kann man im Vordergrund eine Figur, oft nur einen Kopf, meist ein Selbstporträt Bernsteins sehen. Das ist zum einen jahrhundertealte Tradition, daß sich der Künstler in irgendeiner Ecke klein mit ins Bild setzt; bei Bernstein hat diese Figur aber noch eine andere Funktion, sie tut nämlich etwas: Manchmal schaut sie sich sehr interessiert das ganze Geschehen an, häufiger aber hat sie das offensichtlich grad vorher getan und wendet sich nun aus dem Bild heraus dem Betrachter zu und deutet mit dem Daumen über die eigene Schulter auf das Geschehen hinter ihr. »Leute, schaut doch bloß«, will uns der Zeichner und Zeiger zurufen, »schaut doch bloß mal, wie die Welt aussieht. Schaut doch endlich mal genau hin.«

Und dann zeigt er uns die Welt, natürlich ein Work-in-progress, aber bitte ausführlich, vollrohr und umfassend, en gros und en détail, und fast immer in Serien. Los geht's. *Menschen*: gesichtslose Leute in faltenreichen Gewändern, Dichter und ihre Bärte, Beethoven, Hundertschaften von Schutzpolizisten, Schreiende und Badende, Mönche mit und ohne Gestade, Beethoven, Trinkende, Lachende, Beethoven, Kotzende, Dummes-Zeug-Treibende und Liebende und immer wieder Goethe und – *Tiere:* den Hirsch an der Wand, den schreitenden Adler, gekrönte Elche und geklonte Kröten, Turtelschwäne, Spitzen, Spotzen, Sputzen und Spatzen, Himmelhunde und unter Umständen den Königsigel, erstmals in Fabb: 1 Schwein im Garten, den Hinterhund und den Sauhund, und 1 Tier beim Bier und 7 Finken beim Hinken, den großen Vogel Wissenschaft und den kleinen Zieselmann und den uralten heiligen Kater und immer wieder Goethe und – *Sensationen:* fliegende Mäntel in Fischgrät, Utes Hose drei Tage nach Teufels Alibi, Konrads Kostüme und Fritzens Federhalter, den tödlichen Kampf Teekanne vs. Eierbecher, das graziöse Möbelballett, die drei Junghocker unterm Muttertisch, in seiner monumentalen Schönheit: den Bleianspitzer, Baugruben von Kränen geschändet, umstürzende Hotelschlüssel, Zwieback, den dreisten Küchenmeister, die Kabeltrommel von Wabern, und immer wieder Goethe, und den Rest schauen Sie sich jetzt bitte selbst an.

Die Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wüst und leer. Dank an F.W.Bernstein, der sie uns belebt.

Die Ausstellung ist vom 3.10.-14.11. im Theodor-Zink-Museum in Kaiserslautern zu sehen. Zur Ausstellung erscheint im Verlag Weißer Stein (Gartenweg 6, 07973 Greiz) ein Katalog: »Der Blechbläser und sein Kind« (160 Seiten, davon 48 in Farbe, 49 Mark; Vorzugsausgaben mit handkoloriertem Frontispiz 98 Mark)

Bernd Rauschenbach schrieb in KONKRET 5/93 »ich habe gelesen«

Konkret 11/93, S. 47

Rudolf Mandler

Ein »aufgehörter Schriftsteller«

Zum Tod von Niklaus Meienberg

»Als Schweizer geboren zu werden, ist ein großes Glück. Es ist schön, als Schweizer zu sterben. Aber was macht man dazwischen?«
Roda Roda

Als 1990 sein fünfzigster Geburtstag anstand, war ihm ganz schön mulmig. Es kam dann noch schlimmer, als er es befürchtet hatte. Er wurde mit Ehrungen überhäuft, gehudelte Lobpreisungen im Blätterwald, vom Genfer- bis über den Bodensee hinaus. Zum Kulturpreisträger seiner Heimatstadt kürten sie ihn. Der »Meienberg-Boom« war im »Musterstaat der bürgerlichen Gesellschaft« (K. Marx), »wo Berge sich erheben wie Bretter vor dem Kopf« (N. Meienberg), in vollem Gange.

Aus dem Blickwinkel machtgeschützter Wohlanständigkeit argumentierend, ließ sich sein Intimfeind, der Minister Kurt Furgler, auch ein berüchtigter Sohn St. Gallens, vor Jahren schon zu der Bemerkung hinreißen: »Sie met dä gwaaltige Chraft Ehres Woortes«. Als er mir das erzählte, mußte er herzhaft lachen. Irgendwann ging ihm auf, daß es eigentlich Hohn war, was »King Fu« zu derlei veranlaßte.

Niklaus Meienberg hat sich eigentlich über die Wirkung seiner Reportagen nie besonderen Illusionen hingegeben, aber er hegte unterschwellig doch die Hoffnung, daß er »den Menschen zu ihrem Recht und nicht nur zu ihrem Ausdruck« verhelfen könne. Als er freilich den Fürsten von Liechtenstein mit dem Ausdruck einer »letzten ambulanten Reliquie der Donaumonarchie« belegte, bekam er zu spüren, daß die Verlegerfamilie derer von »Tagesanzeiger« und die Eigner von Vaduz und Umschwung nicht nur die gleichen Hobbys pflegten.

Zumeist waren es aber die »abseitigen Themen«, die ihn interessierten. So mancher »unerlösten Person der Zeitgeschichte«, wie dem Hitlerattentäter Maurice Bavaud, dem Landesverräter Ernst S., dem Boxer Fritz Chervet, hat er ein Denkmal gesetzt, während er manche eidgenössische Kamarilla vom Sockel stieß und auch bundesdeutsche Geistesolympioniken von der Provenienz eines Botho Strauß nicht ausließ. (»Es bennt und es rilkt, hölderlint und georgelt und wiechert und heideggert«.) So oder so, an manche Ereignisse und Personen wird man sich bald nur noch erinnern, weil Meienberg sich ihrer annahm.

Angesichts der Beliebigkeit der Themen und Konjunkturen und angesichts der Changing commotion des Publikums wurde ihm gleichzeitig die Fragwürdigkeit seiner Arbeit immer bewußter. Wenn der Chefredakteur jener Zeitung (»Blick«), der er einen bösartigen Artikel widmete, ihn anschließend beglückwünschte und zur Mitarbeit einlud, dann verfiel er immer mehr darauf, »etwas Anständiges« machen zu wollen.

In den letzten Jahren finden sich in seinen Reportagen und in seinen Gedichten denn auch immer öfter resignative Bemerkungen. Zwar hat er alle Jahre, angefangen mit »Wer will unter die Journalisten?« von 1972 über »Auf einem fremden Stern« von 1983, die Lebenslügen der schreibenden Zunft hinlänglich beschrieben, zwar war er längst nicht der »Purist«, für den ihn nicht nur die flotten Kollegen vom Affenhügel hielten, doch mit der Rolle der »linken Edelfeder«, des »Rambos auf der Schreibmaschine« kam er immer weniger zurecht. In seinem »Tagebuch mit Sprüngen«, abgedruckt in seinem letzten Buch, das kurz vor seinem Tod erschien, heißt bezeichenderweise der letzte Satz: »Jene Form des Faschismus ist endgültig passé, und den neuen Formen kommt man mit der Sprache vielleicht gar nicht mehr bei.«

Niklaus Meienberg war, wie dieses Zitat auch belegt, kein Anhänger der Lehre von der unbefleckten Erkenntnis. Seine Begriffe waren oft ungenau, Kapitalschulung hat der gelernte Historiker nie mitgemacht, sein Engagement für die »Verschupften«, wie er alle Deklassierten nannte, war fast ausschließlich moralisch motiviert. Schon in seinem ersten Buch, den »Reportagen aus der Schweiz«, betonte er die Bedeutung ganz einfacher Grundsätze, wie das Empfinden für Unrecht, das Gefühl der Solidarität, als unerläßlich für den Job, als er über den »Grand reporter Jean Lacouture« schrieb.

Immer mehr aber plagte ihn die Frage: »Wie kann man Widerstand leisten, ohne ins Abseits zu geraten? Wie kann man Kompromisse schließen, ohne korrumpiert zu werden?« Er wußte, daß nicht wenigen seiner Gesinnungsfreunde solche Gewissensqualen als unsäglich naiv vorkommen mußten und daß sie ihn zuletzt doch nur für einen nützlichen Idioten ihrer imaginären Revolution hielten. »Ihr wißt ja alles besser«, so hatte schon Tucholsky sein Verhältnis zu den Genossen charakterisiert. Wie der hat auch Meienberg »zu hoch begonnen«, um wie er schließlich »mit allem fertig« zu sein und den nämlichen Schluß daraus zu ziehen.

Jedenfalls hat er sich nicht damit zufrieden gegeben, die Herren als Ausbeuter und Agenten zu bezeichnen. Weil die Wahrheit immer konkret ist, da nahm er Hegel ganz wörtlich, hat er in deren hauseigenen Fabriken und Büros recherchiert, um an den dortigen Zuständen das Verhältnis der Herren und Knechte exemplarisch zu beschreiben. Dabei hielt er sich

nicht an Walraff, sondern an Joseph Roth, dem auch alle Dinge zu persönlichen Angelegenheiten wurden und der auch wußte, daß »die Wirklichkeit sich zur Theorie verhält wie ein Kind in zu kurz geratenen Kleidern«.

Sein wütendes Engagement gegen den »Wüstensturm« nannten viele »linken Aktenköferli« seinen Privatkrieg. Gerade nachdem das Establishment ihn zum Kulturträger erhoben hatte, spuckte er ihm in die Suppe. Daß manche seiner Freunde, die zwei Jahre zuvor mit ihm noch für die Abschaffung der Armee geworben hatten, diese Suppe auch noch mit anrührten, hat ihn tief gekränkt und verunsichert.

Was so salopp als struktureller Widerspruch beschrieben wird, verursachte einen tiefen Riß, der durch seine Person ging. Isoliert fühlte er sich nicht nur »in diesem achthunderttausendköpfigen, siegestrunkenen, kriegsbesoffenen Menschenmagma« während der amerikanischen Siegesfeiern in New York. Dabei mutet seine Biographie an wie aus dem Handbuch der Sozialromantik, Abteilung rasender Reporter. Er kam von ganz, ganz rechts (Klosterzögling), verdingte sich als Chauffeur eines Schweizer Industriellen in NewYork, baute Barrikaden in Paris, wurde durch Publikationsverbot und allerlei juristische Anfeindungen veredelt, quittierte bestbezahlte Stellungen und schlug so manches gutdotierte Angebot aus, heimste sich Schmähungen aller Art und Morddrohungen ein und avancierte doch zum »Starreporter« mit Charakter(kopf).

Gestorben an linker Melancholie, dem auf Erden wohl auch nicht zu helfen war, sagen die einen und verstehen nicht, daß am Ende der Meßdiener Niklaus den Frontreporter Meienberg, der St. Galler Moralist den kosmo-politischen Kopf, der linke Querulant die auflagenpuschende Edelfeder einfach umbrachte und sich dadurch selbst erlöste.

PS: Meienbergs »beliebte Aufschreie gegen die Hartherzigkeit der Bourgeosie« sind im Limmat-Verlag erschienen. Sein letztes von insgesamt vierzehn Büchern, *Zunder*, ist bei Diogenes erhältlich.

Rudolf Mandler ist freier Autor und lebt in Frankfurt/M.

Konkret 11/93, S. 48

Franz Josef Degenhardt

Buch des Monats: Ja, so haben sie's gemacht

Günther Jacob: Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer. Texte zu Rassismus und Nationalismus, HipHop und Raggamuffin. Edition ID-Archiv 1993, 240 Seiten, 26 Mark

Es war von Anfang an ein Mißverständnis, in neuzeitlicher Populärmusik – ob Rock, ob Pop, ob Punk, ob Hip, ob Hop – mehr zu sehen als das, was sie ist: populäre Musik. Nachdem man nun nicht mehr nur danach tanzt, Wunderkerzen schwenkt und sowas, sondern auch abfackelt, wird manches deutlicher. Wenn Nazi-Burschen und -Mädels zum Beispiel sich von Punk und Heavy Metal fürs Aufklatschen stimulieren lassen, eigene Kapellen gründen, die gleichen Musiken spielen und widerwärtige Lieder dazu singen (allerdings: Die wirkliche Begleitmusik zu den brennenden Häusern von Turko-Deutschen ist nicht der Punk der Skins, sondern die gemütliche deutsche Volksmusik), dann dämmert's auch gläubigsten Rock-Poeten, Sozialarbeitern, Musikjournalisten: Es ist wohl nichts mehr mit dem großen Ding, das diese U-Musik sein sollte: authentischer Ausdruck der Nicht-Vereinnahmbarkeit, Opposition zum Real-Existierenden, vielleicht sogar der Klang, der die bürgerlichen Verhältnisse zum einstürzenden Tanzen bringt.

Aus der Traum!

Dabei hätte man von Eisler erfahren können: Musik ist eine Hure; populäre Musik allemal, für deren Singer & Dancer sie zum Beispiel die Chance bietet, aus dem Kleine-Leute-Milieu und dem noch darunter aufzusteigen ins Paradies von Prominenz und Großverdienern. Rock'n'Roll und dergleichen, das steht also jetzt fest, kann auch Musik für Rassisten sein.

Ob überhaupt irgendwelche Musik, etwa Nono-Suiten oder Free Jazz, in ihrer Vielschichtigkeit sich faschistischer Gefühle und Gedanken widersetzt, wer weiß das? Jedenfalls sollte man nicht überrascht sein, wenn demnächst friedensliebende Bellizisten, fremdenfreundliche Nationalisten, Worldpeace-Spezialisten aller Art für Archie Shepp oder Hans Werner Henze schwärmen. Das weiß man hierzulande schließlich von früher oder sollte es wissen: Heydrich liebte Beethoven, Goebbels Swing-Jazz (den er öffentlich verurteilte).

Quoi qu'il en soit: Wie Hoch-Musik die feinen, bringen Rock & Pop, Punk, Hip& Hop usw. plebejische Haltungen, Gefühle, Vorstellungen zum Ausdruck, und die sind weißgott nicht immer politically cor-rect. Schmuddelkinder spielen nie saubere Spiele.

An der Idee, wonach Rock'n'Roll und alles, was damit zusammenhängt, Triebe & Sehnsüchte & Wünsche und schließlich Gedanken & Taten gegen den bestialischen Sozialdarwinismus freisetze – eine Idee, welche die Musikkonzerne nie störte –, haben vor allem Musikfeuilletonisten mitgeschrieben, Leute, zumeist aus dem Jugend-Journalismus kommend, die weder Noten lesen, geschweige denn vom Blatt spielen oder singen können. Sie sind die Animateure der weltumspannenden, Lebensstil und Konsum prägenden, die gesamte Stahlwirtschaft an Umsatz und Gewinn weit hinter sich lassenden Branche. Mit den Verbrauchern, Kunden, Fans verständigen sie sich in jener Mixtur aus angloamerikanischem Musiker- und Branchen-Slang, Jugendjargon, Namedropping, Trend-, Fashion- und Starkult-Geschwafel.

Aber einige unter ihnen gibt es, oft im Umkreis der Zeitschrift »Spex«, die die laufenden Produkte populärer Musik zu decodieren versuchen, ihre Einbettung in ihre sozialen und diskursiven Zusammenhänge offenlegen, das Verhältnis von Ästhetik, Politik und Ökonomie darstellen, also sowas Altmodisches tun wie Aufklärung betreiben, wenn auch häufig im Kostüm von Style & Fashion und im Idiom des Fanzine-Kauderwelsch. Sonst würden ihre Adressaten, die Fans, das auch vermutlich nicht akzeptieren. (Camouflage ist aber wohl auch deshalb nötig, weil der zahlenden Branche, in der auf Deubelkommraus plagiiert wird, jede Art von Erhellung grundsätzlich geschäftsschädigend scheint.)

Von Günther Jacob erschien eben ein Paperback bei Edition ID-Archiv, *Agit-Pop* betitelt, das ein bestimmtes Genre neuer populärer Musik zum Gegenstand hat: HipHop, Reggae, Raggamuffin und Verwandtes, ein aktuelles Genre, ständig in MTV präsent, überall in den Clubs zu hören, wo danach getanzt wird – also in Mode. Hörer aller Länder mögen es, auch und gerade viele »Weiße«, weshalb die Unterzeile lautet: »Schwarze Musik und weiße Hörer«, was provokativ genommen werden muß, weil Schwarz und Weiß natürlich keine Kategorien für Musik und ihre Hörer sind oder sein sollten. Der Beweis für den verquast ideologischen Charakter solcher Bezeichnungen ist unter anderem Thema des Buches.

Jenseits aller Mode aber ist diese Musik gegenüber populärer Musik anderer Genres von besonder Art und Weise. Einmal, weil sie die gerade hierzulande typische Trennung von Pop und Politik, Lebensstil und Sozialstruktur negiert (für absolute Nicht-Kenner: Es handelt sich in der Regel um stark textbezogene, oft soziale und politische Sachverhalte und deren Erscheinungsformen im Alltag betreffende, tanzbare Songs afro-amerikanischer, karibischer Herkunft). Dann bietet das Ganze vor allem für viele Jugendliche in erster, zweiter, dritter Welt ähnliche Identifikationsmuster wie für eine ältere Generation einstmals etwa Bebop. Das hängt womöglich damit zusammen, daß die HipHop- und Raggamuffin-Musiker ihre Themen, die verheerende Ghettoisierung zum Beispiel (das war auch Charlie Parkers Thema), am eigenen Leibe

erlitten haben und teilweise noch erfahren und die Erlösung daraus mehr als ernst meinen, was man sehr genau merkt. Das gibt ihnen eine andere Authentizität als zum Beispiel den mittlerweile zu wohlständigen und wohlanständigen Golf-Lords aufgestiegenen Rock-Größen, deren Verzweiflungsschreie und Rumgetöse und Gezappele ja an keinerlei Schreckensanlässe mehr gebunden scheint, es sei denn an ein allzu mieses Handicap. Und am Interessantesten: Diese Musik ist vor allem in den USA und in Britannien Teil einer Opposition, die sich als »schwarze« Opposition versteht. Und weil diese so genannte »schwarze« Opposition Teil einer weltweiten – meinetwegen nur noch oder erst wieder in Ansätzen sich zeigenden – antiimperialistischen Opposition ist (und vielleicht sogar ein neues Weltproletariat erreicht), sollten auch diejenigen, die an solcher Opposition interessiert sind, sich für diese Art Musik, die sie normalerweise nicht fasziniert, interessieren. Gerade auch für sie lohnt es sich, Günther Jacobs *Agit-Pop* zu lesen.

Tatsächlich geht von HipHop, Reggae und deren Verbindung Raggamuffin eine eigenartige Faszination aus – von diesem Hinziehen und Loslassen im weichpulsierenden Uplifting-Gefühl des Reggae, dem gurgelnden Parlando oder dem Rapping im saugenden Groove von HipHop und deren diversen Mischungen, gespielt, gesungen, getanzt von Gruppen und Solisten wie Public Enemy, Jungle Brothers, X-Clan, Linton Kwesi Johnson, Apache Indian, Arrested Development, Ice Cube, Disposable Heroes of Hiphoprisy, Lieutenant Stitchie, Roxanne Shante, um nur die bekanntesten mit den schönsten Phantasienamen zu nennen. Das fasziniert auch dann, wenn man, wie's wohl sehr vielen ergeht, das meiste im Text überhaupt nicht oder nur so eben mal versteht. Obwohl einem dann Wesentliches entgeht: neben dem wirklich Gemeinten und den Feinheiten der mit dem Inhalt korrespondierenden Lautmalereien vor allem der inhärente, plebejische, aggressive, teilweise brutale Witz, der – und gar nicht mal so selten – in rassistisches, männlichkeitsprotzendes und ethnochauvinistisches Dummgequatsche abgleiten kann.

Günther Jacob versteht das alles sehr genau – ein Afficionado. Sonst könnte er sich, bei aller Liebe und Neugier und trotz aller Wichtigkeit des Untersuchungsgegenstandes für einen Radikallinken, der er ist, kaum derart und in praxi einlassen, nicht dermaßen eintauchen in den Szenedschungel am Ort, den US- und Britain-Ghettos mit Black Muslims, Black Marxists, Afrozentristen, Globalisten, den Black communities, in denen neben ernsthaften Leuten, radikalen Universalisten, Sub- und Upproleten schmuckbestückte Ghettofürsten, Black dandies, Hipster, Hustler, Pimps, verrückte Priester und beknackte Propheten und Politruks herumschwirren – und das ganze oft in einer grotesk-obskuren Mischung. Gerade das nun wieder fasziniert auch Middle-class-kids all over the world, und man fragt sich natürlich, warum die Jungs und Mädels in ihren aufgeräumten Jugendzimmern und nachts beim Disco-Schwof so abfahren auf dieses Ghetto-Feeling, das ihnen HipHop, Raggamuffin so lebensnah rüberbringt. Daß ihr emphatischer Bezug in erster Linie den dissidenten Anteilen dieses Genres gilt, gibt der Sache einen besonderen Hautgout und etwas Ambivalentes, gerade weil sich in der Ästhetik des HipHop die Zeichen des Widerstandes gegen »das System« mit den Zeichen sozialdarwinistischer Überlebenskunst mischen. Tatsächlich zeigt sich ja auch in den Äußerungen und im Outfit erfolgreicher HipHop- und Raggamuffin-Musiker zuweilen exakt, »wie ihr Wunsch nach einem bes-seren Leben in frenetisches Einverständnismit den konkurrenzkapitalistischen Re-geln, nach denen die Lebenschancen auchin den Ghettos verteilt werden, umgeschla-gen ist«.

Günther Jacob – er macht in Dancing-halls und -clubs manchmal den DJ (in guter Menschenfischer-Tradition, wonach man an die jungen Leute da herankommen muß, wo sie ihre Freizeit verbringen) – weiß, wovon er redet, wenn er von einer gewissen Gefahr spricht, die ausgeht von der HipHop-Mode, deren Survival- und Risiko-Signale und -Attituden von den Rezipienten gern als Zeichen einer notwendigen Mobilmachung für die auch im eigenen, noch abgefederten Milieu erwarteten härteren Zeiten empfunden und akzeptiert werden. Damit ist eine Bruchstelle aufgezeigt, die Einlaß gewährt für einen Rassismus der feineren Art, der mit Sprüchen wie »Anerkennung der Differenz« und sowas daherkommt, jedenfalls einem weit weniger vulgären Rassismus als dem der doofen Glatzen. So mischt sich auf der Rezeptionspalette der ghettofernen »weißen« Fans das Gefühl der restlos Begeisterten, das keinerlei Kritik an ihren Helden zuläßt nach dem Motto »Was immer die auch wollen, es sind unsere Freunde«, mit der links-zynischen Haltung »Die müssen da durch, das kann ihnen nicht erspart werden, weil niemand Bewußtseinsstufen überspringen kann« und mit der Vorstellung fashionabler Neurechter und Edel-Nazis, die die Idealisierung von Street-culture, charismatischen Helden, Körperkultur – wesentliche Botschaften im HipHop und Raggamuffin – umso eifriger betreiben, je mehr und öfter sich die »Schwarzen« selbst ethnozentristisch, rassistisch etc. gebärden. »So bekommt der Ethno-beat einen anderen Klang, wenn er statt vom antirassistischen Widerstand synchron zum Takt der weltweiten Nationalismen pocht.«

Wohl wahr! Und dem will Jacob entgegenwirken, indem er zum Beispiel den »weißen« Hörern seine Auseinandersetzungen mit den Herstellern dieser »schwarzen« Musik vorführt. In seinen Interviews und Streitgesprächen mit Musikern, Machern, Ideologen – oft in einer Person – geht er hart und klar zur Sache, wo die ihren Mischmasch aus Sexismus, Afrokult, Black-is-the-best usw. rauslassen, ohne aber in jenen Linkshochmut zu verfallen, der alles schon besser kennt. Er weiß nämlich, daß es einen Unterschied macht, ob ein rassistisch Malträtierter rassistisches Zeugs schwatzt oder ein Herrenmensch. Für den einen gibt es nämlich ein Menge Gründe, sich deswegen – nämlich wegen jahrhundertelanger Erniedrigung unter dem Vorwand, er gehöre einer niederen Rasse an – ein Selbstbewußtsein zu besorgen, und sei es nunmehr wegen »höherer Rasse«.

Ob einige Interviewpartner immer begriffen haben, was Jacob ihnen da verklickert, nämlich, daß vor dem Hintergrund einer sich parallel zur kapitalistischen Internationalisierung entwickelnden Renaissance »nationaler Identität«, »ethnisch« begründeter Bürgerkriege und faschistischer Pogrome die Selbstethnisierung vieler Afro-Amerikaner grad das Falscheste und kontraproduktiv ist – nun ja. Im übrigen unterschlägt er selbstverständlich nicht diejenigen Musiker und Macher – und davon gibt's einige – die singend oder sagend überhaupt nichts Rassistisch-Chauvinistisch-Sexistisches und dergleichen von sich geben. Oder die sogar das sind, was man mit aller Ironie, aber richtig verstanden, »politically correct« nennen darf.

Den Nicht- oder Noch-nicht-Fans, auch den Nicht-Musikanten unter ihnen, seien zum Schluß vor allem auch jene Abschnitte aus *Agit-Pop* empfohlen, welche Soziologie und Geschichte der Afro-Amerikaner in den USA beschreiben und analysieren – ihre Clans, Klassen, Schichten, Gruppierungen, die Befreiungskämpfe, die Assimilations- und Integrationsversuche, die gelungenen und mißlungenen Aufstände und Riots von den Anfängen in Sklaverei über die Bewegung unter Führung von Martin Luther King, die Black Panther (deren prominenteste Aktivisten nachts im Bett, im Gefängnis, auf der Flucht ermordet wurden: ein besonders infames, doch typisches Beispiel imperialistischer Bestialität) – bis heute zu den wohl immer mehr in Partikularinteressen zerfallenden und sich gegenseitig bekämpfenden Gruppierungen der Black communities. Aber die Vorstellung, die verschiedenen Positionen in den Black communities seien einfach mit der »Lage der Schwarzen« zu erklären, ist – so Jacob zu Recht – Unsinn. Er zitiert dagegen aus einem Interview des Lebenslänglichen Ex-Panthers Geronimo Pratt von 1992: »Als die Black Panther Party vom Staat zerschlagen wurde, war klar, daß die Vorbilder für die jüngere Generation die Drogendealer und Zuhälter sein würden – das war genau das, was die US-Regierung wollte. Die nächste Entwicklung war die Entstehung von Gangs und der damit verbundenen Gangster-Mentalität anstelle der revolutionären, progressiven Identität, die wir den Jugendlichen vermittelt haben.«

Ja, so haben sie's gemacht. Es kann also auch wieder verändert werden, und man ist ja schon dabei. Sogar mit guter Musik.

Franz Josef Degenhardt sprach in KONKRET 9/90 mit Oliver Tolmein über den politischen Kampf in der BRD

Konkret 11/93, S. 50

Chris Toffel

Branchenrätsel

Die »Spiegel«-Konkurrenz »Focus« hat Bewegung in den Zeitschriftenmarkt gebracht

Wer die »Frankfurter Allgemeine« vom 30. August 1993 gelesen hat, ist über ein Interview mit dem »Marketingleiter« der »Woche« gestolpert, in dem dieser unwidersprochen behauptete, daß sein Blatt »100.000 Käufer erreicht, davon weit mehr als 10.000 Abonnenten«.

Abozahlen neu im Markt auftauchender Zeitschriften sind schwer zu überprüfen, aber die »taz« bemerkte am 21. September ganz richtig, daß »der Verlag der ›Woche‹ die Auflage hochrede«. Die ganze Branche rätselt, woher die 90.000 einzeln Verkauften denn kommen sollen, wo doch über den klassischen Weg des Pressegroßhandels oder -grossos nicht einmal 20 Prozent davon zu entdecken sind.

Ob eine neue Zeitung »marktgängig« ist, wie es im Pressevertriebschinesisch heißt, entscheidet sich im sogenannten Einzelverkauf, und zwar nicht am Kiosk, sondern im Supermarkt. Die Hälfte des Umsatzes im Presseverkauf wird in den Lebensmittelmärkten gemacht. Insgesamt knapp 130 Großhändler haben den Pressevertriebsmarkt monopolartig (außer Berlin, Hamburg, Düsseldorf) unter sich aufgeteilt. Der Großhändler, der in einer Stadt oder Region alle Verkaufsstellen beliefert, bestimmt per elektronischer Verkaufsanalyse fast alleine, welche Zeitschrift an welche Verkaufsstelle geliefert wird. Seine Abrechnungssysteme sind so effektiv, daß sie ihm fortlaufend Daten darüber liefern, wo nicht, gut oder ausverkauft wird. Das hat zur Folge, daß Zeitschriften, die sich gut verkaufen, immer größer werden, während kleinere Objekte, die sich, wie z.B. KONKRET, keine hohen Druckrechnungen und viele Remittenten leisten können, zunehmend Probleme haben, im Handel überall präsent zu sein.

Nicht durch die »Woche«, aber durch ein anderes Wochenobjekt ist Bewegung in diesen Markt gekommen. Hier soll nicht der Inhalt der Wochenzeitschrift »Focus« betrachtet werden, sondern jene Fakten, die im Bereich des Vertriebsmarktes der Pressegroßhändler in Korrelation mit dem Konkurrenten »Spiegel« recherchiert werden konnten.

Der »Spiegel« hat die »Focus«-Konkurrenz zu spüren bekommen. Er hat im laufenden Jahr insgesamt 3,3 Prozent seiner verkauften Auflage verloren und mit insgesamt 1,07 Millionen Exemplaren sein schlechtestes Ergebnis seit Angliederung der DDR an die BRD erzielt.

Im Pressegroßhandel der alten Bundesländer stellt sich ein Vergleich ausgewählter Ausgaben der beiden Konkurrenten wie folgt dar (hochgerechnete Schätzung auf der Basis von ca. 60 Grossisten):

HeftNr. »Spiegel« »Focus«

verk.Ex. verk.Ex.

10/93 492.000 420.000

11/93 532.000 405.000

16/93 418.000 293.000

17/93 355.000 303.000

23/93 468.000 295.000

24/93 539.000 360.000

27/93 523.000 332.000

31/93 453.000 320.000

Mit der Nr. 17/93 wäre der »Spiegel« beinahe hinter seinen Konkurrenten zurückgefallen. Doch hat sich die Auflage mit der Nr. 20/93 wieder zwischen 450.000 und 500.000 verkauften Exemplaren im Einzelhandel stabilisiert. Die »Focus«-Auflage pendelt sich bei 310.000 bis 350.000 ein. Wie empfindlich diese Bewegung aber ist, wird daran deutlich, daß im Pressegrosso Ostdeutschlands »Focus« mit rund 30.000 verkauften Exemplaren knapp vor dem »Spiegel« bleibt. Wen wundert da noch, daß das doch sonst so arrogante Hamburger Magazin großzügig wirbt und plötzlich redaktionelle Gestaltung und Layout auflockert.

Was juckt das KONKRET, wird sich jetzt der geneigte Leser / die geneigte Leserin fragen. Bei genauerem Hinsehen kann man bei der »Spiegel«-»Focus«-Rivalität im Einzelverkauf erkennen, wie stark sich der Pressemarkt verändert hat.

Im Pressegrosso kann über die Feststellung, wer wo was kauft, sehr genau eruiert werden, woher die Käuferinnen und Käufer eines neuen Produktes stammen. Als »Focus« neu auf den Markt kam, waren die Hälfte seiner Kunden Doppelkäufer, d.h. Leute, die die neue Zeitschrift zusätzlich zum »Spiegel« kauften. Die übrigen kamen dort dazu, wo die

Boulevardpresse überdurchschnittlich verkauft wird. Hier ist die Erklärung leicht. Die am meisten abhängige Schicht der Dienstleistungsgesellschaft, die sich aus Rücksicht auf Kundschaft und Vorgesetzten dem »Spiegel«-Konsum unterziehen muß, fand im »Focus« eine rasch und leicht lesbare Alternative. Das überrascht nicht. Überraschend dürfte eine andere Tendenz sein: Dort, wo die Intelligenz nachwächst und wo noch bis Mitte 1990 auch neue KONKRET-Leserinnen und -Leser herkamen, hat »Focus« Marktpotentiale erschlossen, die bislang dem »Spiegel« direkt zuwanderten. Wenn das Burdaprojekt mittelfristig abgesichert wird und Themen besetzen kann, bei denen der »Spiegel« außer politischem Zynismus nichts zu bieten hat, werden die heutigen Studenten seine stabile Klientel von morgen sein. Für KONKRET, dessen Auflage stets mit dem kritischen Potential der Intelligenz stieg (oder sank), ist die Analyse dieser Erscheinung schmerzhaft, aber notwendig, weil niemand weiß, ob nicht doch irgendwann ein Massenorgan für aufgeklärte Publizistik benötigt wird.

Chris Toffel schrieb in KONKRET 7/91 über den schrumpfenden Mikrokosmos der sog. Linkspresse

Konkret 11/93, S. 54

Wulf D. Hund

Die Natur des Anoraks
Beruf: Neger

Beiträge zur Auseinandersetzung mit Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus« (KONKRET 8/93) und den Reaktionen darauf (KONKRET 9+10/93) von Wulf D. Hund und Bettina Hoeltje

Als in den USA die abolitionistische Bewegung anwächst und das Ende der Sklaverei für immer mehr Weiße denkbar wird, beginnen einige von ihnen, die Schwarzen zu parodieren. Die Minstrel Show ist geboren. Ihre Akteure sind weiße Sänger, die sich mit angesengtem Kork die Gesichter schwärzen. Grell gekleidet, produzieren sie sich singend und tanzend als karikierte Neger. Dabei erfinden sie zahlreiche Figuren, die zum festen Inventar der Minstrel Shows werden. Zwei von ihnen heißen Jim Crow und Jim Brown.

Jim Crow wird später einer ganzen Epoche in der Geschichte des amerikanischen Rassismus den Namen geben. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehört »Jump Jim Crow«, das Lied, das seine Figur inszeniert, zu den beliebtesten Stücken der Minstrelsänger. Ein populärer Kupferstich jener Jahre zeigt ihn als abgerissenen, aber fröhlichen, singenden und tanzenden Neger. In seiner Darstellung paart sich Verachtung mit Amüsement. Den ideologischen Hintergrund solcher Mischung formuliert 1837 Francis de Castelnau in seinem Bericht über das Leben der Schwarzen: »Nichts beweist die moralische Entartung des Negers besser als die Freude und die Zufriedenheit, die er im Zustand der Sklaverei zur Schau stellt. Nähern Sie sich einer Plantage, und die geräuschvollen Ausbrüche von Gelächter, die sie hören, werden Sie den Aufseher vergessen lassen, der mit seiner riesigen Peitsche herumläuft. Dann kommen die Ruhetage, und alles Elend der Woche wird bei den wildesten Tänzen und den lächerlichsten Kapriolen vergessen.«

Auch Jim Brown wird spöttisch als musikalisches Talent präsentiert. In dem Lied, das seine Figur bekannt macht, heißt es: »I'm a science nigger, mah name is Jim Brown, / And de one dat play music up an' down de town. / I can beat de cymbals an' I can beat de drum / An' all de fancy tunes dat a nigger could cum.« Der kunstfertige Schwarze preist sein Geschick, die ganze Stadt mit Niggermusik unterhalten zu können.

Jim Brown und Jim Crow sind Prototypen des »Tanzniggers«, eines Stereotyps des aufgeklärten Rassismus. Es spricht den Schwarzen bestimmte Fähigkeiten zu und diskriminiert sie gleichzeitig damit. Die angebliche musikalische und rhythmische Begabung des Tanzniggers ist auch sein Verhängnis. Dieses dialektische Vorurteil hat eine alte Tradition. Besonders griffig faßt es die »Monthly Review« von 1762. Sie weiß zu berichten, daß die Neger beim ersten musikalischen Ton alles stehen und liegen lassen, um sich dem Tanz hinzugeben. Dabei verlieren sie die Kontrolle über sich. Das bezeuge die Geschichte eines weißen Fiedlers, den einige Schwarze auf den Knien angefleht hätten, sein Spiel zu beenden. Sie könnten nicht aufhören zu tanzen, solange er musiziere und müßten, wenn er nicht innehielte, an Erschöpfung zugrunde gehen.

Solche Botschaft ist eindeutig und trifft auf offene Ohren. Sie vermittelt ein vielstimmig variiertes Motiv, dessen Grundfigur das »Gentleman's Magazine« von 1788 anklingen läßt: »The Negro is possessed of passions not only strong but ungovernable.« Die Sklaverei findet sich in die Triebstruktur der Schwarzen verlegt. Sie seien, da sie sich nicht beherrschen könnten, Sklaven ihrer Gefühle.

Diese Auffassung naturalisiert eine soziale Differenz und erlaubt so die Aufrechterhaltung der Sklaverei als Habitus auch nach ihrer Abschaffung als Politik. Mit einem der zahlreichen einschlägigen Lieder stimmen die Christy Minstrels um die Mitte des 19. Jahrhunderts ihr Publikum darauf ein: »Now darkies, sing and play, and make a little fun. / We'll dance upon de green, and beat de Congo drum.« Auf geht's, singen die fröhlichen Schwarzen, laßt uns Spaß haben und trommeln. Mehr als die Freiheit, tanzen zu können, wollen wir gar nicht.

Vor solchem Hintergrund können schließlich Schwarze selbst als Minstrels auftreten. Dazu ist es freilich zunächst unerläßlich, daß auch sie sich das Gesicht schwarz und die Lippen üppig rot oder weiß schminken. Nur indem sie das von Weißen entworfene Kostüm des Tanzniggers überstreifen, werden sie von diesen als tanzende Schwarze akzeptiert. Durch sie wird die Figur des fröhlich musizierenden und tanzenden Negers von Darstellern wie Pigmeat Markham weit ins 20. Jahrhundert hineingetragen. Noch in den fünfziger Jahren reproduziert Louis Armstrong die Mimik der Minstrels.

Unter diesen Auspizien geben die weißen Konstrukteure und Interpreten des Tanzniggers neben dem Element des Unbekümmerten auch dem des Unkontrollierten Raum. Haben sie ersteres als Ausdruck kindlicher Naivität verstanden, so fassen sie letzteres als Residuum von Wildheit auf. In ihm lassen sich Exotismus und Zivilisationskritik zu einem unterhaltsamen Cocktail vermischen. Die Harlem Renaissance der zwanziger und dreißiger Jahre wird in der Erzählung »Nigger Heaven« von Carl van Vechten als Revolte der Wilden gegen die Zivilisierten gefeiert. Sie kann nicht nur gefahrlos zugelassen werden, sondern man kann auch problemlos an ihr teilhaben. Die Safari wird durch die Fahrt nach Harlem ersetzt, wo im Cotton Club zu den Klängen von Duke Ellingtons Jungle Blues domestizierte Ursprünglichkeit

inszeniert wird. In solchem Klima vollzieht sich unter anderem der Aufstieg Josephine Bakers von der komischen Nummer eines Musicals zur schwarzen Venus der Revue Nègre.

Aber haben denn nicht Josephine Baker und Louis Armstrong durch ihr Talent das ihnen vorgegebene und aufgezwungene Stereotyp immer wieder auch fragwürdig erscheinen lassen? Demonstrieren sie damit nicht zur Genüge die Differenz zwischen natürlicher Begabung und ideologischem Klischee? Triumphiert in ihnen nicht das von Joachim Ernst Berendt in seinem »Jazzbuch« beschworene »rhytmische( ) Gefühl der Neger« über dessen rassistische Verballhornung durch die Weißen? Bleiben in ihnen nicht, wie Carlo Bohländer in seiner Geschichte des Jazz schwadroniert, »die Neger an ihrer rhythmischen Begabung kenntlich, in der sie den Weißen überlegen sind?«

Stehen sie also nicht gerade dafür, daß es sich bei der Einteilung der Menschheit in Rassen um eine analytische Vorgehensweise handelt, die nicht nur Immanuel Geiss in seiner »Geschichte des Rassismus« für legitim hält, wenn er Rassen »einen der Sache nach akzeptablen Tatbestand« nennt, der die »tiefgreifende(n) Unterschiede zwischen verschiedenen Menschengruppen« reflektiert? Müßte nicht angesichts ihres Beispieles behauptet werden: »Es gibt nun einmal Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber und rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von anderen unterscheiden, und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt, so absurd wäre es, ihn zu leugnen«?*

Mit solchen Äußerungen wirbt nicht nur Christoph Türcke für die Berechtigung des Rassenbegriffs. Bei ihm wird hierzu das Motiv vom Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur intoniert. Das hört sich zunächst wie Sirenenklänge aus dem Oratorium Kritik der politischen Ökonomie an, entpuppt sich freilich schnell als Modulation. Denn während Stoffwechsel bei Marx eine Metapher für Arbeit ist, meint er bei Türcke umgekehrt Prägung. Versteht Marx unter Arbeit die sozial organisierte aktive Veränderung der äußeren wie eigenen Natur durch die Menschen, so predigt Türcke, der »Stoffwechselprozeß ha(be) den Menschen ... zahllose Verschiedenheiten ein- und aufgeprägt«. Untersucht Marx die ungleiche Verteilung der Arbeiten wie ihrer Produkte unter dem Aspekt der Herrschaft, so will Türcke lieber gleich »zugeben, daß die Natur ihre Huld innerhalb der Rassen wie auch zwischen ihnen nicht ... gleichmäßig verteilt«.

Er knüpft damit an die historische Entwicklung des Rassenbegriffs an. Sie ist weder von erfahrungswissenschaftlicher Bescheidenheit noch von unbefangenem Ordnungssinn gekennzeichnet. Das gilt bis heute. Wollte man lediglich ungleiche Verteilungen von Pigmenten, Sichelzellengenen, Lactasepersistenz u.a.m. diskutieren, bedürfte es des Begriffs der Rasse nicht. Tatsächlich hat sich denn auch dessen Verwendung damit nicht beschieden, sondern in ihm Natur und Kultur amalgamiert.

Dagegen ließe sich einwenden, ihr sei auch nichts anderes übrig geblieben; denn die Herausbildung derjenigen rezenten Differenzen zwischen den Menschen, die sie mit dem Rassenbegriff zu fassen sucht, ist relativ jungen Datums und deswegen von soziokulturellen Entwicklungsprozessen nicht zu trennen. Doch reagieren die unterschiedlichen Rassentheorien auf solche soziale Kontamination ihres Gegenstandes nicht etwa mit einem kritischen Programm. Sie nutzen sie vielmehr als glückliche Fügung und flotieren ihr ohnehin nicht reines biologisches Material ungeniert mit ästhetischen, psychischen, sozialen und kulturellen Daten. Über die »feuchte Hitze« Afrikas mutmaßt mit derart synkretistischer Entschlossenheit etwa Immanuel Kant in seiner Abhandlung »Von den verschiedenen Rassen der Menschen«: ihr »entspringt der Neger, der seinem Klima wohl angemessen, nämlich stark, fleischig, gelenk, aber unter der reichlichen Versorgung seines Mutterlandes faul, weichlich und tändelnd ist«.

Solche Bestimmung enthält bereits die Antwort auf Türckes scheinheilige Frage: »Warum nicht die schwarze, weiße, gelbe, rothäutige Variante der Menschheit, wie Kant es tat, als Rassen definieren ...?« Sie weist darauf hin, daß der Begriff der Rasse mehr umfaßt als natürliche Gegebenheiten, daß Rasse keine »simple Tatsache«, sondern eine soziale Konstruktion ist. Türckes Behauptung, »Menschenrassen sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte« bleibt dem gegenüber ignorant.

Freilich bedarf auch die soziale wie alle Konstruktion der Bausteine. Sie sind ohne Naturbezug nicht zu haben. Gleichwohl entwirft Kant seinen starken, faulen, gelenken, tändelnden Neger schon bei der Farbgebung nicht durch Beobachtung der angeblichen »Naturdifferenz von schwarz und weiß«, sondern mit Hilfe einer sozialen Kategorie. Sie enthält das bereits in der Antike begrifflich fixierte Schwarzweißschema für Häufungen unterschiedlich starker Pigmentierung, die einerseits von mittleren bis dunklen braunen und schwarzbraunen Tönen, andererseits von hellrötlichen bis mittelbraunen Tönen reicht. In ihr finden sich ferner Spurenelemente einer von christlicher Kosmologie und Schöpfungsgeschichte geprägten Farbsymbolik, die Kant u.a. zur Spekulation über eine weiße Urrasse verleitet. Und über ihr liegt schließlich der Schatten des afrikanisch-europäischen und transatlantischen Sklavenhandels, der den Neger in die Zivilisation befördere, die er selbst, zwar stark, aber eben auch faul, alleine nicht zustande brächte.

Mit der Entwicklung des Kolonialismus wird das bei der Konstruktion der Schwarzen erprobte Modell auch auf die Völker Amerikas und Asiens angewandt. Spätestens jetzt zeigt sich die soziale Dimension dieses Vorgehens. Denn die Berichte

über Indianer und Chinesen lassen über hundert bis zweihundert Jahre nichts von deren roter oder gelber Haut verlauten. Vielmehr werden die einen gelegentlich als weiß und überwiegend bräunlich, die anderen nahezu ausschließlich als weiß beschrieben. Gleichwohl finden sie sich endlich als rote und gelbe Rasse wieder. Den Rohstoff hierfür gibt die Natur nur noch mittelbar her. Er wird den von den Indianern beim Schminken bevorzugten Rottönen und der herausragenden Stellung des Gelben auf der Farbskala der Chinesen entnommen und deren Haut aufgeherrscht. Als Instrument dafür dient eine Verbindung aus humanistisch-aufklärerischer Erkenntnisgewißheit, der am europäischen Entwicklungsweg orientierten Geschichtsphilosophie einer stadialen Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft, zivilisatorischem Sendungsbewußtsein und kolonialem Interesse. Die Aufteilung der Menschheit in weiße, schwarze, rote und gelbe Rassen verdankt sich nicht der Huld der Natur, sondern kulturellem Dünkel und rassistischem Kalkül.

Vor dem Hintergrund solcher Einstellungen ist nachdrücklich darauf bestanden worden, daß die Farbe der Haut mit angeblich nicht minder natürlichen Bestimmungen der Schönheit, der Seele und des Verhaltens einhergehe. Afrikaner sind deswegen, wie Kant weiß, nicht nur schwarz, stark und faul, sondern auch gelenkig und tändelnd. Die Natur hat eben auch für die Bedingungen der Möglichkeit des zukünftigen Tanzniggers Sorge getragen. Um 1830 postuliert Richard Lander: »In Afrika läßt sich Gesang von Tanz so wenig trennen wie die Farbe von der Haut.« Und noch 150 Jahre später wirbt das Magazin »Szene Hamburg«: »Konzerte mit Kool & The Gang sind immer ein Erlebnis: ein Haufen Schwarzer, die tanzend und geil in brustfreien Glitzerhemden und knackigen Lederhosen ihrem Beruf als Neger nachgehen.« Diese Parole unterscheidet sich analytisch nicht von der Behauptung, die Natur habe weiße, schwarze, rote und gelbe Rassen hervorgebracht. Doch selbst sie kann sich auf den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur beziehen. Freilich ist der auch hier wieder nur als sozialer Prozeß zu begreifen. Rhythmus haben die Menschen nicht im Blut, sondern entwickeln ihn in ihren wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Beziehungen. Dabei bilden sie u.a. auch Tanzkulturen aus, die von Sinnlichkeit und Kommunikation, Metaphysik und Leidenschaft geprägt sind. Die Entwicklungen des Tanzes in Afrika und Europa stehen sich darin in nichts nach. Erst die erfolgreiche Verschmelzung von Christentum und Kapitalismus trennt ihre Wege und Bewertungen. Noch im ausgehenden 15. Jahrhundert aber muß Geiler von Kaysersberg gegen den in die unteren Klassen gefahrenen Tanzteufel anpredigen. Dabei stört ihn vor allem zweierlei – daß man »solche unziemliche Üppigkeit unter dem Tanzen« treibe und dieses »also säuisch und unflätig« verlaufe. Kaum anders klagt der Kapuzinerpater Cavazzi zweihundert Jahre später, ihre Tänze würden »von den Mohren mit überflüssigem Unmaß ausgeübt« und diese führten »dabei die schändlichsten und unehrbarsten Gebärden aus«.

Die zivilisationsfördernde Einsicht, daß Sinnlichkeit sich nicht rechnet, führt schließlich zu einer rassistischen Trennung des Tanzverhaltens von Afrikanern und Europäern. In den weißen Bilderwelten wird sie ikonisch freigesetzt und als Gegensatz von Wildheit und Kultiviertheit dargestellt. Er ist selten eindrucksvoller als mit der beobachtenden Distanz und ideologischen Delikatesse Adolph Menzels gemalt worden. Bildern wie dem »Ballsouper« und dem »Flötenkonzert« kontrastiert das Aquarell »Die Zulus«. Es zeigt schwarze Tänzer von ihrer vorgeblich ungeschminkten Seite. Daß auch sie inszeniert ist, bleibt nicht verborgen. Das gesamte Arrangement verweist auf das Ambiente der Weltausstellungen und Völkerschauen. In ihm wird der soziale Gehalt der rassistischen Konstruktion nachdrücklich vom biologistischen Augenschein simpler Tatsachen überlagert.

Deren Interpretation liefert Menzel vorsorglich mit. Seine Neger tanzen auf einer Bretterbühne vor einem grob mit Dschungelmotiven bemalten Vorhang. Der auf ihm entspringende Tiger trägt statt der charakteristischen Fellzeichnung die Aufschrift »Niemand wandelt ungestraft unter Palmen«. Sie verweist den gebildeten Betrachter auf seine Lektüre von Goethes »Wahlverwandschaften«. Dort werden eingehende Überlegungen zum Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur und deren prägender Kraft angestellt: »Mit den Bäumen, die um uns blühen, ... haben wir ein wahres Verhältnis, sie sind unsere echten Kompatrioten... Es gehört schon ein buntes geräuschvolles Leben dazu, um Affen, Papageien und Mohren um sich zu ertragen. Manchmal ... habe ich den Reisenden beneidet, der solche Wunder ... sieht. Aber auch er wird ein anderer Mensch. Es wandelt niemand ungestraft unter Palmen.«

Wer allzu lange den landsmännischen Schatten einer Eiche mit dem exotischen einer Palme tauscht, wird nicht nur ein anderer Mensch, sondern sein Anderssein ist auch eine Strafe. Denn er begibt sich in die Wildnis, wo der Mensch zum Wilden wird. Menzel setzt diese Botschaft kongenial ins Bild und läßt an seiner Antwort auf Türckes spätere Frage, »wie das Äußere aufs Innere wirkt und Art und Richtung körperlicher und geistiger Aktivität beeinflußt«, keinen Zweifel. Mensch und Tier werden in innigste Verbindung gebracht. Die Tanzenden bewegen sich im Gleichklang mit der Natur. Die Posen der Neger gleichen denen der Tiere. Der rechts von der Palme herabspringende kleine Affe findet seine Fortsetzung in zwei nach oben geworfenen Beinen eines aus dem Bild hinausgesprungenen Schwarzen; der Schwerttänzer in der Bildmitte teilt seinen Bewegungsablauf mit dem an der Palme hängenden großen Affen über ihm, wie der rechts zu Boden gebeugte Tänzer seine weit hinter den Rücken ausschlagenden Arme mit den Flugbewegungen der Papageien zu koordinieren trachtet; links vom Tänzer mit den Schwertern versucht ein anderer, von dem wir nur Hinterteil und Fußsohlen sehen, die Rückansicht des davonspringenden Tigers zu wiederholen; und die Schlange findet ihre Entsprechung in der Tänzerin unten links, die sich aus der Hocke wie das Reptil aus der Kriechbewegung aufrichtet und wie dieses die Augen aufreißt und die Zähne zeigt.

Die Tänze der Schwarzen gelten nicht als autonome kulturelle Ausdrucksform (wie die musikalischen und tänzerischen Erbauungen der diversen Hofgesellschaften, die Menzel oft genug gemalt hat), sondern als Bewegungsmodus der Wildheit. Ihr Rhythmus soll kein Bewegung organisierendes kulturelles Maß, sondern Ausdruck bewegter Natur sein. Ihre Polyzentrik wird nicht als kulturelle Aneignungsweise, sondern als unwillkürliche Entäußerung begriffen. Natürliche Veranlagung schlägt kulturelle Entwicklung aus dem Feld. Der Neger tanzt aus nämlichem Anlaß, aus dem der Indianer jagt, der Zigeuner wandert und der Jude schachert.

Das liegt nicht an der Huld der Natur, sondern ist Ausdruck rassistischer Konstruktionen. Sie bedienen sich natürlicher und anderer realer Sachverhalte und verwenden auch fiktive Elemente. Im Falle des Tanzniggers werden sie vor dem Hintergrund äußerer oder innerer, vorhandener oder geforderter Kolonien und der in Verruf geratenen Sklaverei zu einem Stereotyp verarbeitet, das ebenso den Anspruch auf Herrschaft wie das Einverständnis mit ihr gleich in mehreren Dimensionen auszudrücken erlaubt.

Mit Türcke »Menschenrassen ... (als) Produkt der Naturgeschichte« zu begreifen, verbaut mit der Analyse der Rassenkonstruktion auch die Möglichkeiten der Aufdeckung ihrer herrschaftlichen Funktionen. Vor solchem Hintergrund nimmt es nicht wunder, daß »Rassismus ... eine Erscheinungsform von Fremdenhaß« und dieser eine der »ältesten und finstersten Regungen der Menschheit« sein soll. Durch solche biologistische Verdopplung wird Rassismus an die Psychopathologie von ehedem »durch die Wildnis irrenden Horden, die sich später Menschen nennen sollten«, gekoppelt.

Die rassistischen Konstruktionen sprechen freilich eine andere Sprache. Die Figur des Tanzniggers etwa enthält zwar die Vorliebe der Afrikaner, eher auf zwei als auf eins zu klatschen und Rhythmen musikalisch zu addieren sowie tänzerisch zu differenzieren. Diese selbst schon kulturell entwickelten und von den Europäern lange Zeit nicht verstandenen Verhaltensweisen stehen aber nicht für sich, sondern werden mit Erfahrungen aus deren Kampf um die protestantische Ethik aufgeladen und durch das Raster psychologischer und soziologischer Entwicklungstheorien gepreßt. In diesem Prozeß entsteht als Rohprodukt der unbekümmert hopsende und sinnlich mit dem Becken wackelnde Neger. Zu unterschiedlichem Gebrauch veredelt, dient es doch immer auch jener gleichzeitig differenzierenden und diskriminierenden Funktion, die schon Platon, der es sich noch erlauben konnte, den eigenen Unterklassen rassistisch zu begegnen, im Tanz erfüllt gesehen hat. Die Musen, so lehrt er in den »Nomoi«, würden niemals »einenso großen Fehlgriff begehen, mit der Rede von Männern die Körperwendung und Tonweise von Frauen zu verbinden und umgekehrt mit der Tonweise und Haltung Freigeborener den Taktschritt von Sklaven und Handarbeitern«.

*Christoph Türcke: Die Inflation des Rassismus. In: KONKRET 8/1993. Im folgenden nicht näher gekennzeichnete Zitate sind diesem Text entnommen.

Wulf D. Hund ist Professor für Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg

Konkret 11/93, S. 57

Bettina Hoeltje

Die Natur des Anoraks
Türckes Anorak

Beiträge zur Auseinandersetzung mit Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus« (KONKRET 8/93) und den Reaktionen darauf (KONKRET 9+10/93) von Wulf D. Hund und Bettina Hoeltje

Wir befinden uns in der Diskussion um Türckes Thesen an einem Wendepunkt, an dem sich Teile der Linken möglicherweise kompatibel machen für rassistische Denkmuster. Diese Debatte weist auf Lücken der linken Theorie hin; hier u.a. liegt der Resonanzboden, den seine Thesen auf dem KONKRET-Kongreß gefunden haben. Darüber hinaus mag die Funktion seiner Thesen für den linken Seelenhaushalt in folgendem Zusammenhang liegen: Wenn der Fremde erst einmal als das wirklich (signifikant und unveränderbar, weil »naturhaft« und erblich) Andere (Haut, Temperament, Begabung, Charakter, Neigung) identifiziert ist, wenn es weiter stimmt, daß es eine anthropologische Konstante ist, daß der Mensch auf »das Fremde« mit Angst und Schrecken reagiert, fällt dann nicht endlich ein Stein vom linken Herzen, für das es immer schwerer wird (es macht so einsam), eine oppositionelle Haltung zur staatlichen Abschottungspolitik einzunehmen? Türckes Analyse: »Die Situation ist so absurd, daß das einzig Menschenwürdige, nämlich die vorbehaltlose Öffnung der Grenzen für alle..., gegenwärtig in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände produzieren würde.« Es ist zu befürchten, daß er mit dieser Einschätzung nicht falsch liegt. Sein realpolitisches Minimalprogramm: »Man könnte«, so schreibt er, »weiterhin die heuchlerische Unterscheidung zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen angreifen und das Asylverfahren auch jetzt schon (?) weniger entwürdigend durchführen.« Und dies ist wohl das Dilemma: Wie ist es für Linke auszuhalten, das Recht auf die Abwesenheit von bürgerkriegsähnlichen Zuständen für sich zu reklamieren unter der Bedingung, daß der Bundesgrenzschutz die Fremden in den Bürgerkrieg zurückschickt? Eine theoretische Begründung von rassischer oder ethnischer Separation, die – gekoppelt an Kapitalismuskritik – »links« daher kommt, was könnte besser entlasten? Hier liegt meines Erachtens das Motiv für die Setzungen Türckes und den Beifall, den er erhielt.

Türckes Beitrag ist im Kern rassistisch; ich will dies im folgenden zeigen. Er selbst allerdings hält sich nicht für einen Rassisten und begründet das damit, daß er mit »Rasse« keineswegs »minderwertig« assoziiere. Auf der manifesten Ebene hat er damit – gutwillig betrachtet – zunächst recht. Nicht recht hat er allerdings auf einer untergründigen Ebene: Sein Text bietet Assoziationen an, die rassistische Vorurteile affirmativ bedienen, ohne sich an diesen abzuarbeiten. Hierfür ist er verantwortlich. Unrecht hat er auch insofern, als es in diesem heiklen Punkt eben nicht ausreicht, keine explizit abwertenden Äußerungen zu tun. Auch die Feststellung der »Höherwertigkeit« einer Rasse oder ethnischen Gruppe – möglicherweise in Abwehr gespürter Ressentiments – würde hier nichts heilen, weil auch dies nicht vom Mechanismus der Selektion und gewaltsamen Versämtlichung der Subjekte läßt.1 Unrecht hat er weiter mit seiner Haltung, man könne wie spätgeboren vollständig neutral über »Rassen« sprechen.

Ich gehe auf folgende Punkte ein: Rasse und Hautfarbe, Hautfarbe und psychische Merkmale, wertneutraler Diskurs über Rasse, »Furcht vor dem Fremden«. Ich weigere mich allerdings, mich mit der Kapitalismuskritik Türckes auseinanderzusetzen, da ich diesem Element seiner Argumentation die Funktion zuschreibe, Nebel über die Brücken zum rechten Ufer zu legen.

Rasse und Hautfarbe

In Erwiderung auf Türckes Definition von Menschenrassen über die Hautfarbe ist bereits viel gesagt worden. Deshalb hier nur soviel: Zu jeder Kategorisierung von Menschengruppen gehört jemand, der kategorisiert, und jemand, der kategorisiert wird. Nie geschehen solche Zuschreibungen außerhalb von sozial geschichteten Verhältnissen, immer transportieren sie Phantasien über die Kategorisierten. Selten handelt es sich dabei um Kriterien, die vollständig neutral bewertet werden, in denen nicht eine Dimension von besser/schlechter mitschwingt. In der Regel wird das definierte und selektierte Kollektiv mit phantasierten Eigenschaften ausgestattet, die es abwerten oder – auf dem Wege der Projektion – als Verkörperung der abgewehrten Wünsche des Definierers (sexuelle Potenz z.B.), als Objekt des Neides und als Adresse legitimer Strafaktion konstruieren. Und die Hautfarbe der Menschen ist das Merkmal, das (neben dem Geschlecht) wohl am meisten verknüpft ist mit Konnotationen von Wert und Unwert, das soziale Chancen verstellt oder einräumt. Abgesehen davon ist die Hautfarbe keineswegs ein eindeutiges Kriterium, das der Menschheit schon immer zur Kategorisierung gedient hat.2 Über die Hautfarbe eines Menschen läßt sich kein neutraler Diskurs führen, der sich loslösen lassen würde von der Hautfarbe dessen, der redet, und von der desjenigen, über dessen Haut geredet wird.

Hautfarbe und psychische Merkmale

Hermann Gremliza schreibt, Türcke habe »nicht ›erwogen‹, ›von der Hautfarbe ausgehend... auf innere psychische Dispositionen zu schließen‹ (Hoeltje), sondern nur so etwas in der Art, wobei die Differenz zwischen dem Text und den ›Zitaten‹ auf die zwischen einem Gedanken und einem Gerede herauskommt.«

Hat er doch. Um dies festzustellen, muß man wirklich nur genau lesen. Türcke: »Daß Pygmäen, Mongolen, Eskimos, Araber, Skandinavier in Wuchs, Gestalt, Farbe, Sprache und Sitten deutlich voneinander abweichen, ist keine Erfindung ressentimentgeladener Mitteleuropäer, sondern simple Tatsache. Es gibt nun einmal Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von anderen unterscheiden, und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt, so absurd wäre es, ihn zu leugnen und so zu tun, als bedeute der Unterschied zwischen schwarzer und weißer Hautfarbe nicht mehr als der zwischen einem roten und einem grünen Anorak.«

Es ist kein neuer Trick, die Überzeugungskraft des eigenen Arguments scheinbar dadurch zu vergrößern, daß das Gegenargument idiotisch formuliert wird: Natürlich ist die Hautfarbe kein Anorak, den man ausziehen oder färben kann; dies ist allerdings nicht einfach deshalb so, weil es sich bei der Hautfarbe eben um ein biologisches Merkmal handelt, sondern weil sich hier soziale Bewertung verkörpert hat3 und tausendfach und unausweichlich zurückgespiegelt wird.

Türcke mobilisiert Zuschreibungen, die keine Abgrenzung gegen einen rassistischen Diskurs erfahren. Ich fange mit dem zweiten Satz an: »Es gibt nun einmal Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von anderen unterscheiden ...« Er sagt hier nicht, welche »erblichen Merkmale« – über die Hautfarbe hinaus – er meint. Festzustellen ist weiter:

· Die Identifizierung von Eigenschaften eines Menschen als vererbbar immunisiert diese gegen die Frage nach Ursachen, die nicht in der Genetik, sondern in der sozialen oder materiellen Umwelt eines Individuums liegen. Sicher gibt es (einige wenige) genetisch verankerte Merkmale, die ihr Erscheinungsbild im einzelnen Individuum relativ unabhängig von Umweltfaktoren zeigen; und dazu wird die Hautfarbe zählen. Zu diesem Punkt ist dann aber all das zu sagen, was ich bereits oben angemerkt habe.

· Der Begriff »signifikant« stammt aus der Statistik und suggeriert die mathematische Meßbarkeit der Unterschiede zwischen den »Rassen«, von denen Türcke allerdings nicht sagt, welche dies – außer der Hautfarbe – sind.
Türcke weiter: »... und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt...« Er führt hier jetzt psychologische Begriffe zur Bezeichnung von Menschen hinsichtlich ihrer inneren Eigenschaften ein, Begriffe, die eine unselige Tradition haben. Diese Begriffe

· sind völlig unpräzise Konstrukte und haben in den Humanwissenschaften lange Zeit dazu gedient, Menschen zu klassifizieren und zu pathologisieren (z.B. die Koppelung der »Temperamente« mit der Disposition zu bestimmten Geisteskrankheiten);

· sind diffus angefüllt mit der Vorstellung, diese Dimensionen beruhten auf genetischen Faktoren (»Charakter vererbt sich«);

· waren immer verknüpft mit der legitimatorischen Absicherung von Herrschaft: Die gesellschaftliche Stellung von Frauen erkläre sich aus Temperament und Neigung und dieses aus ihrer Körperbeschaffenheit; Alkoholismus und Kriminalität lägen in charakterlichen Anlagen; die sozioökonomische Schichtung der Gesellschaft sei im wesentlichen ein genetisches Phänomen (sicher eine Außenseiterposition, aber »wissenschaftlich« vertreten4); es sei hier daran erinnert, welche umfassende Mühe Humanwissenschaftler sich gegeben haben (bis hin zur Fälschung von Daten bei Untersuchungen über die Intelligenzentwicklung eineiiger Zwillinge), nachzuweisen, daß Intelligenz (»Begabung«) eine Frage der Gene sei und nicht im wesentlichen eine von günstigen oder ungünstigen sozialen Bedingungen, unter denen ein Kind aufwächst.

Türcke kennt mit Sicherheit die Kritik der Sozialwissenschaft an diesen Begriffen. Er setzt sich aber nicht explizit mit ihren Argumenten auseinander, sondern denunziert diese Positionen demagogisch mit der Anorak-Metapher. Das gesunde Alltagsbewußtsein hat schon immer gewußt, daß die linken Milieu-TheoretikerInnen spinnen!

Zwar könnte man beim ersten Lesen der Meinung sein, er grenze sich gerade davon ab, hier eine Verbindung zu ziehen zwischen Hautfarbe und Eigenschaften wie Temperament, Begabung etc. Auf den zweiten Blick wird allerdings deutlich, daß er nur sagt, eine Quantifizierung dieses Zusammenhangs sei nicht möglich. Daß dieser Zusammenhang besteht, darin ist Türcke sich sicher, und so heißt es dann auch konsequent : »... so absurd wäre es, ihn zu leugnen.«

Die Botschaft ist also klar: Menschen mit schwarzer Hautfarbe unterscheiden sich von Menschen mit weißer Hautfarbe in bezug auf Temperament, Neigung, Begabung und Charakter, Menschen mit gelber Hautfarbe von denen mit rötlicher etc. »Gerede«, Herr Gremliza?

Neutraler Diskurs über Rasse?

Und genau diese Aussage kann sich nicht darauf herausreden, sie sei ganz neutral und sage nichts über ein Mehr oder Weniger: Erstens ist es aus Gründen der Logik gar nicht möglich – und zwar sowohl im alltagstheoretischen als auch im sozialwissenschaftlichen Bewerten (mal ganz abgesehen von dem unlösbaren Problem der Operationalisierung solcher Konstrukte) – , einen Unterschied zwischen Gruppen hinsichtlich solcher Merkmale zu konstatieren, ohne zu quantifizieren: mehr oder weniger Begabung, mehr oder weniger Temperament etc.

Zweitens bietet Türcke dem Diskurs über die Hautfarbe von Menschen mit den Begriffen von Begabung, Charakter etc. als Differenzierungskriterien Ankerplätze, die ohne Bewertungen gar nicht verwendbar sind: ein guter und ein schlechter, ein fester und ein labiler Charakter, hohe und niedrige Begabung, ein zügelloses oder träges Temperament etc. Und Bewertung klingt bei Türcke sogar sehr konkret an, wenn er von der »Natur« schreibt, die »ihre Huld« nicht gleichmäßig verteilt habe.

Nun kann jede/r selbst assoziieren, welche Rasse denn nun von der »Natur« besser bedacht worden ist. Türcke gibt Tips: »Warum nicht einräumen, daß es günstigere und weniger günstige klimatische und geographische Bedingungen für menschliche Entwicklung gibt, so daß es nicht ganz zufällig ist, wenn etwa im Mittelmeerraum und Vorderasien sich Agrikultur, Architektur, Handel, Sprache und Schrift in anderer Weise entfalteten als in Feuerland oder Amazonien?«

Natürlich muß es möglich sein, darüber nachzudenken, wie sich bestimmte materielle Bedingungen des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur auf die gesellschaftliche Organisation von Gruppen, auf die physischen und psychischen Möglichkeiten der Individuen ausgewirkt haben. Dies ist nicht per se rassistisch. Man muß allerdings Türckes Überlegungen hierzu zusammendenken mit seinen Aussagen zu Temperament, Charakter etc., dazunehmen, daß er von »haltbaren Rasseneigenschaften« spricht, die »so tief in dem jeweiligen Kollektiv sitzen, daß sie sich unweigerlich vererben, mit wem die betreffende Person sich auch paare«, von der »Körperbeschaffenheit eines Kollektivs«, das sich unendlich viel langsamer umforme als dessen Seelen- oder gar Geistesbeschaffenheit. Dann tut sich folgendes Bild auf: Die Menschheitsentwicklung hat sich in die Körper der »Rassen« eingeschrieben, Charakter, Begabung etc. jedes einzelnen »Rassen«-Mitgliedes geprägt; und so sind sie heute noch, und daran ändert auch die Teilhabe der von der »Huld der Natur« weniger gut Bedachten an der Geistesentwicklung der Besserbedachten nichts: Die einen haben die Steinzeit in Körper und Seele, die anderen die moderne Zivilisation.

Die These von einer so gearteten Präsenz der Menschheitsgeschichte in den Individuen und Gruppen ist durch nichts bewiesen und durch nichts zu beweisen; sie ist eine Konstruktion (wie die Koppelung von Hautfarbe mit Charakter, Temperament etc.), eine Sichtweise, zu der mensch sich entscheiden (oder die mensch ablehnen) kann und von der man fragen muß, welchen Sinn sie erfüllt.

Ich hatte auf dem Kongreß gesagt, Türcke habe seinen Rassebegriff ohne Bezug auf den deutschen Faschismus verwendet. Dieses stimmt nicht und stimmt doch. Er spricht tatsächlich über den Rassismus der Faschisten, aber auf eine merkwürdig schillernde Weise, die eine Abgrenzung zu modernisierten (nicht mehr platt biologischen) Fassungen des Rassismus der Neuen Rechten5 nicht deutlich werden läßt. Er sagt: »Erst wenn aus der Hautfarbe eine fixe, ahistorische Erbmasse gefolgert wird und aus der wiederum ein bestimmter Charakter, Intelligenzgrad, moralischer Wert, der dann pauschal allen Mitgliedern einer Rasse unterstellt und als ihr ›Blut‹ ausgegeben wird, ist die Definition in Projektion, die Analyse in grobe Fahrlässigkeit umgeschlagen.« Auf den ersten Blick scheint Türcke mit dieser Argumentation wieder alles in bezug auf die angeblichen Unterschiede zwischen den »Rassen« zu korrigieren. Ein zweiter Blick zeigt allerdings, daß er sich hier nur davon abgrenzt, »pauschal allen Mitgliedern einer Rasse« einen »bestimmten Charakter« und einen »bestimmten Intelligenzgrad« zu unterstellen. Das heißt: Ausnahmen von der Norm gibt es natürlich; von den – im Vergleich mit den Schwarzen/Weißen – insgesamt dümmeren Schwarzen/Weißen gibt es natürlich einige, die weniger dumm sind und einige, die noch dümmer sind als der Durchschnitt. Türckes Grundthese von der »signifkanten« Unterschiedlichkeit der »Rassen« bleibt also von dieser Einschränkung unberührt.

Furcht vor dem Fremden

Türcke schreibt: »Demgegenüber ist darauf zu bestehen, daß Fremdenhaß zu den ältesten und finstersten Regungen der Menschheit gehört. Das Fremde als solches ist schrecklich oder der Schrecken das Fremde – dasjenige, was sich nicht assimilieren, verarbeiten, verdauen läßt – weder körperlich, seelisch noch geistig.« »Leider ist der Schrecken des Fremden objektive Realität, nicht nur Sache der Einstellung; solange es Naturgewalt, Verletzlichkeit und Tod gibt, ist er nicht ganz aus der Welt zu bringen.« Er zitiert Nietzsche: »Ist unser Bedürfnis nach Bekanntemnicht der Wille, unter allem Fremden, Ungewöhnlichen, Fragwürdigen etwas aufzudecken, das uns nicht mehr beunruhigt? Sollte es nicht der Instinkt der Furcht

sein, der uns erkennen heißt?« und schreibt dann weiter: »Menschlicher Geist ist das Nicht-Ertragen des Fremden, sein Tun daher, das Fremde ins Vertraute zu ziehen ...«

Man beachte die interessengeleitete Schlampigkeit, mit der Türcke die Begriffe semantisch changieren läßt: Mal ist das »Fremde« eine erkenntnistheoretische Kategorie und steht für das Neue und Unbekannte als Objekte von Erkenntnis, mal sind es fremde Menschen. Er verrührt erkenntnistheoretische und soziologische Phänomene in einem Topf zu einer trüben Brühe: Der Fremdenhaß – der Haß also einer Gruppe von Menschen auf eine andere – erscheint als die naturhafte Konsequenz der naturhaften Funktionsweise des menschlichen Geistes.

Türcke behauptet, daß der Schrecken und das »Einschlagen auf das Fremde« das Primäre seien; erst nach dem ersten Schrecken kann sich der »Reiz des Fremden«, ein »Angehauchtsein« von »Vertrautheit« einstellen. Sehr praktisch in diesem Zusammenhang ist der Kunstgriff, ganz allgemein zu bleiben: »Das Fremde«. Welches? Wann? Wie? Reaktionen auf Fremdes werden doch wohl unterschiedlich ausfallen, je nachdem, worum es sich dabei handelt. Türcke selbst sagt: »was sich nicht assimilieren, verarbeiten, verdauen läßt«. Dies nennt er allerdings nicht als Bestimmung, die dasjenige Fremde näher qualifiziert, das Schrecken auslöst, und von dem Fremden unterscheidet, das per se keinen Schrecken hervorruft, sondern möglicherweise als erstes Interesse und Neugier. Genau die Frage nach der Assimilierbarkeit ist eben eine nach den Bedingungen, unter denen Fremdes Schrecken auslösen kann, aber nicht muß. Ist dies nicht immer ein Akt von Bewertung in einem konkreten sozialen und materiellen Rahmen? Warum arbeitet Türcke nicht als Element von Fremdenhaß die »Furcht vor dem Bekannten«, dem abgewehrten Eigenen heraus, das per Projektion den Fremden aufgehalst und als ihre Fremdheit ausgegeben wird?

Der Grund, warum Türcke diese Fragen nicht stellt? Differenzierungen würden seine Setzung von der »Furcht vor dem Fremden« als anthropologische Konstante, mit der man politisch eben rechnen muß, in Frage stellen. Es gibt für uns keine Chance für einen nicht-rassistischen Diskurs, wenn wir uns vor dem Hintergrund des deutschen Faschismus nicht davon verabschieden, etwas über die »Fremden« als Kollektiv zu »wissen«, über ihre Kollektiv-Haut und ihren Kollektiv-Charakter.

Eine Kinderszene: Im Sommer vor zwei Jahren am Strand des Schaalsees in der Nähe von Mölln beim Eincremen der schwarzen Haut eines 7-jährigen Jungen aus Togo, der damals dort seine Sommerferien mit uns und unserem weißen 7-jährigen Sohn verbrachte; seine Haut machte ihm zu schaffen (was für ein Wunder!), sie juckte und brannte, war trocken und mußte oft eingecremt werden; er ließ sich das zwar gefallen, war aber immer ungeduldig und zappelig, wollte die Prozedur hinter sich bringen, um wieder ins Wasser toben zu können; ein alter Mann beobachtete uns, stand in unserer Nähe, kam näher, stand und guckte; sagte schließlich zu mir, Belehrung in der Stimme: »Die brauchen das doch gar nicht! Ich kenn' die, ich war selbst in Afrika, damals im Krieg.« Ichaou ist inzwischen mit seinen Eltern und seiner kleinen Schwester in seine »Heimat« abgeschoben worden.

Anmerkungen

1 Dies weist auf ein Problem hin, das keineswegs rassistische Denkmuster für sich gepachtet haben, sondern das sowohl in der linken Idealisierung z.B. nationaler Befreiungsbewegungen oder von Flüchtlingsgruppen zu finden ist als auch im differenztheoretischen Ansatz der feministischen Theorie, dort, wo in der berechtigten Abwehr der Konstruktion des weiblichen Geschlechts als eines defizitären vom »weiblichen Wesen« als dem moralisch höherstehenden (weiblich-geboren-unschuldigen) gesprochen wird.

2 Über die Sozialgeschichte der Definition von Menschenrassen über die Hautfarbe vgl. auch Wulf D. Hund: »Die Farbe der Schwarzen«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 8/93.

3 Ein Problem der Linken (weniger der linken Theorie) scheint mir in der Tat in einer gewissen »Kopflastigkeit« zu liegen, in ihrer Tendenz – trotz Materialismus – die Körper, deren Sexualität und Eingebundensein in die Natur theoretisch weiträumig zu umfahren; dies hat möglicherweise als Abwehrbewegung gegen eine Naturalisierung sozialer Hierarchien seine Erklärung; dies ist aber auch in einer bewußtlosen Übernahme eines von der Verwertbarkeit her bestimmten freudlosen Arbeitsbegriffes (verknüpft mit Freud-loser Körperfeindlichkeit) begründet. Hier scheint mir die Marktlücke zu sein für Versuche wie den Türckes, diese Leerstelle affirmativ zu füllen: Er scheint eine Antwort zu geben auf Fragen, die seit langem gespürt werden.

4 Vgl. »Spektrum der Wissenschaft«, Aug. 1993

5 Vgl. Berthold Brunner in »Bahamas« Nr. 8, Dez. 1992

KONKRET 8/93 dokumentierte Bettina Hoeltjes Stellungnahme zu Türckes Vortrag während des KONKRET-Kongresses

Konkret 11/93, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ein Gastbeitrag zur 1993er »Woche des ausländischen Mitbürgers«

Als in der Nebelsenke von Sankt Orkus an der A 599 zwischen Kilometer 122,2 und 124,0 niedergelassener Notarzt und Expreßtransplanteur habe ich es fast täglich mit schwerstverletzten Landsleuten zu tun, denen nur der unverzügliche Umtausch irreparabel zercrashter Organe helfen kann. Wie oft jedoch muß ich erleben, daß der Verunfallte, der mit eineinhalb Beinen in der Eternity steht, den vorletzten Atemzug zusammenkratzt und mich vor dem Eingriff frägt: Herr Doktor, ist das Organ auch deutsch? Wissen Sie, ich habe nichts gegen Ausländer, ich bin lediglich allergisch gegens Fremde. Die Atempoantwort kann immer nur lauten: daß der deutsche Körper prinzipiell jedes ausländische Organ, sofern's ein an sich transplantables ist, anzunehmen vermag. Ob ich, Hausnummer, einem hannöverschen Schützenvereinsmann die tiefgefrorne Milz eines verblichenen tamilischen Rosenverkäufers auftaue oder einem leptosomen Kölner, dem die Lenkradsäule zwischen Cardia und Pylorus gesaust ist, den von den Angehörigen eines athletischen Armeniers gestifteten Magen einbaue, im Regelfall wird die Translokation des Ausländerorgans in den einheimischen Body eine palettimäßige sein. Und was fürs Organ gilt, trifft auch zu aufs Blut. Stimmt die Gruppe, so kann ich jederzeit dem zur Hautgattung Bleiweiß zählenden Deutschen, der, ausgelaufen wie Lieses Eimer, unter einem Sattelschlepper liegt, mit drei, vier Litern Kameruner- oder Chinesenblut sofort ein bißerl frische Farbe ins Antlitz zaubern. Der Auslandsmensch kann von außen ausschaun, wie er will, auch sein Gebaren, das fängt bei seiner für den einfachen Deutschen zurecht unverständlichen Sprache an und hört bei Knofel, Mekka, Kopftuch, Turban, Kaftan undsoweiter nicht auf, auch sein Gebaren mag ein zutiefst undeutsches sein, egal, von Grundriß und Innerei her sind Inlands- und Auslandsmensch eigleich: Viereinhalb Kilo Hirn, Sockengröße neuneinhalb bis zwölf, Hunger, Geilheit, Narreteien allerwege – alles ein und dieselbe Wixe. So daß ich einem breiteren autofahrenden einheimischen Publikum nur sagen kann: Keine Angst vorm ausländischen Organ, das tritt sich spitze fest. Ihr Ihnen jederzeit zu Diensten stehender in der Nebelsenke von Sankt Orkus an der A 599 zwischen Kilometer 122,2 und 124,0 niedergelassener Notarzt und Expreßtransplanteur.

Heitmann? Niemals!! – (II)

Ja, Heitmann, du hechtlippig dem Mundgeruch des normalen deutschen Ungeheuers die Stimme leihender

Du mit verludertstem Parlando Himmlers Uniform in den ansonst okaynen deutschen Kleiderschrank einreihender

Du zuckst ja nicht nur noch, du trittst, Vermessner, unterm Tische nach

Doch, Heitmann, glaube mir, wenn ich dir saach

Wie klett'sch du auch am Wunsche hängst

Es ist beschlossen und vertrommelt längst

Du kleines Dunkelmännerlicht

Du wirst es nicht, du wirst es nicht

Ich schwör dir, eher freß ich eine Frikadelle aus Granit

Als daß du rumfurzst in der Villa Hammerschmidt

Ei gewiß, runter mit die Kinder von der drogengepflasterten Straße und weg von der mit Bruta und Sexualität lockenden Glotze, aber: Kriegen wir soo, wie von dir, Joachim Burghardt, Kollege und Redakteur der »Stadt Gottes«, Familienzeitschrift der Steyler Missionare, beschrieben, nicht wieder nur eine Generation schwerst Hackenschußbehinderter zusammen?

Liebe Frau Feltus. Ihren Lebensgefährten Herrn Becker als Genius des Courts Verehrende protestieren wir traurigst gegen Ihre Duldung öffentlichen Angetatschtwerdens. Heute noch betatschen bloß diese an der rating Nadel hängenden Schwei-ne Ihren gebenedeiten Leib, morgen schon womöglich entnehmen sie, die der Sittlichkeit Entwichnen und der dreifaltigen Schweinegötzin SchwatzsuchtRuhmsuchtRaffsucht Hörigen Ihrer Brust ein Fingerhütlein Milch und verkosten's vor klaffender Kamera, wenn Sie, liebe Frau Feltus, sich nicht wehren, rechtzeitig, mit einer durchgezognen Rückhand, volley in die Fresse der Antatscher. Wir wünschen Ihnen, Frau Feltus, eine glückliche Niederkunft und Ihrem Lebensgefährten Herrn Becker, den wir ergeben zu grüßen Sie bitten, noch viele Turniersiege!

Rolf Rietzler
Horst Tomayer
(Tennisamateure)

Verautotet ist die Welt

Und es erstickete an der Abgasscheiße
die Kundschaft die teure
Doch da ist AUC das Kerlchen das schlaue
Den Abgasscheißkerl zu warnen vor von
Seinesgleichen Ausgeschiednem
Kaum gewarnt und schon schließen die
Poren des Wrrrrm Wrrrrm sich automatisch
Und der Abgasscheißkerl
mit fröhlichem Druck aufs Pedal die
Abgasscheiße hinterlassend der
verautoteten Welt
atmet rein
Seid geherzt ihr Ingenieure von BMW und
empfangt den Kuß
der Unsterblichkeit für eure Erfindung
daß eure teure Kundschaft die Abgas
Scheiße stundenlang
nicht fressen muß

Konkret 11/93, S. 62

Georg Seeßlen

Barbaren, Daddies, Clowns

Der Jahrmarktssport Catchen ist im Fernsehen als »Wrestling« wiedergeboren. Diese Show, ein Spiel mit gesellschaftlichen und psychologischen Stereotypen, endet immer wieder im Sieg der »guten« Wrestling-Helden über das, was den »kleinen Mann« bedroht: hinterlistige japanische Konkurrenten, unberechenbare arabische Offiziere, zurückgebliebene Hispanics

Früher, als sie unter ihren Kapuzen noch aussahen wie Lino Ventura in jungen Jahren, waren die Catcher die Stars des Rummelplatzes. Ins Catcherzelt ging man wie zu etwas Verbotenem, zumindest reichlich Anstößigem. Es roch aufregend schlecht, und es war eine ziemlich sexuelle Angelegenheit. Die Mädchen waren sehr nervös, die ganz schlimmen kauten Kaugummi und wußten über die Kämpfer Bescheid. Und sie riefen ziemlich schmutzige Sachen in Richtung Ring. Es floß Blut. Gut, das Blut floß merkwürdigerweise an jedem Abend am selben Catcher an derselben Stelle zur selben Zeit in seinem Kampf gegen denselben Gegner. Aber der Schweiß war echt. Definitiv.

Weiter im Süden bekannte man sich offenbar leichter zum Vergnügen, einigermaßen übergewichtige, schwitzende Männer einander ins Kreuz treten und sich den Kopf auf dem Hals herumdrehen zu sehen, zu jener bizarren Ästhetik des Häßlichen, in der die Gewalt immer zugleich ekelhaft und lustig war. Da wurden Catcher schon in den sechziger Jahren zu Medienstars; in Italien hoben maskierte Catcher im Kino allerlei finstere Verschwörungen aus, und in Mexiko war El Santo verwegen genug, es sogar mit Vampiren aufzunehmen.

Catcher waren eines der letzten Abbilder genuiner Volkshelden, durch und durch proletarisch. Der Männerkörper war nicht gestylt, sondern in aller Offenheit obszön. Und erst die Frauen! Überschminkte Spülstein-Furien, die den Angstlust suchenden Bürgerkindern Fürchten und Lachen beibrachten. Heldinnen und Helden aus den Vorstädten, die sich einen eigenen kleinen Olymp aus einer perfekten Mischung aus Glamour und Gewalt schufen. Und in Mexiko nahmen einige dieser Volkshelden in den achtziger Jahren ihren Status auch ernst: Super-Barrio, der maskierte Held der Elendsviertel, erscheint in Person, wenn es um Mietwucher, Korruption und Menschenwürde geht. Und sein Kollege Super-Animal kümmert sich besonders um Tierquälerei. Merkwürdigerweise wirkt diese Vermischung von Pop und Politik, von Jahrmarktstraum und Alltagskampf kein bißchen lächerlich. Catcher sind die glaubwürdigsten Menschen der Welt.

Aber dann sind sie ein wenig in Vergessenheit geraten. Es gab, zumindest hierzulande, kein rechtes Umfeld für ihre Darbietungen. Was den Sex anbelangte, gab es härteren Stoff: Schlammringen, Oben-Ohne-Damenringkämpfe und solches Zeug. Und was die Gewalt anbelangte, so hatten neue ideale Formen, Kung Fu, Teakwon-Do und so weiter auch ein anderes Körperideal hervorgebracht, den austrainierten, schlanken und vollkommen kontrollierten Männerkörper, der in seiner aggressiven Aktion ein gewisses Maß an Eleganz anstrebte. Gegen die Asiatisierung des Männerkörpers indes setzte eine »weiße« Gegenbewegung ein, das Bodybuilding. Während der Körper eines Bruce Lee gleichsam kalligraphisch den inneren Spannungszustand in kinetische Form umsetzte, schien sich der selbstgestylte Körper des Bodybuilders selber zu genügen, vor allem sich selber zu meinen und sich in sich selbst zu erschöpfen. Auf die Revolte des Kung Fu-Fighters aus dem Getto folgte die Pose des biederen Muskelprotzes. Nichts als Fassade, und wie wir aus dem Film »Leolo« wissen, nutzt es einem überhaupt nichts, stark auszusehen, wenn man dann doch Angst hat. Weil also auch das eine Sackgasse war, ergaben sich die Chancen für eine Renaissance des Catchers als Underdog-Held. Er erfuhr seine Medialisierung und seine Amerikanisierung und ward als Wrestler neu geboren.

Was ist gleich geblieben, und was hat sich geändert? Der Kampfstil des Wrestling ist mit dem des Catchens beinahe identisch. Auch wenn das Repertoire der Griffe und Schläge ungefähr dem entspricht, was in allen seriösen Kampfsportarten verboten ist, gibt es doch wieder die Guten, die sich an die »Regeln« halten, und die Bösen, die es nicht tun. Die Kämpfe sind durchchoreographiert, und zu den fixen Elementen gehört etwas, das wir in den Slapstick-Filmen als »Slowburn« bezeichnen: Einer maltraitiert seinen Gegner, und der läßt es zunächst einmal in fassungsloser Neugier geschehen, wie um zu sehen, wie weit denn der andere es zu treiben gedenke. Sodann erst rafft er sich auf, um es dem Gegner in mindestens gleicher Münze heimzuzahlen. Zum festen Repertoire gehören das Verhauen des Schiedsrichters (der sozusagen eine Art weißer Clown ist, der vergeblich versucht, zwei dumme Auguste daran zu hindern, sich gegenseitig auseinanderzunehmen), die Einbeziehung des Publikums (ein Wrestler namens Sting schafft es, seine minutenlangen Publikumsbeschimpfungen interessanter als den Kampf zu gestalten) und schließlich die möglichst phantasievolle Ausnutzung des Rings und aller um ihn herum auffindbaren Gegenstände, um dem Gegner ein Leids zu tun.

Das Prinzip des Wrestling ist Verlangsamung und Vereinfachung von Gewalt. Es geschieht, gerade im Gegensatz zum Kung Fu-Kampf, immer nur eine Sache zur gleichen Zeit, und man sieht es immer überdeutlich kommen. Der Zuschauer ist immer schlauer als der Kämpfer (schon deshalb ist jeder Wrestler im Wesen ein Komiker). Das führt unter anderem dazu, daß die Kämpfer Teile ihres Körpers, mit denen sie sich aus einem scheinbar besonders schmerzhaften Griff mit Leichtigkeit befreien könnten, zur Untätigkeit verdammen. Statt dem Gegner eine reinzusemmeln, haut der Wrestler gern mit der flachen Hand auf den Boden, damit wir sehen, wie weh das tut. Und damit nur ja keine Unübersichtlichkeit entsteht, werden gerne auch bestimmte Figuren, etwa der Sprung vom Eckpfosten auf den am Boden liegenden Gegner,

mehrfach wiederholt. Weil auch das noch nicht vollständig ausreicht, um die gewünschte Reduktion auf das Wesentliche zu bewerkstelligen, werden die eigentlichen Aktionen noch zwischen längere Pausen gepackt. Überhaupt sind – sehr atavistisch das – die Auftritte, die Selbstdarstellungen, die Drohgebärden, die Kriegsschreie und die jeweiligen Markenzeichen mindestens ebenso wichtig wie die Kämpfe selbst; in einem Wrestling-Kampf nimmt das Drumherum, der große Einzug der Champions und der Dialog mit dem Publikum, in der Regel mindestens dreimal soviel Zeit in Anspruch wie die Kämpfe. Das gehört zu den ironischen Ritualisierungen, der Betonung des Schauspiels ebenso wie zur Strategie der Sinnstiftung: Während der maskierte Catcher überpersönlich allenfalls Prinzipien wie Gut und Böse verkörpert, bietet der Wrestler eine ausgeformte soziale (oder prä-soziale) Identität an. Wrestling ist ein Spiel mit gesellschaftlichen, kulturellen, nationalen und psychologischen Stereotypen. Es ist ein Theater der Körper und Zeichen.

Damit wird auch schon ein Prinzip der Reduktion verständlich: Das Wrestling ist, anders als das Catchen, deutlich überorganisiert. Die World Wrestling Federation (WWF), die ökonomisch bedeutendste Organisation für Shows und ihre mediale Vermarktung, gebietet über gerade sechzig Kämpfer, von denen etwa zwanzig die wirklichen Stars sind. Neue Stars werden nur aufgebaut, wenn alte abtreten; nicht nur der einzelne Kampf, sondern auch der Aufstieg eines Wrestling-Stars ist minutiös geplant. Jeder Wrestler ist so mit wiedererkennbaren Attributen, Farben und Kleidungsstücken ausgestattet, daß man ihn leicht in ein Merchandising-Produkt verwandeln kann. Die Wrestler sind einem nach wenigen TV-Shows vollständig vertraut; was wir, sagen wir, von Steffi Graf erst mühsam durch Interviews und »Hintergrundberichte« erfahren müssen (»was für ein Mensch sie ist« nämlich), das trägt der Wrestler entweder auf seinem Körper oder in einigen wenigen Accessoires mit sich herum, das wiederholt er mit der Mechanik einer Barbie-Puppe immer wieder. Sie sind genau das, wonach sie ausschauen, die pure Evidenz, und sie ändern sich nie; Verläßlichkeit ist das Produkt, das sie anbieten und für das sie sich abrackern. Der Wrestling-Fan befindet sich nicht in einer ewiglaufenden Sportveranstaltung von vielleicht besonders brutalem und besonders komischem Zuschnitt, sondern in einem ewiglaufenden Film, der unentwegt an einer bestimmten Mythologie arbeitet. Es ist eine rechte Mythologie.

Der klassische Catcher war, wie gesagt, ein Volksheld. Er kitzelte die bösen Instinkte, ließ den Körper sprechen. Und in den europäischen und mexikanischen Catcherfilmen waren es zumeist böse Intellektuelle, korrupte Politiker, Wirtschaftsbosse mit Welteroberungsplänen, und, mehr oder weniger verkleidet, die moralischen Instanzen, mit denen sie es zu tun hatten. Auch im Wrestler steckt noch etwas von diesem Volkshelden, aber zugleich hat er seine rebellischen Impulse an nationale und auch an rassistische Stereotype gebunden.

Im Mittelpunkt der derzeitigen Wrestling-Mythologie steht als absoluter Star der Guten der blonde Hüne Hulk Hogan. Er verkörpert das männliche, weiße Amerika der unteren Mittelschicht: Er *ist* Amerika, so wie Captain America einst Amerika war, aber der Ästhetik seines Genres folgend ist er auch das sozusagen mit einem Augenzwinkern. Unter seinen Nachfolgern der populärste ist der smarte schwarzhaarige Bret »Hit Man« Hart, der nette Junge als Catcherstar, ein bißchen zu ölig vielleicht mit seiner Designer-Sonnenbrille und den Michael Jackson-Locken. Und da kommen die Gegner, zum Beispiel ein Gebrüderpaar, das als »Moneymaker« auftritt, Wallstreet-Karikaturen, die mit ihrem metallenen Geldkoffer zuschlagen – ein besonders fieser Trick. Hulk Hogan pflegt die beiden zu besiegen und das Geld – echte Dollarnoten, die WWF kann sich das bei 500 Millionen Dollar Umsatz im Jahr leisten – im Publikum zu verteilen. Auch dabei grinst der Wrestler-Robin-Hood.

Ein weiterer immer wieder zu besiegender Gegner ist der Clown Doink, der besonders gefährlich ist, weil er einen Doppelgänger hat, der immer dann in den Kampf eingreift, wenn der andere besiegt scheint. Doink ist die personifizierte Schizophrenie, das Grauen aus der Wunschmaschine. Und dann ist da der ungemein fette Yokozuna, die japanische Gefahr, die immer wieder bezwungen werden muß. Auf den Kampf zwischen ihm und Hulk Hogan läuft immer wieder alles hinaus; das ist nur einerseits Amerika gegen Japan, Wirtschafts- und Kulturkrieg, es ist auf der anderen Seite auch Gegenwart gegen Vergangenheit, Pragmatismus gegen Ritual. Hogan scheint Yokozuna besiegt zu haben, da pustet ihm der böse kleine Begleiter des ehemaligen Sumo-Ringers irgendwelchen Staub in die Augen. So fies sind die Methoden der Asiaten (und so simpel gestrickt ist die Dramaturgie des Wrestling). Aber Hulk Hogan gewinnt dann natürlich doch noch und legt sich triumphierend und für Amerika den Champion-Gürtel um.

Zu den Bösen gehört noch Giant Gonzales, ein lateinischer Hüne, dem man die Züge zu einem Neandertaler geschminkt und offenliegende Muskeln und Adern auf das Trikot gemalt hat. Und Sergeant Slaughter, der böse Offizier, der zur Zeit des amerikanischen Krieges am Golf in die Rolle von Saddam Hussein schlüpfte und sich von Hulk Hogan verprügeln ließ. Aber gleich darauf erscheint er auch in einer Phantasieuniform als Gespenst militärischer Erfahrungen, als Karikatur des typischen Schleifers. Dann gibt es noch Abdullah the Butcher, den Undertaker, die schwarze stumme Gestalt des Todes, der gelegentlich seine besiegten Gegner in einen Leichensack der US-Army packt, Jake the Snake, der mit einer lebenden Schlange im Ring hantiert, und den Narciss, der sich selber so schön findet, daß er nie ohne einen großen Spiegel in den Wrestler-Ring klettert. The Big Boss Man, auch ein Böser, kommt in Polizeiuniform zum Kampf.

Was also in diesem Endlosfilm abläuft, ist nichts anderes als die ewige Abwehr all dessen, was den »kleinen Mann« bedroht, freilich in einer seltsamen Vermischung der Diskurse. Der soziale Gegner wird ebenso bezwungen wie die

familiale Psychose, aber am Ende steht immer der nationale Kampf: Der kraftvolle Männerkörper kommt erst wirklich zu sich und seiner Erlösung, wenn er eine nationale Aufgabe übernimmt und die Konkurrenten um die Märkte der Welt bezwingt. Die Erlösung aus der Falle des Männerkörpers heißt Amerika. Zu Hulk Hogan gehört der Schnauzbart ebenso wie die amerikanische Fahne und nicht zuletzt das goldene Kreuz auf der eingeölten Brust. Am Ende hat er sozusagen als christlicher Missionar auch das Wilde in der Welt der Männerkörper bezwungen. (Und weil das so ist, nimmt es nicht Wunder, daß in Hogans Kämpfen das Gespielte auf schon fast unverschämte Weise übertrieben wird. Was zunächst erscheint, als gäbe sich der alternde Star keine allzu große Mühe mehr und als müßte sein rituelles Hemdenzerreißen schon genügen, die Fans zur Raserei zu bringen, ist näher besehen Teil der entwickelten Mythologie.)

Das Catchen war ein heimliches Vergnügen sozialer und individueller Pubertät. Wrestling dagegen ist reiner Kid Stuff, nicht nur durch die extremen Vereinfachungen von Ästhetik, Mythologie und Ideologie. Die guten Wrestler sind immer auch so etwas wie gute Daddies, Männer, die gerade dabei sind, ein bißchen alt zu werden, ein bißchen fett und ein bißchen glatzköpfig, Homer Simpsons im Ring. Und Hulk Hogan kokettiert in seinen Filmen auch immer mit dieser Rolle; er ist der Barbar, der für wahre Nervensägen von Kindern den Clown spielt.

Daß beim Wrestling die Gewalt nur gespielt ist, wird mit allen Mitteln betont und zugleich natürlich nie wirklich zugegeben. Indem man das System durchschaut, baut man seine Ängste ab, und zugleich entwickelt sich aus dem Typenkatalog der Wrestler ein eigenes Universum, das man durch Poster, Sammelbilder und Zeitschriften verfügbar macht. So kann man sich wieder ein Sinnsystem zusammenkaufen. Das Wrestling, das vor allem durch das Fernsehen geschieht, emaniert eine Zeichen- und Symbolwelt, über der das »WWF« der World Wrestling Federation als Superzeichen steht: eine surreale Gegenwelt, die ihren eigenen Unernst ausstellt, Anti-Familie und doch Familie, ein semiotischer Kampf gegen die Unförmigkeit des Körpers und die Unübersichtlichkeit der Welt. Die Versuche der WCW (World Championship Wrestling), des Konkurrenzunternehmens der WWF, das Wrestling wieder sachte von der Show in Richtung Sport zu bewegen, sind bislang auf wenig Gegenliebe bei den Fans gestoßen.

Wrestling ist aber auch eine hämische Absage an ein Schönheitsideal der achtziger Jahre. Wrestler kultivieren stolz ihre Häßlichkeit; »perfect« sind beim Wrestling am ehesten die Bösen. Es ist die Rebellion derer, die nicht zu den Schönen, Reichen und Gesunden gehören, die nichts auf die schöne Fassade geben, sondern das sein wollen, was sie sind. Gewalt, richtig fiese, gemeine Gewalt wird von Männern dargestellt, denen man ansehen soll, daß sie eigentlich keiner Fliege was zuleide tun können; aus der Fallhöhe von martialischem Getue und Kasperei erst entsteht der therapeutische Effekt. Aber nichts, nicht einmal dieses bescheidene Vergnügen, ist zu haben ohne ein Weltbild, ohne das Einschwören auf die immergleichen Transformationen der leidenschaftlichen Impulse in Ware und Politik.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 10/93 über die Wiederausstrahlung der TV-Serie Raumpatrouille Orion

Konkret 11/93, S. 65

Sabine Horst

Leiden nach Gutsherren-Art

Die Verfilmung von Isabel Allendes »Geisterhaus« bringt alles, was schon an der Vorlage bedenklich war, noch weiter herunter

Der Produzent Bernd Eichinger versucht immer nur, Geld aufzuheben, das praktisch auf der Straße liegt: Die meisten der Projekte, die er zusammengeschoben hat, waren entweder unverfrorene Rip-offs von Kinohits – zuletzt »Body of Evidence« – oder Adaptionen von Erfolgsromanen wie Umberto Ecos *Name der Rose*, Beno^ite Groults *Salz auf unserer Haut* und nun Isabel Allendes *Geisterhaus*. Bisher hat diese Taktik viel Halbgares, Triviales und Unbedarftes hervorgebracht, aber wenig ausgesprochen Ärgerliches. Im Fall Allende ist es nun soweit.

Die breitangelegte Geschichte einer chilenischen Grundbesitzerfamilie, die sich über vier Generationen, siebzig Jahre und fünfhundert Seiten scheinbar wie von selbst erzählt, ist für sich problematisch genug: Dem Roman wurde zu Recht seine bestenfalls unverbindliche Haltung vorgeworfen, sein merkwürdig sympathetischer, zuweilen verklärender Blick auf eine halbfeudale Klasse, die den verbrecherischen Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular zuallererst zu verantworten hatte. Die Autorin, immerhin eine Nichte Salvador Allendes, hat vor knapp acht Jahren in einem Interview mit KONKRET (4/86) zu Protokoll gegeben, daß sie sich nicht mit den lateinamerikanischen Demokratien »identifizieren konnte«, auch nicht mit der chilenischen – sie werde nie einer Partei angehören, weil sie nicht an »diese Dinge glaube«. Und ganz offensichtlich reichen die literarischen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, nicht aus, um ihre ganz persönliche politische und historische Bewußtlosigkeit zu kompensieren: *Das Geisterhaus* ist kein Buch, das klüger wäre als seine Verfasserin.

Der Verfilmung ist es nun gelungen, alles, was an der Vorlage bedenklich war, noch weiter herunterzubringen. Nur vordergründig paradox ist, daß der Film versucht – das gilt in geringerem Maße auch für den Roman – , seinem Stoff die »Ideologie«, den gesellschaftlichen Gehalt auszutreiben. Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ist es modisch, alles verdächtig zu machen, was nur irgend nach zusammenhängendem Weltbild, nach Stellungnahme aussieht. Ein kämpferischer, politischer Film wie Bertoluccis »1900«, der zugleich aufwendiges und glamouröses Kino ist, scheint heute nicht mehr denkbar, weil im populären Verständnis das Politische selbst zum Sündenfall geworden ist. Die Vorstellung, daß es sich nicht mehr lohne, zwischen richtiger und falscher Politik zu unterscheiden, dient freilich immer nur der Bestätigung des Bestehenden.

Bille Augusts »Geisterhaus«-Adaption tut so, als könne man sich aus allem heraushalten. Drehbuch und Inszenierung haben beflissen jeden Hinweis auf die räumliche Situierung des Geschehens, jede Erinnerung ans historisch Konkrete des Stoffes getilgt. Nie sagt der Film, daß wir uns in Chile befinden – gedreht wurde übrigens in Portugal, weil es in Südamerika angeblich keine »geeigneten Locations« gab – , Salvador Allende wird nicht einmal erwähnt, die Unidad Popular avanciert zur »Volksfront«, und überhaupt darf nichts bei seinem Namen genannt werden. Ganz offensichtlich vertraut »Das Geisterhaus« darauf, daß sein Publikum die Aufnahmen vom Putsch und seinen Opfern, die in den Siebzigern um die Welt gingen, längst vergessen hat: Der Film wirkt wie eine jener retuschierten Fotografien aus der Stalin-Zeit, deren merkwürdige »Leerstellen« den Betrachter gelegentlich noch ahnen lassen, daß etwas zum Verschwinden gebracht wurde.

In nostalgisch verhangenen Cinemascopebildern, die der Regisseur mit Möbeln, Säulen, Draperien und Topfpflanzen auffüllt, weil er sonst nichts zu zeigen hat, entfaltet sich zunächst eine ländliche Idylle, deren Elemente aus der Unterhaltungsliteratur der letzten hundert Jahre zusammengeliehen sind: Das Gut »Drei Marien«, auf dem der durch harte Arbeit reich gewordene Esteban Trueba und seine pittoreske kleine Familie wirtschaften, könnte auch »Three Oaks« oder »Tara« heißen, der cholerische Esteban steht seinem Betrieb so selbstherrlich vor wie Lampedusas »Leopard« seinem sizilianischen Haushalt, das Gras ist hier allemal grüner als anderswo, die Leidenschaften blühen wie in einem der Taschenbuchromane, die unter der Marke »Romantic Thriller« an eine vornehmlich weibliche Leserschaft gebracht werden. Über das bukolische Tableau bricht die Moderne, brechen demokratische Umwälzungen wie faschistischer Putsch als quasi-natürliche und im Prinzip ununterscheidbare Katastrophen herein, als etwas, das niemand recht gesteuert und angeblich auch niemand verschuldet hat.

Hatte schon der Roman die Figur des Estaban Trueba ins Gemütvoll-Patriarchalische verzeichnet, so wird er im Film von aller Schuld gereinigt: Die Adaption bringt es fertig, die politische Konstellation, die Beteiligung des »latifundistas« und späteren Senators am Sturz der demokratisch gewählten Regierung, anzudeuten und im gleichen Atemzug Freispruch zu gewähren. »Wie konnte ich mich nur so täuschen... Ich fühle mich selber mitschuldig«, grübelt der Alte – übertrieben genierlich, denn seine Frau Clara, die wertungssteuernde Figur des Films, hat ihm längst Absolution erteilt: Der Mann hat »nur zu viel Energie«.

Am Ende, nach unzähligen Schicksalsschlägen, nach Unglück, Folter und Mord, steht ausgerechnet die Klasse, die die Unterdrückung organisiert, als Opfer der Verhältnisse da: Das »Geisterhaus« folgt jener traditionellen Kolportageformel, die den Leser oder Zuschauer am angeblich tragischen Leiden von Königen, Aristokraten oder Unternehmerdynastien teilhaben läßt und ihn darauf hinweist, daß jene vielleicht weicher gebettet, irgendwie aber auch nicht besser dran sind als er. Nichts anderes als das »Dallas«-Prinzip wirkt hinter der aufpolierten Fassade dieser Familiensaga, selbst wenn sich der Film mit einem europäischen »Autoren«-Regisseur und mit Schauspielern schmückt, die als seriös und integer gelten, wie Jeremy Irons und Meryl Streep.

Daß Eichingers teure Produktion mit ihrem Staraufgebot und ihrer populären Vorlage kein Risiko eingeht, muß nicht wundern, auch nicht, daß sie handwerklich mißlungen ist: Als typischer »Euro-Pudding« verströmt sie den süßlichen Duft des Kunstgewerblichen. Höchst beunruhigend aber wirken der Zynismus und die Unverfrorenheit, mit denen der Film über die Zeitgeschichte hinweggeht, die Erinnerung an reales Leiden auslöscht: Die Geschichte spielt eben nicht im siebzehnten Jahrhundert, wie Anne Golons *Angélique*-Romane, oder in Atlanta zu Zeiten des amerikanischen Bürgerkriegs. Der Putsch in Chile ist noch gegenwärtig, und wer einmal im *Schwarzbuch Chile geblättert hat, den muß das Grausen ankommen angesichts einer verlogen-gefühligen filmischen Rhetorik, die mit einem flammenden Aufruf »für das Leben« und gegen den Haß schließt: Wer ist da eigentlich aufgefordert zu verzeihen?*

»Das Geisterhaus« ist vielleicht der bislang deutlichste populärkulturelle Ausdruck jenes neuen konservativen Ideologems, das in gesellschaftlichen Konflikten ein schlechthin Böses wirken sieht, ein Echo auf die aktuellen Bemühungen, jeden politischen Einspruch und jede soziale Veränderung als potentielle Störung der – gottgegebenen? – Ordnung zu denunzieren. »Leben ist ein Wunder«, raunt die Off-Stimme, Winona Ryder schließt ihr Filmkind in die Arme, der Wind streicht übers Gras. Als ob nichts gewesen wäre.

Sabine Horst schrieb in KONKRET 5/93 über Gewalt im Film

Konkret 11/93, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Nazis überall. Die Volksgenossin Riefenstahl, die den Triumph der Tiefsee und die Wunder des Willens gefilmt hat, zeigt ihre Zelluloitis:

Ob ich nun einen Parteitag filme oder Gemüse, die künstlerischen Probleme sind doch die gleichen.

Bei Kohl etwa käme bei Frau Riefenstahl der gleiche Kohl raus wie bei Kohl.

In der »Frankfurter Allgemeinen« stolpert ein Volksgenosse über den anderen, wenn der Eckhard Fuhr das jüngste Buch des Ernst Nolte vorstellt. Darin werde erörtert,

ob die Techniker des Massenmords die Gaskammern nicht vielleicht erfunden hätten, um eine »humane« Tötungsmethode zur Verfügung zu haben, und ob nicht die darin zum Ausdruck kommende Vorstellung einer »schmerzlosen« Operation am Volkskörper eher die Singularität des nationalsozialistischen Genozids an Juden begründe...

Ohne zu sagen, ob Nolte deshalb dem Heinrich Himmler postum den Nobelpreis entweder für Frieden oder für Humanmedizin verliehen sehen will, fährt Fuhr fort:

Wer nach »Stellen« sucht, um den »Revisionisten« Nolte zu entlarven – eine merkwürdige Kleinkariertheit angesichts der geschichtlichen Revisionen, deren Zeugen wir geworden sind – , der wird fündig... Wer nicht nach Stellen sucht, kann sich von Nolte auf eine höchst kenntnisreiche und anregende Besichtigungstour durch die Literaturgebirge zum Nationalsozialismus mitnehmen lassen.

Fuhr, eher Größter FAZ-Redakteur als kleinkariert, hat sich mitnehmen lassen. Er ist nach einer anregenden Besichtigungstour durchs Literaturgebirge wohlbehalten am Reiseziel angekommen.

Tags drauf macht sich Fuhrs Kollege Viktor Meier auf den Weg:

Im serbischen Nationalismus etwa ist der Antisemitismus vergleichsweise wenig zu finden; es gab im serbischen Raum das jüdische Problem praktisch nicht.

Antisemitismus ist die Folge des jüdischen Problems, wie die Judenfrage bekanntlich durch das Vorhandensein von Juden entsteht. Ohne Juden ist selbst im deutschen Nationalismus der Antisemitismus vergleichsweise wenig zu finden, weshalb die schmerzlose Operation am Volkskörper vielleicht das humanste Rezept war, die Deutschen vom Antisemitismus zu befreien.

Die »Bild«-Zeitung meldet aus Gera:

Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ist in den vergangenen zehn Jahren um 40 Prozent gesunken.

Den Beistrich-Jüngling ziert Bescheidenheit. Hätte er auch noch mit der Nachricht geprahlt, daß in Gera in den letzten drei Jahren die Zahl der Arbeitsplätze sogar um 50 Prozent gesunken ist, hätte es bloß wieder geheißen: Wer angibt, hat's nötig.

Der Kandidat Heitmann ruft Leute, die behaupten, die DDR sei ein Staat gewesen:

Diese Voraussetzung ist falsch. Konsequent weitergedacht bedeutet sie, daß man Erich Honecker mit Helmut Kohl, Erich Mielke mit Eckehard Werthebach und Markus Wolf mit Klaus Kinkel auf eine Ebene stellt.

Ich verbitte mir solche Weiterdenkerei. Bei aller Kritik an Honecker, Mielke, Wolf, an verschiedenen Kandidaten des Politbüros oder an der Frauen- und an der Schwulenbewegung habe ich nie erwogen, eine dieser Personen mit Figuren wie Kohl, Werthebach, Kinkel oder dem Kandidaten des Bundeskanzlers auf eine Ebene zu stellen. Noch eine Fehlleistung wie diese, Dumpfbacke, und ich ziehe meinen Wahlaufruf zurück.

Die Kinder-»FAZ« ist fast so enttäuscht wie das Blatt der Herren Eltern, daß die Grünen immer noch keine deutschen Granaten auf Somalier und bosnische Serben werfen wollen:

In einer Welt, zu der Bosnien und Somalia gehören, in der sich leider als Illusion erwiesen hat, daß Krieg als Mittel der Politik ausgedient habe, kann sich niemand einfach darauf berufen, er wolle aber gewaltfrei sein. Das Prinzip der Verantwortung verlangt, daß der Grundsatz der Gewaltfreiheit neu abgeklopft wird,

wobei sich herausstellen wird, daß man das Balg nicht umsonst Gewaltfreiheit getauft hat statt Gewaltlosigkeit, aus welcher sich nie jene Freiheit zur Gewalt hätte herausklopfen lassen, die in der Gewaltfreiheit schon steckt wie Müslireste im Sisalteppich.

Die »Neue Zeit«, die »FAZ« für den Zoni, stellt ein Buch vor, das den Frauen aus dem Beitrittsgebiet die Rückkehr in den Haushalt erleichtern soll:

Der mit Sprichworten und Zitaten gewürzte Band (»Wenn eine Frau zu dir spricht, lächle sie an, aber höre nicht zu.« Chinesisches Sprichwort) bietet zum Beispiel »Neun fast legale Wege zur finalen Selbsthilfe« und ist auch sonst darauf bedacht, die Frau auf den Küchenboden der Tatsachen und den heimischen Herd zurückzubringen.

Ob das Zurückbringen der Frau auf den heimischen Herd noch als fast legaler Weg gelten kann? Man könnte es ja an den Autoren und dem Rezensenten ausprobieren, mit einem Kräutersträußchen im Mäulchen, einer gespickten Zwiebel im Bürzel, final gewürzt mit dem japanischen Wahrwort: Daihatsu ja nicht alle.

Die gute Nachricht, daß die stellvertretende SPD-Vorsitzende Däubler-Gmelin

Strafen für »Hetzer gegen die Menschenwürde« gefordert hat, weil dies nach ihrer Ansicht rechtsextremistischen Fanatikern die Arbeit erschweren würde, »die heute in einschlägigen Verlagen mit dieser Hetze viel Geld verdienen«,

wäre eine noch bessere Nachricht, wenn sie nicht spüren ließe, daß das menschheitliche Engagement der Sozialdemokratin von schwäbischem Neid geweckt werden mußte.

Ich weiß nicht, an welchem Tag der HErr den Lech Walesa geschaffen hat, aber der tritt wirklich in Seine Fußstapfen. Der Illustrierten »Stern« offenbarte der Präsident, wie er sich die Erde untertan hatte machen wollen:

Ich wollte erst Polen, die Tschechoslowakei und die DDR an die EG anschließen – erst danach wollte ich die Wiedervereinigung.

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Und wäre sie es nicht, müßte man doch daran glauben, weil die Vorstellung, daß das Lebensglück von Millionen einer übergeschnappten Knallcharge wie dieser anheimgestellt sein sollte, einen um den Verstand brächte.

Auch die Sieger haben ihre Probleme. Die Redaktion der Farbanzeigen-Beilage der »Frankfurter Allgemeinen«, einst sozusagen die leichte Kavallerie im kalten Krieg, ist zuletzt an den Denkmälern gestrauchelt,

die sich die Vorsitzenden kommunistischer Parteien ehemals sozialistischer Länder errichten ließen,

denn da gab es sie plötzlich wieder, die Vorsitzenden der kommunistischen Parteien in real existierenden Ländern, die bloß nicht mehr sozialistisch sind. Auch mit einer Zweifachkombination – die Vorsitzenden ehemaliger kommunistischer Parteien in ehemals sozialistischen Ländern – wäre es nicht getan, denn dann gäbe es in Ländern, die ehemals sozialistisch waren, immer noch real existierende Vorsitzende von Parteien, die ehemals kommunistisch waren. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als from here to eternity oder bis in Pulvermanns Grab das ganze Dreifachhindernis auszureiten:

Die ehemaligen Vorsitzenden ehemals kommunistischer Parteien ehemals sozialistischer Länder.

Vae victoribus!

Marcel Reich-Ranicki sagt:

Die meisten Dichter verstehen von Literatur nicht mehr als die Vögel von Ornithologie.

Ich kenne einen Kritiker, der so viel von Literatur versteht wie ein Ornithologe vom Vögeln.